

**Interview:**

## Entscheidung für Europa

Daniel Cohn-Bendit war Gast bei den Wiener Stadtgesprächen 8

**Geschichte:**

## Gedenkjahr 2008

Eine Übersicht über alle historischen Ereignisse der Arbeiterbewegung 23

**Internationales:**

## Ghana im 3. Jahrtausend

Der afrikanische Staat an der Schwelle zum Neoliberalismus 42

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 3 | 2008 | 62. Jahrgang | € 2,-

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Schwerpunktthema:**

## Demokratie im Bild

ab Seite 8





© UGB-Verlag/Paul Sturm

5



© Christian Fischer

8



© Barbara Lavaud

16



© Lucia Bauer

42

## Schwerpunkt:

### »Ich bin der Meinung!« 11

Meinungsforschung und Demokratie hängen zusammen. Vor Wahlen achten Medien und Parteien gerne auf »Volkes Stimme«.

### Jugend und Demokratie 14

Die Demokratie-Initiative der Bundesregierung will Politik im Zeitalter des Web 2.0 für junge Menschen erfahrbar machen.

### Betriebsrat in Gefahr 16

Immer öfter wird innerbetriebliche Demokratie von Arbeitgebern verhindert.

### Stachel im Fleisch 18

Viele Kulturschaffende empfinden das Wechselspiel zwischen Kunst und Demokratie als »Überleben im Haifischbecken«.

### Demokratie in Grauzone 21

In Brüssel ist Lobbying aus dem politischen Geschehen nicht wegzudenken, manchmal zulasten der Demokratie.

### Das Jahr der Jubiläen 23

Die Gewerkschaft stand mit an der Wiege der österreichischen Demokratie. Das macht das Gedenkjahr 2008 bewusst.

### Neue EBR-Richtlinie 27

Die EU-Kommission leitet jetzt das offizielle Verfahren ein. Dabei sollen Unterrichtung und Anhörung neu definiert werden.

### Kosovo ist frei! 30

Am 17. Februar 2008 hat sich die zuletzt serbische Provinz Kosovo für unabhängig erklärt.

## Interviews:

### »Europa muss sich entscheiden« 8

Europaparlamentarier und 68er-Legende Daniel Cohn-Bendit war Ende Februar bei den Wiener Stadtgesprächen zu Gast.

### EBR-Richtlinie überfällig 28

Interview mit dem stellvertretenden EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann.

**Aus AK & Gewerkschaften:**Novartis: Vorwärts – ins Aus? **38**Ausbeutung an Bord **40****Wirtschaft & Arbeitsmarkt:**Inflation beschleunigt **33**Verbraucherpreise **37****Gesellschaftspolitik:**Geld für zu Hause **36****Internationales:**Ghana: Ein Volk hofft **42****Standards:**Standpunkt: Die Weisheit der Vielen **4**Veranstaltung: Frauentag **5**Aus AK&Gewerkschaften **6/7**Internationale Kurzmeldungen **45**Man kann nicht alles wissen **46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte im Magazin

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

**Die Stimme des Volkes****Redaktion intern**

Verschiedene Aspekte der Demokratie vom Betriebsrat bis zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo beleuchtet das Schwerpunktthema der Ausgabe Nr. 3/2008 der »Arbeit&Wirtschaft«.

Vor 40 Jahren protestierte Daniel Cohn-Bendit mit vielen anderen in Frankreich und Deutschland für mehr Demokratie und gegen überkommene Autoritäten. Mittlerweile ist aus dem Sprachrohr der 1968er Generation ein begeisterter Europapolitiker geworden. Wir haben ihn nach den Wiener Stadtgesprächen Ende Februar zum Interview gebeten. (Seite 8)

»Volkes Stimme« ist nicht nur bei, sondern ganz besonders vor den Wahlen gefragt. Medien und PolitikerInnen nehmen dann gerne die Dienste der Meinungsfor-

schungsinstitute in Anspruch. IFES-Mitarbeiter Georg Michenthaler appelliert ab Seite 11 für einen seriösen Umgang mit diesem Instrument der Demokratie.

Bei den Wahlen in Niederösterreich Anfang März durften erstmals 16-Jährige mitstimmen. Um junge Menschen für Mitbestimmung zu begeistern, hat jetzt das Demokratiezentrum Wien mit der Bundesregierung eine Internet-Initiative gestartet. Lesen Sie mehr dazu ab Seite 14.

Ein ausgewogener Interessenausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen im Betrieb ist längst nicht mehr selbstverständlich. Um Betriebsräte zu unterstützen, müssen neue Wege eingeschlagen werden. (Seite 16) Europäische Betriebsräte sind die Antwort

der Gewerkschaften auf die Globalisierung. Jetzt soll die EBR-Richtlinie überarbeitet werden, erklärt ÖGB-Experte Oliver Röpke ab Seite 27. Er hat auch den stellvertretenden EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann dazu interviewt.

Alles wird teurer – welche Auswirkungen die rasant steigende Inflation hat und was man dagegen tun kann, verraten die Wirtschaftsexperten Günther Chaloupek und Georg Kovarik ab Seite 33.

Sie haben die Möglichkeit, auf unserer Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) Artikel zu kommentieren und zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee

# Standpunkt

**Katharina Klee**  
Chefredakteurin



## Die Weisheit der Vielen

**1** 906 besuchte der britische Naturforscher und Schriftsteller Sir Frederic Galton eine Viehmesse in seiner Heimat. Dort konnten die Besucher gegen einen Preis von sechs Pence das Gewicht eines Ochsen schätzen. Als Gewinn für denjenigen, der richtig lag, wurde das Tier selbst versprochen. Insgesamt 787 Personen, darunter einige Fleischer, Viehhändler, aber auch Unbedarfte versuchten ihr Glück. Keiner jedoch lag nur annähernd richtig. Sir Galton aber wertete die Schätzungen aus und errechnete den Mittelwert, der mit 1.197 Pfund erstaunlich nah am tatsächlichen Gewicht des Ochsen (1.207 Pfund) lag – die Abweichung betrug lediglich 0,8 Prozent. Der Forscher nannte seine Erkenntnis »vox populi«, Stimme des Volkes.

### Wertvoller Publikumsjoker

Diese Geschichte erzählte Starmoderator Günther Jauch Anfang des Jahres zum Auftakt einer Sendung im deutschen Privatfernsehen mit dem Namen »Die Weisheit der Vielen«. Und er weiß, wovon er spricht. Schließlich ist auch bei der von ihm moderierten Sendung »Wer wird Millionär?« der Publikumsjoker der wertvollste. Bei der US-Version der Show stellte sich heraus, dass der Telefon-Joker – das »Expertenwissen«, das sich viele KandidatInnen bis zum Schluss aufsparen – nur 65 Prozent richtige Antworten bringt. »Vox populi«, das Publikum, liegt zu 91 Prozent richtig.

»Die Weisheit der Vielen« ist auch Titel eines Buches von James Surowiecki, das vor vier Jahren erschienen ist. Darin schlüsselt der Wirtschaftskolumnist des

Magazins »The New Yorker« auf, dass die Masse in der Regel klüger entscheidet als Individuen, dass das Mittelmaß oft schlauer ist als ExpertInnen. Er stützt seine Beobachtungen auf Beispiele der Ökonomie und der Psychologie. Nicht jede Masse sei aber schlau, warnt Surowiecki, um die Weisheit der Vielen freizusetzen seien bestimmte Schlüsselkriterien notwendig: So müsse anerkannt werden, dass jeder Mensch unterschiedliche Informationen über einen Sachverhalt besitzt und so diesen individuell interpretieren kann. Die Meinung des Einzelnen dürfe nicht durch die Ansicht der Gruppe festgelegt werden. Die Spezialisierung der Individuen müsse dezentral genutzt werden, und es müssen Mechanismen vorhanden sein, um aus Einzelmeinungen eine Gruppenmeinung zu bilden.

Alles Voraussetzungen, die auch bei Neuentwicklungen in der Computerbranche und im Internet zum Tragen kommen: Ob es nun um Linux geht, das freie Multiplattform-Mehrbenutzer-Betriebssystem für Computer, oder um die Internet-Wissensplattform Wikipedia, die dank ihrer Tausenden AutorInnen mittlerweile mit der Encyclopaedia Britannica mithalten kann. Gemeinsam sind wir stark. Das beweisen auch die Ameisen-, Bienen- oder Vögelschwärme, die mit kollektiver Intelligenz überleben.

### 2.600 Jahre Mitbestimmung

Vox populi ist auch in der Politik gefragt. Schon im 6. Jahrhundert vor Christus entschloss man sich in der griechischen Polis Attika, die Bürger mitreden zu lassen. 30.000 bis 40.000 männliche Voll-

bürger älter als 18 Jahre brachten ihre Meinung ein, wenn es um die Zukunft des Staates, um Gerichtsbarkeit oder um Krieg und Frieden ging.

### Nicht die Höhe der Weisheit

Heute ist es selbstverständlich, dass wir gefragt werden, dass das Wissen der Vielen genutzt wird, um über die Verwaltung unseres Landes, unseres Vermögens, unserer Zukunft abzustimmen. Wir – das Volk – sind eine sehr bunt gemischte Gruppe: Männer, Frauen, reich, arm, arbeitend, arbeitslos. Und doch entpuppt sich der demokratische Wahlausgang längst nicht immer als Höhepunkt der Weisheit. Das ist auch Surowiecki bewusst. Das liege daran, meint der Autor, dass die WählerInnen nicht alle ein und dasselbe Problem lösen wollen. Während beim Pferderennen und bei Sportwetten die Weisheit der Vielen zu erstaunlichen Voraussagen führt, verhalte es sich bei der Politik etwas anders: »Jeder schätzt Gewinnchancen anders ein, aber sie alle sind sich einig: Es geht darum, welches Pferd gewinnt. In der Politik gibt es diese Übereinstimmung nicht, dass alle den einen Kandidaten wählen, der für das ganze Land am besten ist. Die einen wählen jemanden, der für ihren jeweiligen Staat gut ist oder für einen Industriezweig oder für die Religion. Das macht die Sache sehr schwierig.«

Wir dürfen nicht vergessen: Von den 787 Menschen, die 1906 bei der englischen Viehmesse sechs Pence investiert haben, um das Gewicht eines Ochsen zu schätzen, hat letztendlich niemand das Tier mit nach Hause genommen.

# Uns die Hälfte

Bereits am 5. März wurden in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags in der Wiener Rathausstraße anlässlich des 100. Frauentages eine Reihe von Aktivitäten gesetzt.

»100 offene Forderungen« zum 100. Internationalen Frauentag präsentierten die ÖGB-Frauen in einer Pressekonferenz am Vormittag.

Anschließend stand der Tag im Zeichen von »Information und Beratung für Frauen«, vertreten waren VÖGB, AK Wien, Kinderfreunde, die Katholische Sozialakademie Österreichs (KSÖ), die feministische Zeitschrift »an.schläge«. Der Milena-Verlag stellte sein Literatursortiment vor.

Zahlreiche BesucherInnen kamen um 18.30 Uhr zur Podiumsdiskussion

»Uns die Hälfte!« Über die Chancengleichheit von Frauen und Männern sprachen die Sozial-Global-Betriebsrätin und Landesvorsitzende der Gewerkschaft vida Wien, Leopoldine Frühwirt, Mag. Eva Linsinger, Journalistin und Co-Autorin der Buch-Neuerscheinung »Weißbuch Frauen, Schwarzbuch Männer«, die NR-Abgeordnete und SPÖ-Gesundheitssprecherin Dr. Sabine Oberhauser und der Psychologe Dr. Guido Strunk, der mit dem Artikel »Eine Frau muss ein Mann sein, um Karriere zu machen« Furore machte.

## BUCHTIPP

Sibylle Hamann/Eva Linsinger  
**Weißbuch Frauen/Schwarzbuch Männer**

Deuticke-Verlag.  
ISBN: 978-3-552-06073-9

**Bestellung:**  
ÖGB-Fachbuchhandlung,  
1010 Wien, Rathausstr. 21,  
Tel. (01) 405 49 98-132  
E-Mail:

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



Volles Haus: »A&W«-Chefredakteurin Katharina Klee moderierte die gut besuchte Podiumsdiskussion.



BesucherInnen der Fachbuchhandlung freuten sich über den Nachdruck eines Plakats zum Frauentag 1928.



Sabine Oberhauser (links) stimmt Leopoldine Frühwirt zu:  
»Das traditionelle Rollenbild ist da schon sehr hartnäckig.«



»Viele Studentinnen sind vorerst überzeugt, dass sie ihren Weg schon machen«, erklärt Guido Strunk Eva Linsinger.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Laurenzberg 2, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Katharina Klee (Chefin vom Dienst): Klappe 304,  
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzkó (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender  
Vorsitz), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,  
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth  
Glantschnig, Katharina Klee (Chefin vom Dienst), Karl Kollmann,  
Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Ruth Naderer,  
Katharina Painer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Lucia Bauer,  
Ruth Bauer, Kai Biehl, Günther Chaloupek, Gertraud Diendorfer,  
Astrid Fadler, Sybille Fritsch, Andreas Gjecaj, Georg Kovarik,  
Barbara Lavaud, Wilfried Leisch, Petra Mayrhofer,  
Georg Michenthaler, Gabriele Müller, Brigitte Pellar, Oliver Röpke,  
Reinhold Russinger

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,  
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller:

Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

Ausbildung:

# Lehre bis zum Abschluss

## ÖGB und AK nehmen zum Gesetzesentwurf zu Ausbildungsgarantie und Lehrstellenförderung Stellung.

»Im Wesentlichen wurden die Forderungen aus dem Sozialpartnerpaket »Arbeitsmarkt – Zukunft 2010« zwar in Gesetzestexte gegossen. Die Finanzierung ist aber nach wie vor offen«, kritisiert ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer. Am 10. März 2008 endete die Begutachtungsfrist, und der ÖGB fordert in seiner Stellungnahme Nachbesserungen: »Es muss gesetzlich klargestellt werden, dass die zwischen Regierung und Sozialpartnern ausgemachten Finanzmittel zur Umsetzung von Ausbildungsgarantie und Lehrstellenförderung Neu auch wirklich zur Verfügung stehen.«

Zur überbetrieblichen Lehrausbildung meinte Hundstorfer: »Die Jugendlichen müssen die Garantie haben, dass sie ihren Beruf auch bis zur Lehrabschlussprüfung lernen können. Im Mittelpunkt

der überbetrieblichen Lehrausbildung muss, wie der Name schon sagt, die Ausbildung stehen und nicht die Vermittlung auf betriebliche Lehrstellen. Die Ausbildungsgarantie muss auch für jene gelten, die schon über 18 sind, wenn die ihren Ausbildungsplatz verlieren. Auch sie müssen die Chance bekommen, ihre begonnene Ausbildung abzuschließen.«

Der Entwurf sieht vor, dass die Lehrstellen der Wirtschaftskammer für die Abwicklung der neuen Förderungen zuständig seien. »Das geht aber nur, wenn die Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der ArbeitnehmerInnenvertretung ausgeweitet werden«, verlangt Hundstorfer.

[www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=0EGBZ/Page/0EGBZ\\_Index&n=0EGBZ\\_0.a&cid=1204494048300](http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=0EGBZ/Page/0EGBZ_Index&n=0EGBZ_0.a&cid=1204494048300)

Lohnsteuer:

# So sparen PendlerInnen

## Wie Sie die kleine und große Pendlerpauschale beim Lohnsteuer- ausgleich geltend machen können, verrät die AK.

**ArbeitnehmerInnen, die weiter** entfernt von der Arbeitsstelle wohnen oder denen die Benützung von Massenverkehrsmitteln nicht zumutbar ist, steht unter gewissen Voraussetzungen (Entfernung Wohnung–Arbeitsstätte, Fahrtdauer) entweder die kleine oder die große Pendlerpauschale zu. Die kleine Pendler-Pauschale können Sie beantragen, wenn die Fahrtstrecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in eine Richtung mindestens 20 km ausmacht, und wenn die Benützung eines Massenverkehrsmittels möglich und zumutbar ist.

Die große Pendler-Pauschale steht Ihnen zu, wenn der Arbeitsplatz mindestens zwei Kilometer von Ihrer Wohnung entfernt ist, der Weg zur Arbeit besonders lange dauert und mindestens die Hälfte

des Arbeitsweges nicht mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zurückgelegt werden kann (beispielsweise, wenn entweder beim Hin- oder Rückweg kein Massenverkehrsmittel verkehrt).

Die Pauschale verringert den Betrag, für den Sie Lohnsteuer zahlen. Sie steht allerdings nur dann zu, wenn die Fahrtstrecke an mehr als zehn Tagen im Kalendermonat zurückgelegt wird. Wenn die Pauschale noch nicht bei der Lohnverrechnung berücksichtigt wurde, machen Sie die Pendlerpauschale im Rahmen der Werbungskosten beim Lohnsteuer-ausgleich geltend!

Mehr Infos und das notwendige Formular finden Sie unter:

[www.arbeiterkammer.at/www-192-IP-2704.html](http://www.arbeiterkammer.at/www-192-IP-2704.html)

**ÖGB-Broschüre:**

# Was Sie unbedingt wissen sollten!

**Auf 100 Seiten finden Sie alle relevanten Informationen auf einen Blick zusammengefasst.**

Niemand kann alles wissen und schon gar nicht, wenn sich so oft etwas ändert. Zumal es regelmäßig Neuerungen gibt, weil der ÖGB und die Gewerkschaften wieder erfolgreich verhandelt haben.

Deshalb bringt der ÖGB jährlich die Broschüre »Was Sie unbedingt wissen sollten« heraus. Kurz und bündig finden

Sie darin die wichtigsten Bestimmungen zu: Arbeitsrecht, Beendigung des Dienstverhältnisses, Bestimmungen für Eltern und Kinder, Arbeitslosenversicherung, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Steuerrechtliche Bestimmungen, ArbeitnehmerInnenvertretung im Betrieb. Ergänzt werden diese Infos mit den Adressen

der ArbeitnehmerInnenvertretungen in Ihrem Bundesland. Ergänzt wird die Broschüre durch einen Kalender und Raum für Notizen. Die Broschüre gibt es zum Download im Internet. Sie können diese und andere Publikationen aber auch auf der ÖGB-Homepage oder bei Ihrer Gewerkschaft bestellen: [www.oegb.at/folder](http://www.oegb.at/folder)

**Kilometergeld:**

# GPA-DJP fordert mindestens 48 Cent

**Der in vielen Kollektivverträgen vereinbarte Wert von 38 Cent deckt die Kosten bei weitem nicht.**

Die GPA-DJP will mit ihrer Forderung nach einem kostendeckenden km-Geld von 48 Cent erreichen, dass Sie nicht mehr Hunderte Kilometer gratis für die Firma unterwegs sind.

Fast zweieinhalb Jahre liegt die letzte Erhöhung des amtlichen und der Folge auch des kollektivvertraglichen Kilometergeldes in vielen Branchen zurück. Die Anhebung erfolgte nach einer fast siebenjährigen Durststrecke und fiel mit zwei Cent plus nicht kostendeckend aus. Der vom ÖAMTC und Sozialpartnern mit der Statistik Austria weiter geführte Autokostenindex ergibt seither und beson-

ders in den vergangenen Monaten eine hohe Preissteigerungsrate, zu der nicht nur der Rohölpreis, sondern auch »hausgemachte« Anhebungen von verkehrsbezogenen Steuern, Gebühren und Abgaben beträchtlich beigetragen haben.

Eine rasche Anhebung des amtlichen Kilometergeldes von 38 auf nunmehr 48 Cent ist also längst überfällig, der Autokostenindex wird in den ersten Monaten 2008 diesen Schwellenwert erreichen!

Bereits heute fahren viele, die ihr privates Fahrzeug für Dienstreisen zur Verfügung stellen, Hunderte bis Tausende Gratiskilometer für ihren Arbeitgeber,

weil das Kilometergeld die Kosten nicht deckt. Bei durchschnittlich 15.000 Jahreskilometern mit 38 Cent schenken Sie Ihrem Arbeitgeber mehr als 1.000 Euro.

Das amtliche Kilometergeld in den Reisegebührenvorschriften ist nicht nur für den öffentlichen Dienst relevant. Seine Höhe definiert die Steuerfreigrenze auch für das Kilometergeld, das im Kollektivvertrag oder in betrieblichen und individuellen Vereinbarungen ausgehandelt wird.

Alle Infos zur Kampagne finden Sie unter:

[www.gpa-djp.at/kilometergeld](http://www.gpa-djp.at/kilometergeld)

**Versicherungen:**

# Wer bei Sturmschäden zahlt

**»Paula« und »Emma« haben im Februar und März Teile Österreichs verwüstet.**

Von einem Sturm spricht man erst ab einer Windgeschwindigkeit von 60 Stundenkilometern. Grundsätzlich kommt für Sturmschäden am Eigenheim eine Sturmversicherung auf, die meist Bestandteil der Eigenheimversicherung ist. Wird in der Folge etwas in der Wohnung beschädigt, deckt das die Haushaltsversicherung.

Sturmschäden an Autos werden meist nur von der Kaskoversicherung – Elementar- oder Vollkasko – gedeckt. Ob

oder in welcher Höhe die Kaskoversicherung zahlt, steht in der Polizze und den Versicherungsbedingungen.

Wer nur haftpflichtversichert ist, muss Sturmschäden zumeist aus der eigenen Tasche zahlen. Denn Schäden durch umfallende Bäume gelten als »durch höhere Gewalt verursacht«.

Zurückholen kann man sich Kosten nur, wenn Bäume schon vor dem Sturm morsch oder Häuser baufällig waren. Das Problem: Die Geschädigten müssen den

Nachweis dafür erbringen, dass die Besitzer ihre Erhaltungspflichten verletzt haben. Tipp der AK-KonsumentenschützerInnen: Schauen Sie in Ihrer Polizze und den Versicherungsbedingungen nach, welche Schäden konkret ersetzt werden. Voraussetzung für jeden Schadenersatz ist, dass die Versicherung unverzüglich informiert wird.

Mehr Infos online:

[www.arbeiterkammer.at/www-192-IP-32527.html](http://www.arbeiterkammer.at/www-192-IP-32527.html)

# »Europa muss sich entscheiden«

*Europaparlamentarier und 68er-Legende Daniel Cohn-Bendit war Ende Februar bei den Wiener Stadtgesprächen zu Gast.*

## ZUR PERSON



### Marc Daniel Cohn-Bendit

Geboren am 4. April 1945 in Montauban, Frankreich.

Deutsch-französischer Politiker (Bündnis 90/Die Grünen und Les Verts) und Publizist. Er ist Mitglied des Europäischen Parlaments.

1968 wurde er der prominenteste Sprecher der Pariser **Mai-Revolution**. Nach seiner Ausweisung aus Frankreich war er in Deutschland in der Außerparlamentarischen Opposition aktiv. Herausgeber des Stadtmagazins Pflasterstrand.

Gemeinsam mit Joschka Fischer engagierte er sich von Beginn an in der alternativen Bewegung.

1984 Mitglied der Grünen, **Realo-Flügel**.

1989 ehrenamtlicher **Dezernent** für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt.

1994 wurde er in das Europäische Parlament gewählt, wo er seit 2002 als Co-Präsident die Fraktion der Grünen leitet.

Cohn-Bendit schrieb zahlreiche politische Bücher und ist Moderator in verschiedenen Fernsehsendungen. Er lebt im Frankfurter Westend, ist deutscher Staatsbürger, hat einen Sohn und ist seit 1997 mit seiner vormals langjährigen Freundin Ingrid Apel verheiratet.

**Arbeit&Wirtschaft:** Herr Cohn-Bendit, Sie sind Co-Fraktionsführer der Grünen im Europaparlament und haben sich bei den Wiener Stadtgesprächen vor allem als begeisterter EU-Befürworter präsentiert – was fasziniert Sie an diesem geeinten Europa?

**Cohn-Bendit:** Europa wird einerseits immer wichtiger, andererseits ist es für uns immer schwieriger zu verstehen, wie in Europa gemeinsame Entscheidungen getroffen werden. Wenn wir von der EU reden, muss jeder wissen, wir reden von etwas, das vor 70, 80 Jahren noch voll-

kommen unmöglich erschien. Europäische Projekte gab es schon früher: Napoleon wollte eines unter der Führung Frankreichs, Hitler wollte eines unter der Führung Deutschlands. Aber ein demokratisches Europäisches Projekt war erst nach dem Zweiten Weltkrieg möglich und es brauchte mutige Männer und Frauen, um das umzusetzen. Hätte es damals eine Volksabstimmung gegeben, bei der die Deutschen gefragt worden wären: Wollt ihr euch mit Frankreich versöhnen, oder die Franzosen: Wollt ihr Euch mit Deutschland versöhnen? – 70 Prozent hätten für Nein gestimmt.

Dieses Europa gibt es 50 Jahre – was sind 50 Jahre gegen 500 Jahre europäischer Geschichte. Die EU hat in unseren Nationalstaaten noch nicht richtig Fuß gefasst, sucht noch eine Handlungskultur. Europa ist nach wie vor ein Buhmann – gibt es z. B. in einem europäischen Land ein Problem mit der Entscheidung eines Landwirtschaftsministers, sagt der, das hat Brüssel entschieden, auch wenn er selbst mit entschieden hat. Wir sind in einer Situation, wo die Politiker nicht zu dem stehen, was sie aufbauen, weil es Auseinandersetzungen in unseren Ländern gibt, und weil wir in einer Zeit



**Daniel Cohn-Bendit im Gespräch mit Peter Huemer: »Die Debatte um eine Volksentscheidung muss um eine europäische Volksentscheidung gehen, wenn es um Europa und europäische Themen geht – nicht 27 nationale Abstimmungen, wo dann ein Staat alles blockieren kann.«**

leben, wo der Nationalstaat immer noch von den Menschen positiv besetzt wird, obwohl sie merken, dass dieser Nationalstaat, das was sie wollen, nicht lösen kann.

**Thema Volksabstimmung:** *In Österreich setzen sich sehr viele Gruppierungen unterschiedlichster Prägung von attac bis zu verschiedenen ÖGB-Initiativen für ein Referendum zum EU-Reformvertrag ein. Warum nicht das Volk entscheiden lassen?*

Meiner Meinung nach ist die Frage, ob das Volk in Österreich oder in Frankreich entscheiden soll, falsch gestellt. So wie wir jetzt die Verträge über eine europäische Verfassung angelegt haben, können ruhig die Parlamente entscheiden, denn die Parlamente sind legitime Vertreter der Völker – sie sind ja nicht undemokratisch, sondern frei gewählt.

Wenn wir eine europäische Verfassung haben, ohne Wenn und Aber und ohne Ausnahmen, wo die Spielregeln festgelegt werden, wo die Grundrechte festgelegt werden, die politischen Institutionen, wenn wir eine europäische Sozialcharta

drinnen haben, die klar definiert, wohin dieses soziale Europa gehen will, dann muss es kein nationales Referendum geben, sondern ein europäisches Referendum. Die Europäer müssen über eine europäische Verfassung entscheiden, und was bedeutet das? Das bedeutet was ganz einfaches, das, was wir schon kennen: doppelte Mehrheit. Die Mehrheit der Europäer muss Ja zu dieser Verfassung sagen, und es muss in einer Mehrheit der Staaten ein Ja geben. Bei 27 Staaten muss es mindestens in 14 Staaten ein Ja gegeben haben.

Dann haben wir eine Mehrheit des Volkes und eine Mehrheit der Staaten. Und was machen die Staaten, die Nein gesagt haben: Die müssen sich entscheiden, ob sie in dieser EU mit dieser Verfassung bleiben wollen. Wenn Nein gehen sie raus. So muss sich Europa entscheiden.

Die Debatte um eine Volksentscheidung muss um eine europäische Volksentscheidung gehen, wenn es um Europa und europäische Themen geht – nicht 27 nationale Abstimmungen, wo dann ein Staat alles blockieren kann. Das ist doch keine Demokratie.

## WEBLINKS

Homepage von Daniel Cohn-Bendit  
[www.cohn-bendit.de](http://www.cohn-bendit.de)

Plattform für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag  
[www.volxabstimmung.at/](http://www.volxabstimmung.at/)

Wiener Stadtgespräche  
[www.wienerstadtgespraech.at/daniel-cohn-bendit](http://www.wienerstadtgespraech.at/daniel-cohn-bendit)

**Weshalb halten Sie den Vertrag von Lissabon für so wichtig?**

Europa muss sich entscheiden, welche Rolle es in Zukunft in der Welt spielen will. Es ist für jeden einsichtig, dass die Frage des Klimawandels nicht national gelöst werden kann. Bei Klimapolitik, Energiepolitik oder Verkehrspolitik ist Europa die Mindestgröße, die uns weiterbringt.

Nur so können wir in einem globalen Zusammenhang bestimmte Themen vertreten, Bündnisse schließen, damit sich wirklich etwas ändert. Dazu braucht man

## BUCHTIPP

1968

**Die Revolte**

Herausgeber:

Daniel Cohn-Bendit  
Rüdiger Dammann

368 Seiten, gebunden

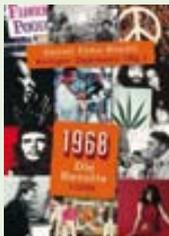
Preis € 15,40

ISBN 978-3-10-010230-0

S. Fischer Verlag. Gattung: Sachbuch

**Bestellung:**ÖGB-Fachbuchhandlung,  
1010 Wien, Rathausstraße 21,  
Tel. (01) 405 49 98-132

E-Mail:

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

eine handlungsfähige EU mit Mehrheiten im Rat und im Parlament.

Die Welt ist nicht, wie wir sie uns wünschen. Globalisierung ist asozial und gefährlich. Um sie zu regulieren, brauchen wir multilaterale Entscheidungen und Verträge. Wie demokratisiert man die Welthandelsorganisation WTO, wie die UNO oder die WHO? Hier braucht Europa eine Position und muss in der Lage sein, sie dort zu vertreten. Wir haben im Moment ein irrsinniges soziales Gefälle in unserer Gesellschaft und in der Welt.

***Viele sagen, der Lissaboner Vertrag würde die Bürgerrechte gefährden ...***

Klar haben wir ein Problem mit den Bürgerrechten. Klar haben wir heute Entscheidungen, die die Regierungen treffen, aber es sind alles die Regierungen dieser Nationalstaaten, die diese Grenzen allein nicht halten können und dann undemokratische Beschlüsse fassen oder Beschlüsse, die die Bürgerrechte verletzen. Nach dem Lissaboner Vertrag hat nun das Europaparlament die Gleichheit des Gewichts. Ich bin gespannt, wie sich die VertreterInnen der Bürgerinnen und Bürger da verhalten. Die Beschlüsse gegen die Bürgerrechte haben die Nationalstaaten getroffen und nicht die EU. Es sind die Innenminister der Mitgliedsländer, die kommen und sagen: Ihr müsst

das so machen wie bei uns. Nicht Europa hat angefangen und die Innenminister haben nachgezogen. Wir tun so, als ob z. B. der österreichische Innenminister eine Ausgeburt der Verteidigung der Bürgerrechte wäre. Aber ist dem so?

***Wir haben in dieser Ausgabe der A&W auch einen Artikel über die neu ausgerufenen Republik Kosovo – wie stehen Sie dazu?***

1989 hat Milosevic in einer Rede am Amselfeld die von Tito zugestandene Autonomie des Kosovo zurückgenommen und gesagt, der Kosovo sei keine autonome Republik, sondern der Kososvo ist serbisch. Nach fast 20 Jahren will der Kosovo jetzt unabhängig werden. Das sollte im UN-Sicherheitsrat entschieden werden. Nur gibt es dort ein Problem: Dort wird nicht mehrheitlich entschieden, sondern Putin entscheidet. Putin entscheidet mit seinem Veto. Er sagt, der Kosovo ist serbisch deswegen sag ich Njet, und damit ist die Sache entschieden – völkerrechtlich. Es ist andersrum genauso: in der Palästinenserfrage. Jeder weiß, die Besatzungspolitik ist mörderisch – hier nützt die USA ihr Veto. Wir haben also keine handelnde und funktionierende Institution, die handeln und funktionieren müsste. Die einzige demokratische Entscheidung zum Kosovo, die ich akzeptieren würde, wäre eine Entscheidung der UN-Vollversammlung. Israel wurde nicht durch den Sicherheitsrat, sondern durch eine Mehrheit der UN-Vollversammlung gegründet. Lasst die Vollversammlung über den Kosovo entscheiden, das wäre eine demokratische mehrheitliche Entscheidung und das Ergebnis wäre klar, mit großer Mehrheit würde ein Ja rauskommen.

Ich finde die Welt, wie sie heute ist, kann nicht mehr wie 1945 mit dem Vetorecht der fünf großen Mächte funktionieren. Wenn das die internationale Regelung ist, ist es eine internationale Regelung, die keine Gerechtigkeit ermöglicht, sondern ein Ort machtpolitischer Auseinandersetzung für die Großen. Deswegen müssen die Europäer da rein. Ich bin ein Utopist, ich will einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat, keinen französischen, keinen englischen, keinen deutschen, sondern einen europäischen. Dann müssen die Europäer eine gemein-

same Position haben, die dort vertreten wird. Ich möchte eine Sicherheit mit qualifizierten Mehrheiten, wo es keine Vetomöglichkeit gibt. Und wenn es eine Blockierung gibt, muss eben die Vollversammlung entscheiden. Das sind internationale demokratische Strukturen, die gewährleisten würden, dass wir komplizierte Konflikte austarieren und nicht nach machtpolitischen Gesichtspunkten mit Vetorecht durchsetzen.

***Herr Cohn-Bendit, Sie waren das Sprachrohr – oder wie sie in einem Interview einmal gesagt haben, der Lautsprecher – der 68er Generation – wie sehen Sie das 40 Jahre später?***

Die Nachkriegsgeneration damals hat gesagt, wir wollen anders leben. Das war ein Ausbruch des Lebens. Viele wissen nicht mehr, wie das war: Bis 1965 musste eine Ehefrau in Frankreich, die ein Bankkonto eröffnen wollte, die schriftliche Erlaubnis ihres Ehemannes haben. In Deutschland konnten Vermieter wegen Kuppelei angezeigt werden, wenn ein Student und eine Studentin sich in einem Zimmer aufhielten. Homosexualität war verboten. Viele Kinder wurden von ihren Eltern geschlagen. Das war der Grund, warum sich diese Generation, die auch einen bestimmten Wohlstand hatte, in diesen Ländern aufgelehnt hat. Parallel dazu lief der Protest gegen den Vietnamkrieg. Zudem wollten wir eine Demokratisierung der Gesellschaft. Zumindest theoretisch. 68 ist vorbei. Die Welt ist eine andere. Wir haben kulturell und sozial gewonnen. Es gibt eine Möglichkeit der Freiheit, die man vor 45 Jahren nicht gekannt hat. Aber wir haben andere Probleme. Unsere Generation damals: Arbeitslosigkeit kannten wir nicht, Aids kannten wir nicht, 1968 war die letzte Revolte, die von CO<sub>2</sub> keine Ahnung hatte, wir waren die erste globale Generation, wir waren die erste Mediengeneration. Wir haben im Rhythmus von Paris, Berlin, Warschau und Woodstock gelebt. Heute ist Globalisierung etwas, was Angst macht.

***Wir danken für das Gespräch.***

***Das Interview führte Katharina Klee, Chefredakteurin Arbeit&Wirtschaft.***

# »Ich bin der Meinung!«

*Meinungsforschung und Demokratie hängen ursächlich zusammen. Gerade in Vorwahlzeiten achten Medien und Parteien auf »Volkes Stimme«.*

Autor: Georg Michenthaler

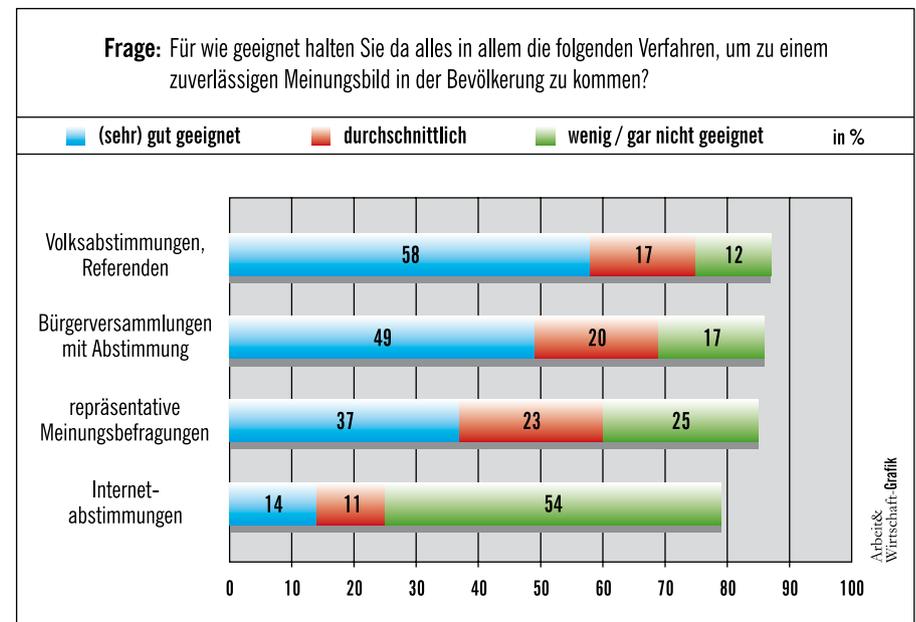
Mitarbeiter am Institut für Empirische Sozialforschung (IFES)

Im Zusammenhang mit der Rolle der Meinungsforschung im demokratischen Prozess sind vor allem zwei Fragestellungen von besonderem Interesse:

Erstens: Welchen Einfluss hat die Veröffentlichung von »Wahlprognosen« auf das tatsächliche Wahlverhalten? Und zweitens: Welche Rolle kann Meinungsforschung in der Feststellung der »wahren« Volksmeinung spielen, oder – mit anderen Worten – inwiefern könnte Meinungsforschung als Instrument der direkten Demokratie genutzt werden?

## Meinungsforschung und Wahlen

Folgendes Spiel wiederholt sich bei fast jedem Wahlgang: In den Wochen vor der Entscheidung sorgen die Medien für auf-lagensteigernde Spannung, für die gerne auch die Meinungsforschung als »objektive« Zeugin angerufen wird. So belegen die Daten entweder ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die Führung oder sehen manche Partei an der Kippe zwischen Leben und Tod. Dass die Umfragen aufgrund der zumeist kleinen Stichproben statistische Zufallsschwankungen von mehreren Prozent +/- aufweisen und als Prognoseinstrumente in einer zunehmend mobileren Wählerlandschaft generell problematisch sind, wird gerne mit einem



Augenzwinkern übergangen. Am Tag nach der Wahl gibt es dann jedenfalls eine Verliererin: die Meinungsforschung.

Das mag man zum üblichen Ritual von Wahlen zählen, demokratiepolitisch relevant ist allerdings die Frage, ob durch die Veröffentlichung von Wahlprognosen die politische Entscheidungsfindung beeinflusst wird, wenn etwa von Parteistrategen ganz gezielt (angebliche) Prognosen in den Raum gestellt werden, um die eigene Wählerschaft zu mobilisieren, oder die der Konkurrenz in Sicherheit zu wiegen.

Gegen ein immer wieder diskutiertes Verbot der Veröffentlichung von Umfrageergebnissen vor Wahlen sprechen allerdings mehrere Argumente: Zweifellos

schaffen Meinungsumfragen eine eigene soziale Wirklichkeit – allerdings mit geringer Wirkung. Es gibt kaum empirische Belege für den Einfluss von Umfrageergebnissen auf die Wahlentscheidung. Zudem würde ein derartiges Verbot – abgesehen davon, dass es in unserer multimedialen Welt kaum zu kontrollieren wäre – dem Recht auf Meinungsfreiheit ebenso wie dem Ideal des mündigen, entscheidungsfreien Bürgers widersprechen.

## Appell zum seriösen Umgang

Worauf man aber sehr wohl Anspruch erheben dürfte, wäre ein seriöser Umgang mit dem Instrument, ein Appell, der sich

sowohl an die Medien als auch an allzu willfährige Befragungsinstitute richtet.

## Instrument direkter Demokratie?

Wenn der Altkanzler Bruno Kreisky in den legendären Pressekonferenzen nach dem Ministerrat seine »Meinung« kundtat, kam das quasi einem Akt der Gesetzeswerdung gleich. Die repräsentative Demokratie hatte in Bruno Kreisky ihren Repräsentanten gefunden, der den Volkswillen auf den Punkt brachte.

Wenn hingegen heutige Republiklenker nach mühsamer Einigung auf Gesetze hinterher erst recht unterschiedlicher Meinung darüber sind, wie diese nun aufzufassen seien, drängt sich der Wunsch auf, das Volk selbst dran zu lassen, wenns die PolitikerInnen schon nicht können oder nicht wollen.

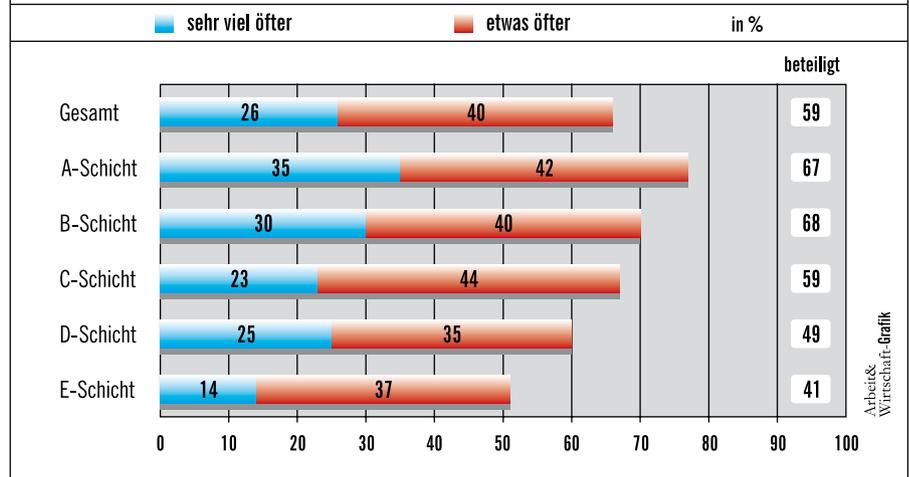
So hat etwa auch eine jüngere österreichweite repräsentative IFES-Umfrage mit 2.000 Befragten ergeben, dass – bezogen auf die eigene Wohngemeinde – zwei Drittel bei wichtigen Entscheidungen öfter um ihre Meinung gefragt werden möchten.

Volksbegehren, **Volksbefragungen** und **Volksabstimmungen** sind jene Instrumente der **plebiszitären** Demokratie, die – der Idee nach – dem unmittelbaren Willen des Volkes zum Durchbruch verhelfen sollen. Die Realität belehrt uns allerdings gewöhnlich eines anderen: entweder werden diese Instrumente von vornherein parteipolitisch instrumentalisiert und sollen Parteienliegen einen quasi basisdemokratischen Anstrich verleihen, oder die Ergebnisse von wirklich »unabhängigen« Initiativen kritischer BürgerInnen bleiben parlamentarisch letztlich folgenlos.

## Volkes Willen

Offen bleibt zudem meist: Welche reale Legitimation – neben der formalgesetzlichen – haben die Ergebnisse von direktdemokratischen Referenden? Repräsentieren diese tatsächlich den Willen des Volkes in seiner Gesamtheit und nicht vielmehr jenen von ohnehin besonders durchsetzungsfähigen Gruppen? Bauen derartige Teilnehmungsformen Zugangsbarrieren auf, die benachteiligte Gruppentendenziell erst wieder ausschließen?

**Frage:** Ganz allgemein, sollten die Bürger Ihrer Ansicht nach vor wichtigen Entscheidungen in ihrer Wohngemeinde sehr viel öfter, etwas öfter oder nicht öfter als bisher um ihre Meinung gefragt werden? Haben Sie sich an der letzten derartigen Befragung beteiligt?



Diese Vermutung wird durch das Beispiel der IFES-Umfrage gestützt, die zeigt, dass der Beteiligungswunsch sehr stark nach sozialer Schichtzugehörigkeit differiert: Angehörige der höchstqualifizierten und bestverdienenden A-Schicht reklamieren zu 77 Prozent, jene der E-Schicht lediglich zu 51 Prozent den Wunsch nach Beteiligung. Tatsächlich beteiligt haben sich dort, wo so ein Referendum stattgefunden hat, demnach mehr als zwei Drittel der A-Schicht, aber lediglich 41 Prozent der E-Schicht.

## Schweigende Mehrheit

Oder sehen wir uns das Ergebnis der jüngst abgehaltenen Volksbefragung im Bundesland Salzburg zur Bewerbung um die Olympischen Spiele 2014 an: 60 Prozent der Salzburger Befragungsteilnehmer befürworteten die Bewerbung – eine klare Mehrheit, die allerdings zu einer kläglichen Minderheit von nur elf Prozent schrumpft, wenn man alle Abstimmungsberechtigten als Berechnungsbasis heranzieht. Es hat also eine ausgesprochene Minderheit – demokratisch legitimiert – den weiteren Lauf der Dinge bestimmt. Wie bei diesem so können wir auch bei anderen Beispielen über die Interessen und Haltungen der »schweigenden Mehrheit« nur spekulieren. Das Verdikt »Wer schweigt, stimmt zu!« trifft sicher nur einen Teil der Wahrheit, weil auf dem Weg

von der Konkretisierung einer persönlichen Meinung bis zur öffentlichen Unterschrift unter ein Begehrensformular oder zum Kreuzerl auf dem Abstimmungsbogen sehr viele Hürden liegen.

Wenn also die traditionellen Instrumente der direkten Demokratie ihren Intentionen offenbar vielfach nicht gerecht werden, warum nicht auf andere Instrumente ausweichen – warum etwa nicht den breiten Volkswillen durch die wissenschaftlich gestützten Methoden der empirischen Sozialforschung, sprich durch repräsentative Meinungsbefragungen erheben? Zahlreiche Vorbehalte gegenüber den etablierten Referenden wären damit mit einem Schlag ausgeräumt.

## Pro Meinungsforschung

Was spricht nun für den Einsatz der Meinungsforschung als verbindliches Element der direkten Demokratie?

### WEBLINKS

Institut für empirische Sozialforschung  
[www.ifes.at](http://www.ifes.at)

Internetlexikon Wikipedia über  
 Meinungsforschung  
[de.wikipedia.org/wiki/Meinungsforschung](http://de.wikipedia.org/wiki/Meinungsforschung)

■ **Die »Richtigkeit« der Ergebnisse:** Seriös und handwerklich sauber durchgeführte Meinungsbefragungen mit entsprechenden Stichprobengrößen bringen die allgemeine Volksmeinung wesentlich richtiger und »unverzerrter« zum Ausdruck als Abstimmungen, an der sich nur besonders engagierte Minderheiten beteiligen.

■ **Der Aufwand:** Flächendeckend durchgeführte Volksbefragungen verursachen Kosten in Millionenhöhe und binden ein Menge an Personalressourcen in den damit befassten Ämtern. Demgegenüber wäre eine repräsentative Stichprobenbefragung in jeder Hinsicht wesentlich unaufwendiger.

Den genannten Vorteilen von Meinungsbefragungen stehen allerdings so gravierende Bedenken hinsichtlich der demokratischen Legitimation gegenüber, dass diesen wohl auch der Anspruch auf Richtigkeit geopfert werden muss:

■ **Die Auswahl der Befragungspersonen:** Eine demokratisch legitimierte repräsentative Befragung müsste gewährleisten, dass einerseits alle Abstimmungsberechtigten die gleiche Chance haben, in die Auswahl zu gelangen, und dass andererseits niemand Unberechtigter teilnehmen kann. Letztlich ginge das nur über komplizierte Kontrollverfahren – sowohl der Auswahl als auch des Befragungsvorgangs und des Befragungspersonals. Jede Regelwidrigkeit würde nämlich sogleich die Anfechtung des Ergebnisses nach sich ziehen.

■ **Der statistische Zufallsfehler:** Das Ergebnis einer Befragung von Zufallsstichproben ist nur unter Berücksichtigung einer statistischen Fehlertoleranz zu verallgemeinern. Um diesen Fehler möglichst gering zu halten, müsste eine entsprechend große Stichprobe befragt werden. Nur so wäre im Wesentlichen ein »sicheres« Mehrheitsergebnis bei extrem ausgeglichenem Abstimmungsverhalten gewährleistet. Ein maximaler Zufallsfehler von +/- einem halben Prozent würde etwa



Vor Wahlen bedienen sich Parteien gerne des Instruments von Meinungsumfragen zu Testzwecken.

eine Stichprobe von 40.000 Personen voraussetzen.

■ **Akzeptanz der Meinungsforschung:** Das Hauptproblem liegt m. E. darin, dass Meinungsforschung – insbesondere vor Wahlen – in der breiten Öffentlichkeit zwar einen hohen Unterhaltungswert hat, sich allerdings nicht des Rufs erfreut, eine seriöse und zuverlässige Methode zur Erhebung von Bevölkerungsmeinungen zu sein. Mit einem Wort, ein Referendum, und sei die Beteiligung noch so schwach, weist allemal noch mehr Legitimität auf als ein noch so präzises Ergebnis einer Meinungsumfrage. Die »Richtigkeit« des Verfahrens und nicht die des Ergebnisses entscheidet somit über die Akzeptanz und die »Benutzbarkeit« für die politische Meinungsforschung.

### Mäßig demokratisch

Diese Bedenken spiegeln auch die Ergebnisse der erwähnten IFES-Befragung wider, in der repräsentative Meinungsbefragungen nur mäßig als demo-

kratisch legitimierte Verfahren erachtet werden, um zu einem zuverlässigen Meinungsbild in der Bevölkerung zu kommen.

Die Instrumentalisierung und Instrumentalisierbarkeit von Meinungsbefragungen und der vielfach populistische Einsatz durch parteipolitische InteressentInnen diskreditieren ein an sich äußerst ausgefeiltes und präzises Messinstrumentarium und machen es – zumindest derzeit noch – als Mittel der direkten Demokratie unbrauchbar.

Meinungsforschung ist nichtsdestotrotz ein wichtiges und unverzichtbares Orientierungsmittel für politisches Handeln, was sie jedenfalls nicht sein kann und will, ist, der Politik eigene Ziele und eigene Visionen zu ersparen.

### KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an den Autor  
[georg.michenthaler@ifes.at](mailto:georg.michenthaler@ifes.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Jugend und Demokratie

*Die Demokratie-Initiative der Bundesregierung will Politik und Partizipation im Zeitalter des Web 2.0 für junge Menschen erfahrbar machen.*

Autorinnen:  
Mag. Gertraud Diendorfer,  
Mag. Petra Mayrhofer

Geschäftsführerin des Demokratiezentrum Wien,  
Mitarbeiterin des Demokratiezentrum Wien

**E**ine »starke« Demokratie braucht die Beteiligung aller BürgerInnen, insbesondere auch die der jungen Menschen. Immer mehr Menschen nehmen sich als politisch kompetent wahr und haben hohen Beteiligungswillen, aber zusehends das Gefühl, immer weniger auf »verfasste Politik« Einfluss nehmen zu können. Gerade Jugendliche zeigen eine Affinität zu eher unkonventionellen Partizipationsformen und verwenden und integrieren die »neuen Medien« ganz selbstverständlich in ihr Leben, was

## ZUR PERSON

### Gertraud Diendorfer

Mag. Gertraud Diendorfer ist geschäftsführende Leiterin des Demokratiezentrum Wien. Lehrbeauftragte am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Redakteurin der halbjährlich erscheinenden Themenhefte »Informationen zur Politischen Bildung«, hg. vom Forum Politische Bildung.

Die Arbeitsschwerpunkte der Historikerin sind Demokratisierungsprozesse und ihre historische Entwicklung, europäische Zeitgeschichte, Medien- und Wissenschaftsgesellschaft und Politische Bildung.

auch bedeutet, dass die neuen Medien einen immer größeren Anteil an ihrer sozialen Entwicklung und Identitätsbildung haben. Kinder und Jugendliche, bisher eher von politischen und gesellschaftlichen Mitgestaltungsprozessen ausgeschlossen, stehen aufgrund verschiedener gesellschaftspolitischer Entwicklungen verstärkt im Fokus der Aufmerksamkeit von Politik. Daher stellt sich die Frage, wie sich junge BürgerInnen, geprägt von Individualität und **pluralen** Lebensstilen, stärker in ein partizipatives Demokratiekonzept integrieren lassen, und welchen Beitrag die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKTs) in diesem Zusammenhang leisten können, um die Partizipationsbereitschaft zu erhöhen.

## Jugend aktiv

Junge Menschen haben ein grundsätzliches Interesse, tendieren aber zu anderen Formen der politischen Beteiligung, die vor allem durch Spontaneität und kurzfristiges und themenorientiertes, unkonventionelles Engagement geprägt ist, wie die jüngst unter Salzburger Jugendlichen durchgeführte Studie »ePartizipation – Jugend aktiv!«, die von Univ.-Prof. Dr. Ursula Maier-Rabler und Dr. Christiana Hartwig am ICT&S Center in Salzburg durchgeführt wurde, belegt.<sup>1</sup> Die Ermög-

<sup>1</sup> ICT&S Center der Universität Salzburg (Hg.), ePartizipation – »Jugend aktiv«. Das aktive IKT-Nutzverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation, Projektleitung: Maier-Rabler, Endbericht (Mai 2007), S. 25 f. In dieser Studie wurde auch ein Partizipationsmodell entwickelt und Zielsetzung war auch, herauszuarbeiten, wie weit die gemeinschaftsstiftenden Potenziale der IKT's zur Aktivierung von Jugendlichen für gesellschaftspolitisch relevante Themenbereiche genutzt werden können.

## ZUR PERSON:

### Petra Mayrhofer

Mag. Petra Mayrhofer hat in Wien und Paris Geschichte, Politikwissenschaft und Publizistik studiert. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Demokratiezentrum Wien. Arbeitsschwerpunkte: Visuelle politische Kommunikation, europäische Zeitgeschichte und Politische Bildung.

lichung von kurzfristigen »Mitgliedschaften« oder sogar Anonymität kommen diesen Beteiligungsbedürfnissen eher entgegen als herkömmliche Formen. Die IKTs entsprechen mit ihrer nicht-linearen, vernetzten nicht-hierarchischen und flexiblen Struktur genau diesen neuen Bedürfnissen. »e-Partizipation stützt das »Empowerment« des Individuums, hin zum »capable citizen«, der in der Lage ist, seine eigene Betroffenheit zu erkennen und entsprechend zu handeln.«

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass das Vorhandensein der Technologie allein nicht ausreicht, sondern es vielmehr um einen bewussten und kompetenten Gebrauch der neuen Medien geht, da auch junge Menschen einen unterschiedlichen Zugang zu neuen Medien haben und es IT-nahe aber auch IT-ferne Jugendliche gibt. Diesen Zugangs- und Bildungsgap,

## WEBLINKS

Weitere Informationen  
zur Demokratie-Initiative unter  
[www.entscheidend-bist-du.at](http://www.entscheidend-bist-du.at)

## INFO & NEWS

### Das Projektteam PoliPedia.at

#### Projekträger:

Demokratiezentrum Wien

#### Projektleiterin:

Mag. Gertraud Diendorfer

#### Kooperationspartner:

ICT&S Center der Universität Salzburg  
Univ.-Prof. Dr. Ursula Maier-Rabler

ProjektmitarbeiterInnen:

**DI Alexander Banfield-Mumb,**  
**Mag. Petra Mayrhofer**

### Das Demokratiezentrum Wien

Ist ein unabhängiges außeruniversitäres wissenschaftliches Institut mit Blickrichtung auf Angewandtheit und Vermittlung. Die Themen sind Grundfragen der politischen Kultur und des politischen Systems Österreich im europäischen Kontext, Demokratieforschung, Migration, **Citizenship Education**, Politische Bildung und Neue Medien. Das virtuelle Wissenszentrum bietet Wissen für verschiedene Zielgruppen von der Erstinformation bis zum Vertiefungswissen: Angeboten werden multimediale Wissensstationen mit einführenden Texten, vertiefenden Artikeln, Bildern, Audio- und Video-Dokumenten. Aktuelle Bildmodule wie der »Bildatlas EUropa« und »Politische Bildstrategien« (Plakate österreichischer Wahlkämpfe) thematisieren visuelle politische Kommunikationsstrategien.

der hier sichtbar wird, gilt es ebenso wie die sichtbare geringere Technikaffinität bei Mädchen, mit sinnvollen Lernarrangements im Internet und Vermittlung von Medienkompetenz zu überwinden.

### Projekt www.PoliPedia.at

Bei PoliPedia.at werden Jugendliche zu Produzenten von politisch-partizipativen Inhalten. Im Rahmen dieses Projekts erarbeitet das Demokratiezentrum Wien in Kooperation mit dem ICT&S Center der Universität Salzburg gemeinsam mit einer Jugendgruppe unterschiedliche Materialien und Wissensbausteine zu den Themen Demokratie – Politik – Partizipation, die auf www.PoliPedia.at online zugäng-

lich gemacht werden. Die Gruppe setzt sich aus Jugendlichen verschiedener Bundesländer und Schultypen im Alter zwischen 13 und 20 Jahren zusammen. Im Laufe des Projekts entsteht auf www.poli-pedia.at unter der Verwendung von »social software« (Blogs, Wiki, Foren) ein »multimediales kollaboratives Lehrbuch im Internet« unter Einbeziehung der Perspektive von Jugendlichen. Darüber hinaus eröffnet das Projekt den Jugendlichen die Möglichkeit, sich einzubringen und mitzudiskutieren, wie man die politische Partizipation von jungen Menschen erhöhen kann, und welche Strukturen und Maßnahmen es dafür braucht. In diesem Projekt soll auch analysiert werden, wie neue Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Rahmen der Politischen Bildung genutzt werden kann.

Erste Ergebnisse dieses Pilotprojekts werden ab Sommer 2008 auf www.PoliPedia.at der Öffentlichkeit präsentiert. In weiterer Folge können Jugendliche, SchülerInnen, Lehrlinge und MultiplikatorInnen dieses Wiki weiterschreiben und damit auch weiterentwickeln. Die Nutzungsformen und -anwendungen helfen mit, das Online-Lehrbuch in vielfältiger Weise in verschiedenen realen und virtuellen Communities in Lernzusammenhänge zu integrieren und den eigenen individuellen und Gruppenbedürfnissen anzupassen. Mit PoliPedia.at werden Jugendliche nicht nur zu ProduzentInnen von politisch partizipativen Inhalten, das Projekt unterstützt dadurch auch:

- Lernen von- und miteinander (**peer-to-peer**) in gemeinsamen Projekten;
- den Auf- und Ausbau eines Netzwerkes mit Zielgruppen, ein Multiplikatorennetzwerk, Weiterbildungsmaßnahmen;
- schulische und außerschulische Kooperationsnetzwerke;
- Einrichtung eines Methoden- und Materialienpools im Bereich Politische Bildung und Partizipation.

### [www.entscheidend-bist-du.at](http://www.entscheidend-bist-du.at)

Das Projekt PoliPedia.at ist Bestandteil der Demokratie-Initiative der Bundesregierung, getragen vom Unterrichts- und Wissenschaftsministerium ([## BUCH TIPPS](http://www.ent-</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

- Politikverständnis, Medienkompetenz und Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen, in: *Parlament transparent*, Wien Jg. 2, Nr. 2/2007
- *Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich*, Herausgeberin gem. mit Sigrid Steininger, Schwalbach, 2006
- *Schulbuch Politische Bildung neu*, gem. mit Herbert Dachs und Heinz Fassmann, Wien 2005

scheidend-bist-du.at). Projektverlauf und -ergebnisse werden auf dieser Plattform einer breiten Öffentlichkeit kommuniziert. Diese Initiative will Demokratie für junge Menschen greifbar machen: um lebendige Demokratie zu fördern, politische Bildung zu stärken und Jugendliche in der Ausübung ihrer Rechte zu unterstützen. Sie sollen für politische Vorgänge sensibilisiert und über die Vielfalt der Möglichkeiten politischer Beteiligung informiert werden. Daher sollen viele Projekte nicht nur für Jugendliche, sondern vor allem auch mit ihnen entwickelt und umgesetzt werden.

Die Demokratie-Initiative teilt sich in zwei große Bereiche: Einerseits findet die Arbeit in sechs Themenfeldern rund um das Thema Demokratie statt, die von ExpertInnen-Gruppen innerhalb des Jahres 2008 diskutiert und erarbeitet werden. Andererseits möchte die österreichweite Informationskampagne »Entscheidend bist Du!« das Mitreden und Mitentscheiden junger Menschen fördern und über die Vielfalt der Möglichkeiten für politische Partizipation in den verschiedenen Lebensbereichen (Schule, Universität, Arbeitsumfeld, politisches System) informieren.

## KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an die Autorinnen  
[mayrhofer@demokratiezentrum.org](mailto:mayrhofer@demokratiezentrum.org)  
[diendorfer@demokratiezentrum.org](mailto:diendorfer@demokratiezentrum.org)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Betriebsrat in Gefahr

*Oft wird innerbetriebliche Demokratie mit einem ausgewogenen Interessenausgleich zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen verhindert.*

Autorin: Mag. Lucia Bauer

Büro des Vorsitzenden GPA-DJP

**G**ewerkschaften können nicht: höhere Löhne, bessere Zusatzleistungen, Beschäftigung oder die Dauer der Arbeitszeit garantieren, sie können nicht Kündigungen verhindern, Arbeitsplatzstandards setzen.« So klingt organisierte Gewerkschaftsfeindlichkeit im Managerhandbuch der US-amerikanischen Supermarktkette Wal-Mart. Wie kein anderes Unternehmen weltweit hat Wal-Mart das sogenannte Union-Busting, sprich das gezielte Verhindern von betrieblicher Interessenvertretung, professionalisiert. Mit Argumenten und notfalls mit der eisernen Faust erstickt der größte Arbeitgeber der Welt jeden Versuch gewerkschaftlicher Organisierung im Keim und nimmt dabei bewusst Gesetzesübertretungen und Verwaltungsstrafen in Kauf. Der Erfolg: Kein einziger Wal-Mart-Markt in Nordamerika ist gewerkschaftlich organisiert. Die Beschäftigten verdienen im Schnitt 20 bis 30 Prozent weniger als andere Supermarktangestellte in den USA.

## Sabotierte Wahl bei KiK

Schauplatzwechsel: Österreich. Im Februar 2007 sabotiert die Textilhandelskette KiK Betriebsratswahlen mit Mitteln, die dem Union-Busting von Wal-Mart Konkurrenz machen. Betriebsratskandidat Andreas Fillei soll zunächst mit Geld dazu gebracht werden, das Unternehmen zu



verlassen. Als er daran kein Interesse zeigt, wird er ohne Angabe von Gründen fristlos entlassen. Natürlich gesetzeswidrig. Gleichzeitig werden die zum Teil unzumutbaren Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen bei KiK bekannt: Angestellte leisten unbezahlte Mehrstunden, müssen die Kasse nach Dienstschluss mit nach Hause nehmen und einzelnen Filialen fehlt sogar die Toilette. Mit Unterstützung der GPA-DJP geht der Fall vor Gericht und Fillei muss wieder eingestellt werden. Die Öffentlichkeit solidarisiert sich mit Andreas Fillei und den KiK-MitarbeiterInnen. Doch die Auseinandersetzung mit der Geschäftsleitung ist damit noch lange nicht am Ende. Filleis Liste wird kurzerhand von der Wahl ausgeschlossen. Zur Wahl steht ausschließlich eine Liste mit dem Assistenten des Geschäftsführers als Spitzen-

kandidat. Wieder bleibt nur der Schritt vor das Arbeits- und Sozialgericht und die Anfechtung der Wahl. Erst Monate später ist der Kampf vorläufig ausgestanden. Bei einer neuerlichen Wahl können die MitarbeiterInnen schließlich zwischen beiden Listen wählen und Filleis Liste erreicht am Ende 4 von 14 Mandaten.

## KiK ist kein Einzelfall

Wenige Monate später: Andere Branche, gleiches Spiel. Das Competence Callcenter (CCC) kündigt justament jene MitarbeiterInnen, die für den Betriebsrat kandidieren wollten. Schon in den Monaten davor hatte das CCC Negativ-Schlagzeilen gemacht, weil MitarbeiterInnen in großem Stil ihre rechtlichen Ansprüche wie Sonderzahlungen, Überstunden und Kran-

## WEBLINKS

Gewerkschaft der Privatangestellten,  
Druck, Journalismus, Papier  
[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

Aktiv im Betriebsrat  
[www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at)

kenentgelt nicht ausbezahlt wurden. Wieder bleibt der GPA-DJP nur der Schritt vor Gericht und in die Öffentlichkeit. Unterdessen kommentiert Geschäftsführer Thomas Kloibhofer die Causa per Presseaussendung: »Nicht alle unserer Mitarbeiter befürworten die Installierung eines Betriebsrates.« Die Vorwürfe der GPA-DJP, er behindere die Wahl, bezeichnet er als gegenstandslos. Unerwähnt bleiben in der Aussendung leider die gekündigten BetriebsratskandidatInnen.

Fast zeitgleich mit der verhinderten Betriebsratswahl im CCC werden beim Fernsehsender Puls4 zwei Betriebsräte gekündigt. Lakonischer Kommentar des Geschäftsführers dazu im Standard-Interview: Die gekündigten Mitarbeiter wären eigentlich gar keine Betriebsräte gewesen. Und auf Nachfrage, warum er dann jahrelang mit ihnen verhandelt hätte: »Wir haben das damals nicht gewusst.« Bereits vor dem Eklat hatte es bei Puls4 monatelange ergebnislose Streitereien über die Einhaltung der gültigen Kollektivverträge gegeben.

### Vergleich Österreich – USA

Nun ist der Vergleich mit Wal-Mart und den USA vielleicht ein wenig überzeichnet: Gewerkschaftliche Arbeit in den USA funktioniert anders als bei uns. Unternehmen dort haben es leichter, die gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern: Die Gewerkschaft darf erst in einem Unternehmen aktiv werden, wenn die MitarbeiterInnen dafür gestimmt haben. Verglichen damit, stellt das Arbeitsverfassungsgesetz in Österreich eine starke rechtliche Rückendeckung für betriebsrätlige und gewerkschaftliche Arbeit dar. »In Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten ist ein Betriebsrat zu wählen«, heißt es klar im Gesetzestext. Es spielt keine Rolle, ob eine Mehrheit der MitarbeiterInnen für eine Betriebsratswahl ist. Trotzdem wird

dieses Argument von ArbeitgeberInnen immer wieder bemüht, wenn eine Betriebsratsgründung verhindert werden soll.

### Akzeptanz von Betriebsräten

In Österreich gibt es sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Mehrzahl der Unternehmen durchaus das Bewusstsein, dass betriebliche Vertretung von ArbeitnehmerInneninteressen ein wichtiger Bestandteil unserer demokratischen Kultur ist. In einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts FORBA in 300 österreichischen Unternehmen im Jahr 2005 gaben fast 90 Prozent der befragten ManagerInnen an, dass sie BetriebsrätInnen trotz gelegentlicher Konflikte als wichtige PartnerInnen für die Erreichung gemeinsamer Unternehmensziele sehen. 76 Prozent der UnternehmerInnen empfanden die Gründung eines Betriebsrats als positiv. Rund 70 Prozent empfahlen vergleichbaren Unternehmen sogar, diese in ihrem Betrieb zu unterstützen. Zwei von drei UnternehmerInnen meinten, ihr Betriebsrat sei ein wichtiger Faktor zur Regulierung von Konflikten. Ähnlich wie die österreichischen UnternehmerInnen halten auch sonst viele ÖsterreicherInnen Betriebsräte prinzipiell für wichtig und nützlich.

Vergleichbar mit dem Beispiel Wal-Mart ist allerdings die tief verwurzelte Gewerkschaftsfeindlichkeit mancher Unternehmen. Es gibt eine Reihe Unternehmen, die seit Jahren alle Versuche einer gewerkschaftlichen Organisierung mit mehr oder weniger sanftem Druck auf die MitarbeiterInnen verhindern. BetriebsrätInnen und noch viel mehr Gewerkschaften werden nicht als VerhandlungspartnerInnen gesehen, sondern als Störenfriede. Dabei nehmen die Unternehmen Gesetzesübertretungen und Rechtsstreitigkeiten in Kauf und riskieren, auch in der Öffentlichkeit angeprangert zu werden.

### Konfliktbereite Gewerkschaften

Für die österreichischen Gewerkschaften bedeutet das, dass sie ähnlich wie ihre KollegInnen in den USA auf Konfliktsituationen vorbereitet sein müssen. Jederzeit bereit zu öffentlichkeitswirksamen Kampagnen und Aktionen auf der Straße. Zwar haben in letzter Zeit einige Unternehmen angesichts drohender Konflikte mit der

Gewerkschaft eingelenkt, versucht Wogen zu glätten und Imageschäden abzuwenden. Innerbetriebliche Demokratie mit einem ausgewogenen Interessenausgleich zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen in österreichischer sozialpartnerschaftlicher Tradition ist unter diesen Umständen jedoch nicht möglich. Dazu kommt, dass diese Konflikte häufig in Unternehmen stattfinden, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig ist und die Beschäftigten oft unter prekären Bedingungen arbeiten. Die Kampagne AnKiK zeigte, wo und wie Gewerkschaftsarbeit in Zukunft stattfinden könnte: Mehr und mehr dort, wo die Menschen arbeiten. Erste erfolgreiche Versuche mit arbeitsrechtlichen Beratungen in Einkaufszentren gehen in diese Richtung.

### Neue Wege

Da Aktionen in der Öffentlichkeit und Kampagnen personalintensiv sind, wird es in Zukunft immer wichtiger werden, auch ehrenamtliche FunktionärInnen von Anfang bis Ende in Kampagnen und Projekte einzubinden. Gerade bei Themen, die viele Menschen bewegen, bietet es sich an, neue AkteurInnengruppen einzubeziehen – wie Kunden/Kundinnen, soziale Netzwerke und die lokale Bevölkerung. Die AnKiK-Kampagne hat gezeigt, dass Kampagnen selbst dort anwendbar sind, wo traditionelle Formen der Interessenwahrnehmung nicht ausreichen. Über Kampagnen Druck machen, funktioniert auch, wenn der Organisationsgrad sehr niedrig ist. Zudem wird es immer wichtiger betriebs- und branchenübergreifend zu arbeiten. Gemeinsame Konflikte bringen mehrere Standorte eines Unternehmens oder sogar unterschiedliche Branchen zusammen. Und schließlich können auch internationale Kooperationen bei Konflikten mit internationalen Konzernen wichtige Unterstützung bieten.

## KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an die Autorin  
[lucia.bauer@gpa-djp.at](mailto:lucia.bauer@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Stachel im Fleisch

*Kulturschaffende empfinden das Wechselspiel zwischen Kunst und Demokratie oft als eine Art »Überleben im Haifischbecken«.*

**D**ie Kunst ist unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie. Wenn sie frei ist, kann sie sich entfalten. Ihre Aufgabe ist es, Stachel im

Fleisch zu sein, Spiegel der Befindlichkeit einer Gesellschaft, ihr Korrektiv und ihr Ausdruck. Sibylle Fritsch hat für Arbeit&Wirtschaft fünf KünstlerInnen aus

den Sparten Literatur, Musik, Schauspiel, Kabarett und (Medien-)Kunst zu ihrer Sichtweise über die Demokratie befragt und die Gespräche zusammengefasst.

**Miguel Herz-Kestranek:**

## Gestolper zur Gesellenprüfung

Kunst und Demokratie – das ist eine Prüfung, die im Idealfall beide bestehen sollten. Kunst ist auch Korrektiv für die Unvollkommenheiten der Demokratie. Letztere braucht Widerspruchskünstler, an denen sie sich messen kann – und umgekehrt. Allerdings, im Vergleich zur Lautstärke der Behauptung: Österreich ist weder Kulturland noch Demokratie, sondern Demokratielehrling auf dem Gestolper zur Gesellenprüfung. Warum es kein Kulturland ist? Dafür habe ich eine lange Liste, die diesen Rahmen sprengen würde. In diesem Land wird außerdem Kunst mit Kultur verwechselt oder auch Prominenz mit Kompetenz. Kunst ist immer subjektive Mitteilung, immer öffentliche Angelegenheit, weil immer sozial bedingt, und immer elitär. Keine Demokratie kann ohne Elite auskommen, weil sie Bestandteil der Gesellschaft ist. Unsere demokratische Gesellschaft in Österreich nutzt Kunst sowohl als Backhendl wie auch als gesellschaftliches Alibi. Wirkliches Kunstverständnis ist selten. Das Verständnis endet blitzschnell, wenn Kunst nicht mehr gefällig ist. Die Politik fördert und lässt Kunst nur zu, weil sie sich etwas davon verspricht, nicht aus Überzeugung und Verständnis. Politiker verstehen sowieso nur wenig von irgendwas, aber von Kunst



### ZUR PERSON

**Miguel Herz-Kestranek**

geboren 1948; Schauspieler, Autor und Herausgeber, Vizepräsident Österr. PEN-Club, 12 Bücher, zuletzt: »Wortmeldung – Polemiken, Pointen, Poesien« und »In welcher Sprache träumen Sie?« – Österreichische Exillyrik; Juli, August 2008 als Schriftsteller Trigorin in Tschechows »Die Möwe«, Festspiele Reichenau. Lebt in Wien und St. Gilgen.

[www.herz-kestranek.com](http://www.herz-kestranek.com)

verstehen sie gar nichts. Kunst kann eine politische Waffe sein, ist fast immer in Opposition und muss auch ertragen werden. Eine demokratische Aufgabe wäre es, dieses Ertragen zu lehren, sich darin zu schulen und zu einem Wert zu machen.

**Peter Paul Skrepek:**

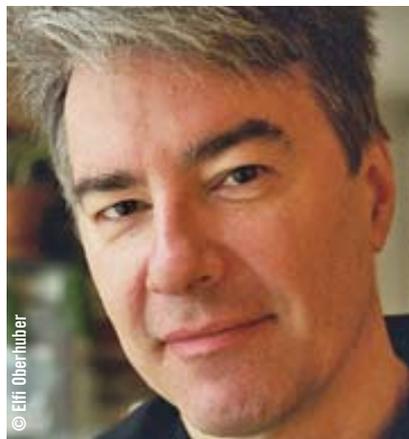
## Leben in der Befehlswirtschaft

In der »real existierenden Demokratie«, also in ihrer Karikatur, erfüllt die Kunst die Funktion eines schlechten Kasperltheaters. In einer wirklichen Demokratie hingegen hätte sie eine zentrale Funktion inne: Das, was noch nicht gedacht wurde, zur Debatte zu stellen. Kunst ist das Hoffen, durch Beschreibung der Zustände etwas verändern zu können – ein generationsübergreifender Prozess. Totalitäre Regime lassen nur jene Formen und Inhalte von Kunst zu – ja fördern sie sogar massiv –, die das System stützen, während eine demokratische Gesellschaft alle Kunst gleichermaßen ermöglicht und vermittelt. Denn sie erkennt Kunst als Basis und Korrektiv der Zivilisation, ohne die ein Rückfall in die Barbarei droht. Unsere Gesellschaft bzw. ihre Massenmedien befördern die Gefälligkeitskunst. Kunst wird zum Werbespot, beliebig, nach dem Motto: Alles, was sich verkauft, wird am Schluss verkauft sein. Der Künstler braucht die Öffentlichkeit und willigt in seinen Verkauf ein. In Wahrheit verhält es sich umgekehrt: Die Öffentlichkeit braucht die Kunst.

Wer kein Kapital besitzt, muss arbeiten, um überleben zu können. Im Neusprech heißt das: Selbstverwirklichung. Dieser ökonomische Druck hält auch die Kunst unter Kontrolle. Sicherheitshalber

wurde der Kunstbegriff noch in die Eliteschublade gelegt. Das System erklärt uns, was Kunst ist und was Unterhaltung. Bei Verdacht auf »Kunst« schalten die Leute ab. Die Trennung ist strikt. Dabei war der Künstler Mozart zu seiner Zeit Unterhaltungsmusiker. Kunst ist nicht notwendigerweise kompliziert und unzugänglich. Humor und Musik sind gleichzeitig einfach – und dahinter schwierig genug.

In der »real existierenden Demokratie« kann Kunst nicht »demokratisch« sein. Demokratie setzt voraus, dass sich alle Beteiligten auf fachliche Autoritäten einigen, die dann Entscheidungen treffen. Dazu gehören Bildung und die Freiheit, sich zu informieren. Wir hingegen leben in einer Befehlswirtschaft. Jedes Bewusstsein der Teilnahme an demokratischen Prozessen wird zugeschüttet – durch Bewusstseinskontrolle. Das führt in die nächste Tyrannei – und davor kann man nur warnen.



© Efr Oberhuber

## ZUR PERSON

### Peter Paul Skrepek

Geboren 1956, Wien, Kabarettist (Altbürgermeister Dr. Zilk), Musiker (Falco-Band, Drahdwaberl u. v. a.) Autor, Arrangeur (Dancing Stars), Komponist, Präsident der Musikergewerkschaft. Unterrichtet am Konservatorium Wiener Neustadt.  
[www.musikergilde.at](http://www.musikergilde.at)

### Olga Neuwirth

#### Diktat der Ökonomie

Als Komponistin klassisch-zeitgenössischer Musik gehöre ich zu einer Randgruppe. Ohne Demokratie wären keine



© Charlotte Oswald

## ZUR PERSON

### Olga Neuwirth

geboren 1968 in Graz, studiert am Conservatory of Music, San Francisco, Komposition, Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Wien; bei Tristan Murail, Paris; 1998 Porträtkonzerte, Salzburger Festspiele, 1999 UA »Bählamms Fest« (Libretto: Elfriede Jelinek nach Leonora Carrington), Wiener Festwochen; 2003 UA »Lost Highway«, steirischer herbst, 2006; Mitglied der Akademie der Künste Berlin; UA Trompetenkonzert »... miramondo multiplo ...«, Wiener Philharmoniker, Leitung: Pierre Boulez; 2007 documenta12; 2008 »Hommage à Klaus Nomi-a songplay«  
[www.olganeuwirth.com](http://www.olganeuwirth.com)

Randgruppen möglich. Ohne Demokratie gäbe es keine Freiheit der Kunst, keine Freiheit des Denkens, des sich Äußerns. Demokratie ist die Voraussetzung um kritische Überlegungen zuzulassen.

Es heißt immer, zeitgenössische klassische Musik sei elitär. Das finde ich nicht. Elite bedeutet Ausschluss. Musik in ihrem Kern ist etwas Demokratisches, da es viel mit Zuhören, mit Kommunikation zu tun hat. Andererseits ist es erstaunlich, wie undemokratisch im Bereich Kunst oft agiert wird, wie hierarchisch bis autoritär: Im Umgang der Veranstalter und Auftraggeber gegenüber Musikschaffenden und sogar im Verhältnis Dirigent zu Komponist.

Das Diktat der Ökonomie macht vor der Kunst nicht Halt. Auch die Kunstwelt wird heute kapitalistisch durchorganisiert und jeder dem Erfolgswang ausgesetzt. Dies führt zur Gefährdung des Einzelnen

in der Gruppe. Nicht Solidarität herrscht vor, sondern: der Stärkere setzt sich durch. Das Kunst- und Musikbusiness gleicht einem riesigen Haifischbecken, in dem ständig gekämpft und weggebissen wird. Erschreckend sind für mich auch die Neidgefühle der Künstler untereinander, die zu Intoleranz führen. Die Gratifikation des Einzelnen war immer schon Beweggrund, sich totalitärem Gedankengut anzuschließen. Die Funktion der Kunst wäre es, diese Entwicklungen aufzuzeigen – ändern kann sie ja nichts – statt voraus-eilend mitzumachen. Die Ökonomisierung der Lebenswelt verlangt immer mehr Tempo. Komponieren aber ist ein altes Handwerk. Das braucht Zeit, da kann man nicht »instant« funktionieren.

### Ruth Schnell:

#### Softwareavantgarde

Kunst kann Bewusstsein bilden – im Maximalfall –, Konflikte provozieren und zum Nachdenken anregen, aber gleichzeitig entzieht sie sich in ihrer Offenheit, in ihrem Oppositionscharakter, ihrer Tabulosigkeit der Demokratie und begibt sich in einen Elitarismus. Weil sie sich neben »dem Track« spezialisiert, muss sie keine



## ZUR PERSON

### Ruth Schnell

Geboren 1956, Feldkirch/Vorarlberg, Medienkünstlerin, internationale Ausstellungen, u. a. Österreichpavillon der Biennale von Venedig, lehrt an der Universität für angewandte Kunst, lebt in Wien.

## BUCHTIPPS

Miguel Herz-Kestranek  
**Wortmeldung Polemiken, Pointen,  
 Poesien**

ISBN-10: 3-85052-240-7.

Erschienen bei: Ibera

269 Seiten, gebunden. Preis € 20

Robert Menasse

**Don Juan de La Mancha oder Die Erzie-  
 hung der Lust**

Roman

ISBN 978-3-518-41910-6.

Erschienen bei Suhrkamp

274 Seiten, Gebunden. Preis € 19,40

**Bestellung:**

ÖGB-Fachbuchhandlung,  
 1010 Wien, Rathausstraße 21,

Tel. (01) 405 49 98-132

E-Mail:

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Gefälligkeiten liefern. Würde man Kunst einem demokratischen System unterwerfen, wäre sie tot. Sie kann zwar Demokratie thematisieren, aber wenn versucht wird, Mitbestimmung, Gleichheit und Ähnliches in der Kunstszene zu installieren, so erleidet dies Schiffbruch. Künstlerinnen und Künstler müssen sich ständig durchsetzen, **obsessiv** sein. Der Kunstmarkt spielt eine immer zentralere Rolle, lässt aber nur einen gewissen Anteil und Ausschnitt an Kunst zu. Als Künstlerin muss man sich entscheiden und fragen: Wie lebt es sich außerhalb? Begibt man sich hinein, um den Preis, nur einen Ausschnitt seiner Kunst einfließen lassen zu können? Nämlich den, der sich als Aktie verkauft und womöglich dem System, den Reichen und Schönen dekorativ die Ästhetik des Lifestyle liefert. Im Kunstmarkt herrschen – wie in der aktuellen Demokratie – die Regeln der Warengesellschaft, es geht weniger um Qualität als um den Künstler als Marke. Die Medien konstruieren die Quotenwirklichkeit mit. Allerdings wurde mit der Erfindung des Internets auch eine konträre Entwicklung eingeleitet: eine Ästhetik der Software und das Prinzip, dass jeder KünstlerIn sein kann und sein Werk ins Netz stellt. Auch hat jeder einfachen Zugang zu Wissen –

und Wissen ist Macht. Die Medienkunst hat es am Kunstmarkt nicht leicht, sie ist extrem schwer verkäuflich. Dafür kann sie als demokratisches Instrument und Basis des interaktiven und somit demokratischen Kunstwerks fungieren, für das der/die KünstlerIn die Idee und den virtuellen Raum liefert. An der Medienkunst lässt sich die technologische Demokratisierung nachvollziehen. Musste man in den Neunzigerjahren für eine Computerinstallation eine fünf Millionen Schilling teure Maschine zur Verfügung haben, so ist das heute mit einem Laptop um 800 Euro möglich. Man kann sagen, dass die Medienkunst eine Demokratisierungsrolle einnimmt. Sie treibt das Medium weiter. Sie ist sozusagen die Softwareavantgarde.

**Robert Menasse**

**Die Wahrheit ist das Ganze**

Gerne wird unterstellt, dass subventionierte Kunst keine freie Kunst mehr sei. In Wahrheit ist sie nur frei, wenn sie subventioniert wird. Historisch finanzierte der Feudalherr die Kunst und stellte die Rahmenbedingungen. Der Künstler war Angestellter eines Kardinal oder Kaisers, durfte Kapellen ausmalen oder Porträts von Dynastien anfertigen. Die moderne Gesellschaft geht in ihrem Selbstverständnis auf die Grundlagen der bürgerlichen Freiheitsrechte zurück. Das war auch der Beginn der freien Kunst als einem gesellschaftlichen Grundbedürfnis. Erstaunlich ist, dass diese Gesellschaften bei der Kunst nun zurückweichen und ihr Verschiedenes abverlangen – Quote bringen, für die Mehrheit interessant sein oder als Trost oder Unterhaltung fungieren. Und auch, dass der Staat das Feld wieder privaten Sponsoren und Mäzenen überlässt. Das ist kunstgeschichtlich ein Rückschritt und gefährlich. Die richtige Antwort der demokratischen Gesellschaft wäre, die Kunst mit einer Bildungspolitik zu kombinieren, die den Markt für die Kunst vergrößert.

Kunst ist einer der möglichen Wege zur Erkenntnis. Mit dem Anspruch sich mit der Welt und der Realität so auseinanderzusetzen, dass wir sie besser verstehen, tiefer empfinden. Wenn wir diese **Prämisse** akzeptieren, liegt es nahe, dass der Künstler Realität verarbeitet und – so-



© Marko Lipus / www.literaturfoto.net

**ZUR PERSON**

**Robert Menasse**

1954 in Wien geboren, Studium Germanistik, Philosophie, Politikwissenschaft, Lektor für Literatur in Sao Paolo, freier Schriftsteller in Wien und Amsterdam. Romane: »Sinnliche Gewissheit«, »Schubumkehr«, »selige Zeiten, brüchige Welten«, »Vertreibung aus der Hölle«. Zuletzt: »Don Juan de La Mancha oder die Erziehung der Lust« (Suhrkamp).

fern es ihm entspricht – sich bewusst in einen Prozess einbringt, der die Realität vernünftiger gestaltet. Und das ist auch der Moment seines politischen Engagements. Wenn er sich für eine Partei engagiert, wird es problematisch: Die Gesellschaft ist ein widersprüchliches Gebilde, die Wahrheit das Ganze. Geht man davon aus, dass die Wahrheit der Freiheit im steten Wechselspiel verschiedener gesellschaftlicher Interessen liegt, darf der politisch engagierte Künstler sich nur für die gesellschaftliche Dynamik im Ganzen einsetzen. Seine Aufgabe, sein politisches Engagement kann nur darin bestehen, mitzuhelfen, dass die Regierung, die ihr Amt antritt, beim nächsten Mal abgewählt wird. Denn Demokratie und Freiheit sind nur bei wechselnder Verantwortung möglich.

**KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung an  
[s.fritsch@akis.at](mailto:s.fritsch@akis.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Demokratie in Grauzone

*In Brüssel ist Lobbying aus dem politischen Geschehen nicht wegzudenken.  
Viele sagen, Lobbying korrumpiere die europäische Demokratie*

Autorin: Dr. Barbara Lavaud

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit GPA-DJP

**L**obbyismus ist eine Form der Interessenvertretung in der Politik, bei der Regierungsmitglieder, Beamte und gewählte EntscheidungsträgerInnen durch Interessengruppen – den sogenannten Lobbys – im direkten Kontakt gezielt angesprochen werden bzw. indirekt die öffentliche Meinung über die Medien beeinflusst wird. Lobbying ist somit ein Mittel zum politischen Prozess der Entscheidungsfindung und zur politischen Einflussnahme.

Es gibt kaum sichere Daten über die Anzahl der LobbyistInnen in Brüssel und vor allem nicht über ihre Finanzmittel. Die auf EU-Fragen spezialisierte Public Affairs Agentur »Eacon« ermittelte in einer Studie als Zahl 13.500 BerufslobbyistInnen in der europäischen Hauptstadt. Dazu kommen ca. 6.500 »GelegenheitslobbyistInnen«, das sind VertreterInnen von Organisationen, die fallweise nach Brüssel kommen.

LobbyistInnen sind ein integrativer Bestandteil der EU. Ohne sie ginge es einfach nicht. Es gibt zwei Arten von Verwaltungen: Die eine hat das ganze Fachwissen innerhalb der Verwaltung, die andere besorgt es sich von außen. Mit etwa 24.000 Beamten/Beamtinnen hat die EU um 10.000 weniger als die Stadt Wien. Diese wenigen können gar nicht das gesamte Fachwissen haben, das sie benötigen – geschweige denn die ParlamentarierInnen, die die Entscheidungen treffen müssen.



Die Mitgliedsstaaten wälzen immer mehr Aufgaben nach Brüssel ab, aber ohne dafür ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Das EU-System holt sich darum das Fach-Know-how von außen und zwar genau von jenen, die direkt in der Sache betroffen sind. Die Lobbys sind dabei die Vermittler. Lobbying wird immer im Spannungsfeld zwischen berechtigter Einflussnahme und der möglichen Gefährdung demokratischer Grundprinzipien stehen. Aufgrund immer komplexer werdender Wirtschaftsstrukturen und Themenfelder nehmen Lobbygruppen eine wichtige Funktion ein.

## Vorstoß für mehr Transparenz

Anlässlich der Präsentation des Grünbuchs »Transparenzinitiative« 2006 bestand Kommissionspräsident Barroso Handlungsbedarf ein. Die Legitimität der Entscheidungsprozesse der europäischen

Organe könnte nur durch mehr Transparenz und größere Verantwortlichkeit gegenüber den BürgerInnen garantiert werden.

Die Kommission gestand ein, dass es Bedenken darüber gebe, in welchem Ausmaß bestimmte Lobbypraktiken über eine berechnete Interessenvertretung hinausgingen. Zu diesen Praktiken zählt vor allem die Verbreitung falscher Informationen über mögliche wirtschaftliche, soziale oder umweltpolitische Auswirkungen von Gesetzesvorschlägen.

Zu beobachten ist auch der zunehmende Einfluss der Unternehmenslobbys auf den Entscheidungsprozess der EU. Man verschafft sich wertvolle Informationen bzw. einen Wissensvorsprung betreffend bevorstehender Gesetzesänderungen, um diese dann entsprechend beeinflussen zu können.

Ein weiteres Problem ist der Wechsel von ehemaligen politischen Entschei-

## WEBLINKS

Kritische Webseiten von NGO's

EU-Lobbytours bietet virtuelle Rundgänge durch das Brüssel der Lobbyisten:

[www.eulobbytours.org](http://www.eulobbytours.org)

LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie:

[www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

Der »Worst EU Lobbying Award« will unseriöse Lobbying-Methoden anprangern:

[www.eulobbyaward.org](http://www.eulobbyaward.org)

dungsträgern zu Unternehmen oder Lobbygruppen, in Brüssel »revolving door« (Drehtür) genannt. Know-how und Kontakte können dabei nach einer Karriere in einer EU-Institution gewinnbringend genutzt werden. So arbeiten z. B. manche Abgeordnete nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament bei Lobbying-Firmen.

Hier herrscht eine sehr breite Grauzone zwischen eindeutiger Korruption und dem, was demokratisch einwandfrei vertretbar ist. Diese Grauzone ist der Öffentlichkeit derzeit nur wenig bekannt und wird auch von den Medien kaum beleuchtet.

### »Code of conduct«

Lobbying ist legitim, in Brüssel allgemein akzeptiert und von der politischen Bühne nicht mehr wegzudenken – es gibt trotzdem bislang keinen verpflichtenden europäischen Verhaltenskodex für LobbyistInnen! Die Kommission legte zwar kürzlich einen Entwurf für einen »Code of Conduct for Interest Representatives« vor, der auf freiwilliger Basis funktionieren soll. Genau darin liegt auch die Problematik. Anstatt einer freiwilligen Registrierung wäre die verbindliche Registrierung von LobbyistInnen, und zur Gewährleistung der Einhaltung des vorgeschlagenen Verhaltenskodex, ein effizienter Kontrollmechanismus sowie wirkungsvolle Sanktionen bei Verstößen erforderlich.

Das Risiko ist hoch, dass die angestrebte »Autoregulierung« durch einen freiwilligen Verhaltenskodex sich als ineffizient erweisen wird und nur einen falschen Anschein von Transparenz herstellt. Vor allem Gruppen, die lieber im

Schatten bleiben möchten, werden sich der Registrierung entziehen und über Tarnfirmen und Strohmann agieren.

Wenn Brüssel hier nicht deutlicher durchgreift, riskiert man, dass unseriöse und manipulative Praktiken zunehmen und zu Skandalen führen, die dann wiederum das ohnehin schwache Vertrauen der Bürger in eine demokratische EU weiter beschädigen.

### Europäische Öffentlichkeit

Denn immer öfter kommen in Kampagnen Desinformation und Manipulation zum Einsatz. So geben z. B. WirtschaftslobbyistInnen vor, Teil der Zivilgesellschaft zu sein und gründen Schein-NGO's und Tarnfirmen. Es wird mit betrügerischen Mitteln und fallweise auch mit Bestechung gearbeitet.

Dies droht die Demokratie zu untergraben, liefert Munition für anti-europäische politische Gruppen bzw. Demagogen und schwächt letztlich das Ansehen Europas. Diese illegalen Praktiken entwickeln eine negative Sogwirkung für andere LobbyistInnen und bringen den gesamten Berufsstand in Misskredit – seriöses Lobbying könnte sich bald immer weniger Gehör verschaffen.

Dazu kommt, dass finanzstarke Industriegruppen ihren Einfluss auf die Medien verstärken. Die kritische Berichterstattung nimmt ab, die Medien werden durchlässiger für PR-Kampagnen.

Was fehlt, ist eine echte europäische Öffentlichkeit. Medial gesehen hat Europa die Nationalstaaten noch nicht überwunden. Es gibt weder eine europäische Tageszeitung, noch gesamteuropäische Fernsehkanäle. Diese fehlende europäische Öffentlichkeit ermöglicht es, die Medien je nach Bedarf zu umgehen oder auf nationaler Ebene gezielt für **demagogische** Zwecke zu benutzen.

### Lobbying braucht Kontrolle

Ein effizientes System zur Regulierung der Lobbying-Arbeit ist möglich. Lobbying braucht verpflichtende Offenlegung und Überwachungsmechanismen, deren Nichteinhaltung Sanktionen vorsehen. Üble Praktiken wie Desinformation und Manipulation müssen sanktioniert werden. LobbyistInnen, die mit betrügerischen

Mitteln und im Extremfall mit Bestechung arbeiten, muss das Handwerk gelegt werden. Nicht das Lobbying an sich untergräbt die Demokratie, sondern solche illegalen Praktiken. Die Informations- und Geldflüsse in der Union müssen für die BürgerInnen klar nachvollziehbar sein. Ebenso muss einsehbar sein, wie europäische Richtlinien und Verordnungen zustande kommen: Wessen Vorschläge sind in eine Richtlinie eingeflossen? Welche Gruppen waren federführend, wessen Interessen wurden berücksichtigt?

Wenn finanzstarke Industriegruppen ihren Einfluss auf die Medien verstärken und PR-Kampagnen zur Durchsetzung ihrer Interessen starten, braucht es Maßnahmen gegen die zunehmende Medienkonzentration und für eine Demokratisierung der Medienlandschaft.

### Lobbying und Gewerkschaften

Lobbying ist eine bestimmte Form, Politik zu machen, bei der jene mit mehr Geld die besseren Karten haben. ArbeitnehmerInnenvertretungen sind daher benachteiligt. Wenn die ArbeitnehmerInnen auf Lobbying verzichten, würde das allerdings nur ihre Gegner freuen.

Gewerkschaften und Arbeiterkammer vertreten in Brüssel die Interessen der ArbeitnehmerInnen in Europa und arbeiten aktiv bei der Gestaltung des europäischen Sozialmodells mit. Sie haben dabei nicht einfach bloße Geschäftsinteressen, sondern einen demokratisch legitimierten Auftrag sowie eine moralische Rechenschaftspflicht gegenüber ihren Mitgliedern. In diesem Sinne sind sie mehr als nur Berufslobbys. Lobbying und Interessenvertretung kann jedoch nicht neutral sein. Es muss klar sein, für wen oder wofür sie steht. Sie bietet gewählten Abgeordneten und Beamten/Beamtinnen Entscheidungsgrundlagen. Die Letztentscheidung liegt jedoch in der Politik!

## KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an die Autorin  
[barbara.lavaud@gpa-djp.at](mailto:barbara.lavaud@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Das Jahr der Jubiläen

*Dass die Gewerkschaft mit an der Wiege der österreichischen Demokratie stand machen einige Termine im Gedenkjahr 2008 besonders bewusst.*

Autorin: Dr. Brigitte Pellar

Historikerin, Schwerpunkt Geschichte und  
Entwicklungsanalyse der ArbeitnehmerInnen-  
interessenvertretungen

Die Gewerkschaftsbewegung entstand auch in Österreich als Demokratiebewegung. Im Revolutionsjahr 1848 gelang es erstmals, so etwas wie Kollektivverträge durchzusetzen. Und immerhin durften männliche Arbeiter wählen, wenn man ihnen auch Sitz und Stimme im ersten Parlament Österreichs, dem revolutionären Reichstag, vorenthielt. Damit fehlte die Möglichkeit, politisch gegenzusteuern als die Revolutionsregierung Lohnkürzungen und die Zurücknahme der ersten sozialen Errungenschaften befahl. Nach dieser schmerzhaften Grunderfahrung stellten die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ins Zentrum ihrer Programme, sobald es nach dem blutigen Ende der Revolution wieder geduldet wurde, Forderungen auszusprechen.

## 1868: ArbeiterInnen gründen Vereine

Die Liberalisierung begann nach etlichen außenpolitischen Niederlagen der Kaiserdiktatur. 1867 bekamen die Ungarn ihren eigenen Teilstaat, der Rest des Riesereichs erhielt eine Verfassung und ein Parlament, den Reichsrat. Dieser Teil der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn



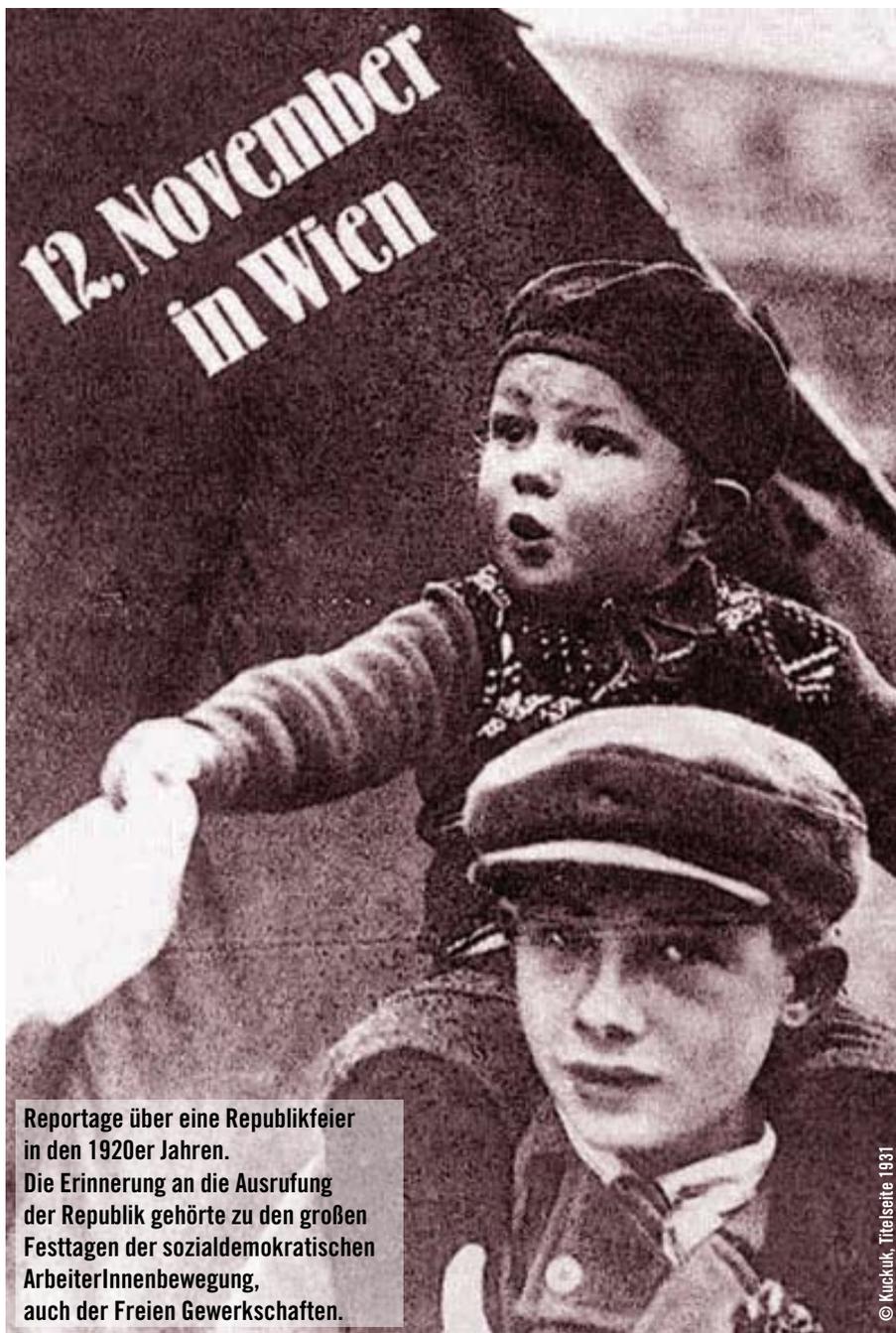
Säule mit dem Artikel über ArbeitnehmerInnenrechte der Menschenrechtserklärung der UNO von 1948 in verschiedenen Sprachen. Die vom israelischen Bildhauer Dani Karavan gestaltete Säulenreihe der »Straße der Menschenrechte« befindet sich im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg.

hiieß offiziell »Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder«. Aber der Kaiser stand bis 1918 über der Verfassung, den Gesetzen und dem Parlament, die Regierung war nur ihm verantwortlich. Der Reichsrat bestand aus dem »Abgeordnetenhaus« mit gewählten oder delegierten Mandataren und dem »Herrenhaus«, dessen Mitglieder vom Kaiser ernannt wurden. Auch das Abgeordnetenhaus war noch lange keine demokratische Institution. Die Männer des »gemeinen Volks«<sup>1</sup> durften weder wählen noch kandidieren, Frauen hatten sich ohnehin von Politik fernzuhalten. Das Wahlrecht galt nur ab einer bestimmten Steuerleistung, auch wenn man diesen

»Zensus« nach und nach lockerte. Als kurz vor 1900 wenigstens Teile des »gemeinen Volks« Abgeordnete in eine »Allgemeine Kurie« entsenden durften, stellte diese nur wenige Mandate als Vertretung von Millionen Menschen bereit.

Mit dem Grundrecht auf Vereins- und Versammlungsfreiheit von 1867 war es ebenfalls nicht weit her. Glücklicherweise gründeten 1868 ArbeiterInnen viele Fach-, Bildungs- und Un-

<sup>1</sup> Ursprünglich Übersetzung des englischen »common«, das »allgemein« bedeutet und die große Mehrheit der Menschen bezeichnet, die von der Chance auf ein besseres Leben und Mitsprache ausgeschlossen waren. Die Verachtung der »Proleten« und »Bauernhöfen« durch die Oberschicht und das Bürgertum machte das Wort »gemein« zu dem Schimpfwort, als das es heute im Deutschen verwendet wird.



Reportage über eine Republikfeier in den 1920er Jahren. Die Erinnerung an die Ausrufung der Republik gehörte zu den großen Festtagen der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung, auch der Freien Gewerkschaften.

© Kuckuk, Titelseite 1931

Männer, und noch immer mit einigen diskriminierenden Bestimmungen für WanderarbeiterInnen, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Geltung. Die Kampagne war entscheidend von den Freien Gewerkschaften mitgetragen und organisiert, der Erfolg in erster Linie ihr Verdienst.<sup>2</sup> Die später einsetzende katholische ArbeiterInnenbewegung forderte ebenfalls demokratische Wahlen, beteiligte sich aber aufgrund ihrer Nähe zur Christlichsozialen Partei nicht an den von der Sozialdemokratie organisierten Aktionen. Zu Kaisers Zeiten wurde nach 1907 nur noch 1911 eine Reichsratswahl abgehalten. Die Kriegsdiktatur berief den Reichsrat ab 1914 nicht mehr ein, und als er 1917 wieder tagen durfte, wurde dadurch der Zerfall Österreich-Ungarns und das Ende der Monarchie auch nicht mehr aufgehalten. Aber es waren die 1911 gewählten Abgeordneten, unter ihnen führende Gewerkschafter, die die »provisorische Nationalversammlung« bildeten und die Beschlüsse zur Ausrufung der Republik am 12. November 1918 fassten. Die »provisorische Nationalversammlung« bereitete die ersten wirklich demokratischen Wahlen in Österreich vor und gab die Initialzündung für die Sozialoffensive der Republikgründungsjahre.

Mit der Sozialgesetzgebung von 1918 bis 1920 wurde die Basis für den modernen österreichischen Sozialstaat und die Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen geschaffen. Unter Nutzung

terstützungsvereine. Ein Jahr später wurden die meisten von ihnen polizeilich aufgelöst, – wegen staatsfeindlicher, das heißt »sozialdemokratischer« Tendenzen, aber auch, weil sie Streiks organisierten und bessere Löhne forderten. Mit Verfolgung aus politischen Gründen mussten sozialdemokratische GewerkschafterInnen bis nach 1900 immer rechnen, die Strafdrohung wegen Streiks oder Gewerkschaftsgründung wurde unter dem

Druck einer Großdemonstration in Wien mit dem Koalitionsgesetz von 1870 abgeschafft. Damit war die Zeit der eigentlichen Gewerkschaftsbewegung gekommen. Sie entwickelte sich bis 1893 so weit, dass sie eine gemeinsame Dachorganisation aufbauen konnte, die Reichskommission der Freien Gewerkschaften Österreichs.

Bis zum Durchbruch der Wahlrechtskampagne der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung dauerte es Jahrzehnte. 1907 trat dann wenigstens für

## WEBLINKS

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

[www.unhcr.ch/udhr/lang/ger.htm](http://www.unhcr.ch/udhr/lang/ger.htm)

Arbeiterkammer – AK- & ÖGB-Geschichte  
[geschichte.arbeiterkammer.at](http://geschichte.arbeiterkammer.at)

Demokratiezentrum Wien

[www.demokratiezentrum.org/](http://www.demokratiezentrum.org/)

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

(Pfad: Parlamentarismus in Österreich)

Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung

[www.voegb.at](http://www.voegb.at)

Pfad: Bildungsangebote Fernlehskripten  
– Gewerkschaftskunde – GK 2; GK-3A;  
GK-3B)

<sup>2</sup> Mehr dazu in »Arbeit&Wirtschaft« 6 (Juni)/2007

## Gewerkschaftliche Eckpunkte im Gedenkjahr 2008

<b>vor 160 Jahren 1848</b>	Revolution von BürgerInnen, Studierenden und ArbeiterInnen gegen die Kaiserdiktatur. Erstmals kollektive Verträge für bessere Arbeitsbedingungen. Arbeiter dürfen wählen, aber nicht kandidieren.
<b>vor 140 Jahren 1868</b>	Fach-, Bildungs- und Unterstützungsvereine der ArbeiterInnen aufgrund der Vereins- und Versammlungsfreiheit durch die neue Verfassung. Erster Antrag im Parlament (Reichsrat) auf Aufhebung des Koalitionsverbots (Verbot der Gewerkschaftsgründung, von Streiks und Aussperrungen).
<b>vor 125 Jahren 1883</b>	Verpflichtende Unfallversicherung für FabrikarbeiterInnen.
<b>vor 120 Jahren 1888</b>	Krankenversicherung für FabrikarbeiterInnen wird verpflichtend. Aufruf der neuen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Gewerkschaften auch für Hilfsarbeiter und Frauen zu öffnen.
<b>vor 115 Jahren 1893</b>	Reichskommission der Freien Gewerkschaften gegründet.
<b>vor 100 Jahren 1908</b>	Österreich: Pensionsversicherung für Angestellte. Freigewerkschaftliche Lehrlinge verlangen Berufsschulunterricht unter der Woche statt am Sonntag. USA: Anstoß für Internationalen Frauentag: Mord an 129 streikenden Arbeiterinnen der Textilfabrik »Cotton« in New York durch Fabrikbesitzer und Aufseher.
<b>vor 90 Jahren 1918</b>	Ausrufung der Republik. Mit Ferdinand Hanusch erstmals ein Gewerkschafter Regierungsmitglied. Beginn der Sozialoffensive der Regierung mit Errichtung von Industriellen Bezirkskommissionen (heute Arbeitsmarktservice), öffentlicher Arbeitslosenunterstützung nach dem Vorbild der Gewerkschaften, 8-Stunden-Tag für FabrikarbeiterInnen und Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter zwölf Jahren
<b>vor 85 Jahren 1923</b>	Erster von Nationalsozialisten verübter Mord an einem Gewerkschafter (Franz Birnecker, Betriebsrat bei Semperit Wien).
<b>vor 75 Jahren 1933</b>	Ausschaltung des Parlaments, Abschaffung der Wahl in die Vollversammlungen der Arbeiterkammern, Zensur für Gewerkschaftspresse.
<b>vor 70 Jahren 1938</b>	Im Februar ArbeiterInnendemonstrationen und Unterschriftenaktionen in den Betrieben für die Unabhängigkeit Österreichs, von Untergewerkschaft und Staatsgewerkschaft gemeinsam organisiert. Am 7. März »Floridsdorfer Arbeiterkonferenz« der Vertrauensleute der Freien Gewerkschaften; bietet der Regierung vergeblich Kooperation zur Abwehr Hitler-Deutschlands an. Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, Liquidierung aller Gewerkschaftsstrukturen, das gesamte Vermögen der Staatsgewerkschaft, das auch das Vermögen der verbotenen Freien Gewerkschaften und der Arbeiterkammern einschließt, geht an die Deutsche Arbeitsfront. Verhaftung Oppositioneller, Terror gegen Juden/Jüdinnen. Davon sind auch viele GewerkschafterInnen betroffen.
<b>vor 60 Jahren 1948</b>	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Teilnahme Österreichs am »Europäischen Wiederaufbauprogramm« der USA für das zerstörte Europa (Marshallplan) unter Duldung der sowjetischen Besatzungsmacht; die internationalen Gewerkschaftskontakte leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Erster Kongress des überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbunds.
<b>vor 50 Jahren 1958</b>	Beginn der Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der Zweiten Republik: 45-Stunden-Woche im Bergbau im Vorfeld des Generalkollektivvertrags zur Einführung der 45-Stunden-Woche (1959).
<b>vor 35 Jahren 1973</b>	Österreich: Das Jugendvertrauensrätegesetz tritt in Kraft. Der Nationalrat beschließt das Arbeitsverfassungsgesetz, das unter anderem auch das Kollektivvertragsgesetz und das Betriebsrätegesetz einbezieht und verbessert. Europa: Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB).
<b>vor 25 Jahren 1983</b>	Etappenweise Einführung des Mindesturlaubs von vier auf fünf Wochen ab 1984 beschlossen.
<b>vor 20 Jahren 1988</b>	Gesetzliche Regelung der Leiharbeit (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz).
<b>vor 15 Jahren 1993</b>	Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz in Kraft. »Lichtermeer« als Protestaktion gegen Rassismus und Gewalt unter starker Beteiligung der Gewerkschaftsbewegung.
<b>vor 10 Jahren 1998</b>	Erstes gewerkschaftliches Kontaktbüro Österreich–Tschechien. Einsetzung einer HistorikerInnenkommission zur Aufarbeitung der Arisierung und der Zwangsarbeit unter der nationalsozialistischen Herrschaft.

von Reformentwürfen aus den letzten Jahren der Monarchie, die von Gewerkschaftern mitgestaltet worden waren, kamen innerhalb dieser zwei Jahre 18 große Gesetze zustande. Dieser Reformmarathon ist untrennbar mit dem Namen **Ferdinand Hanusch** verbunden: Er bereitete als Sozialstaatssekretär mit seinem Team die Gesetzesentwürfe vor und trieb die Beschlussfassung und die Umsetzung der Beschlüsse voran. Das Kind einer bitterarmen schlesischen Weberfamilie war Pionier der Gewerkschaft der TextilarbeiterInnen, dann deren Zentralsekretär und während der schwierigen Zeit des Ersten Weltkriegs Vorsitzender der Reichskommission der Freien Gewerkschaften. Durch Selbststudium hoch gebildet, faszinierte er auch viele politische Gegner. Als Vizekanzler begleitete er das Werden der österreichischen Bundesverfassung, nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung leitete er den Sozialausschuss des Nationalrats und baute die Organisation der Arbeiterkammer in Wien auf, deren Gründungsdirektor er war. In seinem Todesjahr 1923 ermordeten erstmals in Österreich Nationalsozialisten einen Gewerkschafter. Das Opfer, Franz Birnecker, war Betriebsrat und freigewerkschaftlicher Vertrauensmann bei Semperit in Wien.

### 1938: Nationalsozialismus

Seit dem Tod Hanuschs und dem Mord an Birnecker sind 85 Jahre vergangen und 75 Jahre, seit das Parlament ausgeschaltet, das Standrecht mit Todesstrafe wieder eingeführt und die oppositionelle Presse einschließlich der freigewerkschaftlichen Medien unter Zensur gestellt wurde, – nur ein Vierteljahrhundert, nachdem diese »Markenzeichen« der Kriegsdiktatur abgeschafft worden waren. Manchmal wird behauptet, Österreichs Demokratie sei noch zu jung gewesen, um sich angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Turbulenzen jener Zeit gegen die aufkommenden faschistischen und »autoritären« Strömungen erfolgreich zu wehren. Das ist natürlich blanker Unsinn, wie allein die Entwicklung in der benachbarten Tschechoslowakei zeigte, deren Demokratie auch nicht älter war als die österreichische. Vielmehr saßen ab 1920 etliche Politiker an den Hebeln der

Macht, die der Errichtung der Republik nur aus Angst vor einer kommunistischen Revolution zugestimmt hatten, mit der parlamentarischen Demokratie und dem »Parteienstaat« wenig anfangen konnten und das auch offen aussprachen. Politiker, die die parlamentarische Demokratie verachteten, trieben Österreich in die Ständestaat-Diktatur, die de facto bereits ab 1933 bestand, offiziell ab 1934 herrschte, ab 1935 – zuerst verdeckt, dann immer offizieller – von »Nationalbetonten« gesteuert wurde und 1938 den Machtansprüchen des nationalsozialistischen Deutschen Reichs hilflos ausgeliefert war.

Ab 1934 waren alle Parteien und alle Gewerkschaften verboten, mit Ausnahme der »Vaterländischen Front« des Regimes und des per Verordnung eingesetzten Staatsgewerkschaftsbunds. An dessen Spitze standen immerhin auch einige Persönlichkeiten aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die den Nationalsozialismus ehrlich ablehnten und – wenn auch sehr spät – versuchten, einen Schulterschluss zwischen dem Regime und der verbotenen demokratischen Opposition zu erreichen. Der im Untergrund gebildete Bund der Freien Gewerkschaften behielt sein aus der legalen Zeit stammendes Netzwerk in die Betriebe hinein. Als der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht unmittelbar bevorstand, kam es zu einem letzten Versuch, mit Hilfe dieses Netzwerke eine Abwehrfront aufzubauen. Die Beschlüsse dazu wurden bei der ersten geduldeten Zusammenkunft der Opposition im Arbeiterheim des Wiener Bezirks Floridsdorf am 7. März 1938 gefasst. Doch die Regimespitze verweigerte auch jetzt noch jede Kooperation.

Wie es weiterging, ist bekannt: nationalsozialistische Terrorherrschaft, Zweiter Weltkrieg, Konzentrationslager, rassistische Verfolgung und Holocaust. Es sei an dieser Stelle an die Opfer aus den Reihen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung erinnert:

An die SpitzenrepräsentantInnen der Untergrundorganisation und der Staatsgewerkschaft, die sofort verhaftet wurden, in Konzentrationslagern verschwanden und nicht oder nur mit schwersten Gesundheitsschäden überlebten. An die jüdischen GewerkschafterInnen, die als Opfer des Holocaust starben.

An die in- und ausländischen Zwangsarbeiterinnen, die durch brutale Ausbeutung ihrer Arbeitskraft gequält und oft getötet wurden.

An die ArbeiterInnen, Angestellten und öffentlich Bediensteten, die in ihren Betrieben und Dienststellen Widerstand organisierten. Hunderte fielen der Geheimen Staatspolizei in die Hände und wurden im Wiener Landesgericht oder in einem Konzentrationslager ermordet.

### 1948: Menschenrecht auf Arbeit

Das Wissen um die Demokratie gefährdenden Folgen sozialer Ausgrenzung, um die Verfolgung jeder staatsunabhängigen Gewerkschaftsbewegung durch den Faschismus und um den Missbrauch der Arbeit als Terror- und Tötungsinstrument unter der nationalsozialistischen Herrschaft war der Hintergrund, vor dem die Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende 1948 im Artikel 23 ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auch grundlegende ArbeitnehmerInnenrechte aufnahm: Das Recht auf Arbeit unter »gerechten und befriedigenden« Bedingungen, auf Schutz vor Arbeitslosigkeit, auf »gerechte und befriedigende Entlohnung«, die »eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert«, aber auch auf die Organisation von Gewerkschaften und den Beitritt zu ihnen. Das Recht auf Gewerkschaften wurde in einer noch klareren Form durch die Europäische Menschenrechtskonvention ausgesprochen und mit dieser Teil der österreichischen Verfassung. Der Versuch, den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der die anderen ArbeitnehmerInnenrechte umfassender formuliert, in das österreichische Verfassungsrecht aufzunehmen, scheiterte aber bisher. Demokratie ist eben ein Prozess, der nie abgeschlossen sein kann.

#### KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an die Autorin  
[aon.912491000@aon.at](mailto:aon.912491000@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Neue EBR-Richtlinie

*Die EU-Kommission leitet jetzt das offizielle Verfahren ein. Dabei sollen vor allem Unterrichtung und Anhörung neu definiert werden.*

*Autor: Mag. Oliver Röpke*

*Experte für europäische Sozialpolitik im  
ÖGB-Europabüro in Brüssel*

**D**ie längst überfällige Revision der Richtlinie für den Europäischen Betriebsrat (EBR) scheint konkrete Züge anzunehmen: Ende Februar veröffentlichte die Kommission ihr Konsultationspapier, mit dem sie die zweite Anhörungsphase der europäischen Sozialpartnerorganisationen einleitete. EGB und ArbeitgeberInnen haben nun sechs Wochen Zeit, um der Kommission ihre Stellungnahmen zu übermitteln.

## Kommission sieht Änderungsbedarf

Das Recht auf Unterrichtung und Anhörung der ArbeitnehmerInnen hat gemäß Artikel 27 der Grundrechtecharta der EU den Charakter eines Grundrechts. Die EBR-Richtlinie aus dem Jahr 1994 verwirklicht dieses soziale Grundrecht nicht ausreichend. Die Gewerkschaften fordern deshalb seit Jahren eine Verbesserung der Vorschriften und mehr Rechte für EBR. Während der größte Arbeitgeberverband BusinessEurope eine Revision der Richtlinie bislang strikt ablehnt, schließt sich die Kommission nun weitgehend der gewerkschaftlichen Position an.

Im Einzelnen spricht sich die Kommission vor allem für eine Neudefinition der Begriffe »Unterrichtung und Anhörung« aus. Diese Rechte der europäischen BetriebsrätInnen sind Kernbereich der Richtlinie, allerdings geben jüngere EU-

Vorschriften einen höheren Standard vor als die EBR-Richtlinie 1994. Vorbild ist die Regelung für die Europäische Aktiengesellschaft, die hohe Standards bei der Beteiligung und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen vorsieht. So fordert nun auch die Kommission, diese Niveaus in die EBR-Richtlinie zu übernehmen. EBR sollen in Zukunft für breitere Themenbereiche zuständig sein. Die Vorschläge der Kommission gehen noch weiter und umfassen unter anderem folgende Punkte:

- Stärkung der subsidiären Vorschriften, die dann in Kraft treten, wenn keine Verhandlungslösung mit der Unternehmensleitung erzielt werden kann.
- Bessere Vertretung der Belegschaften im besonderen Verhandlungsgremium durch Abschaffung der maximalen Mitgliederzahl.
- Ausdrückliche Anerkennung der Rolle von Gewerkschaften.
- Wirksame Sanktionen gegen Unternehmen, die ihre Verpflichtungen gegenüber EBR verletzen.
- Eine Anpassungsklausel soll die Neufassung oder Neuverhandlung von Vereinbarungen vorschreiben, wenn sich die Unternehmensstruktur grundlegend verändert.

Die Kommission hat zwar wesentliche gewerkschaftliche Forderungen aufgegriffen, jedoch gibt es nach wie vor einige Kritikpunkte an ihren Vorschlägen. So wird die Frage der sogenannten Schwellenwerte überhaupt nicht aufgegriffen. Bislang schreibt die Richtlinie vor, dass EBR in Unternehmen mit mindestens

1.000 Beschäftigten, davon jeweils mindestens 150 in zwei verschiedenen Mitgliedsstaaten, eingerichtet werden können. Der EGB fordert seit langem eine Senkung dieser Schwellenwerte auf 500 bzw. 100 ArbeitnehmerInnen. Die Richtlinie schreibt übrigens selbst vor, dass die »Zweckmäßigkeit« der Schwellenwerte im Rahmen einer Revision zu überprüfen ist. Umso erstaunlicher, dass die Kommission diese Frage nicht thematisiert.

Auch die gewerkschaftliche Forderung nach einer besseren Definition des Begriffs »herrschendes Unternehmen« sowie die problematische Frage der Vertraulichkeit von Informationen ignoriert die Kommission. Wünschenswert wäre weiters eine Verpflichtung der Unternehmen, ihre aktuellsten EBR-Vereinbarungen registrieren zu lassen.

## Entscheidungsfindung im EGB

Das Konsultationspapier richtet sich in erster Linie an die europäischen Sozialpartner, für die ArbeitnehmerInnenseite entscheidet der EGB über den weiteren Fortgang des Verfahrens. In einer ersten Stellungnahme begrüßt der EGB den Vorstoß der Kommission, das Revisionsverfahren einzuleiten, nachdem die Gewerkschaften bereits seit Jahren auf eine substanzielle Verbesserung der Richtlinie drängen (siehe Interview mit Reiner Hoffmann). Grundsätzlich müssten EBR in die Lage versetzt werden, einen staatenübergreifenden sozialen Dialog in einem sich rasch wandelnden, wirtschaftlichen Umfeld zu entwickeln. Trotz der beschriebenen Defizite werden von der Kommission die Probleme der geltenden Richtlinie

aufgegriffen und konkrete Änderungen vorgeschlagen.

### Verhandlungen ja oder nein?

Der EGB muss nun der Kommission bis Anfang April seine Stellungnahme übermitteln. Hier geht es im Wesentlichen um zwei Fragen: Die Festlegung der inhaltlichen Position zu den Kommissionsvorschlägen sowie die Beantwortung der Frage, ob es Verhandlungen mit den ArbeitgeberInnen geben soll. Letztere ist besonders heikel: Im Rahmen des sozialen Dialogs könnten EGB und BusinessEurope versuchen, ein Verhandlungsergebnis über die Änderung der Richtlinie zu erzielen. Dies würde zu einer weiteren Verzögerung führen, wenn es keine Einigung geben sollte und anschließend der »reguläre« Gesetzgebungsweg über Kommissi-

on, Rat und EU-Parlament beschritten werden müsste. Für EGB und ÖGB hat die schnellstmögliche Durchsetzung einer verbesserten EBR-Richtlinie absolute Priorität: In diesem Sinne haben sich zahlreiche europäische Gewerkschaftsverbände beim EGB-Exekutivausschuss im März zurückhaltend bis ablehnend zu möglichen Verhandlungen geäußert. Der soziale Dialog hat zwar gerade für ÖGB und EGB einen hohen Stellenwert, aber er darf nicht durch die Arbeitgeberverbände instrumentalisiert werden, um längst überfällige Verbesserungen zu verschleppen. Dabei sind die politischen Rahmenbedingungen für eine rasche Änderung der EBR-Richtlinie günstig: Mit Ausnahme von BusinessEurope herrscht breiter Konsens über die wesentlichen Ziele einer Revision. Das EU-Parlament fordert schon seit längerem eine Überarbeitung.

Die Kommission kündigt in ihrem Konsultationspapier einen konkreten revidierten Richtlinienvorschlag für Juni 2008 an, wenn sich die Sozialpartner nicht auf Verhandlungen einigen sollten. Schließlich gibt es auch Signale der französischen Regierung, sich für eine rasche Einigung im Rat der EU-Mitgliedsstaaten einzusetzen, wenn Frankreich im zweiten Halbjahr 2008 den EU-Vorsitz übernimmt. So besteht begründete Hoffnung, bis Jahresende zu einem Ergebnis zu kommen.

### KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an den Autor  
[oliver.roepke@oegb-eu.at](mailto:oliver.roepke@oegb-eu.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# EBR-Richtlinie überfällig

*Interview mit dem stellvertretenden EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann.*

## ZUR PERSON



### Reiner Hoffmann

30. Mai 1955 geboren in Wuppertal

1972 bis 1974 Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann bei der Hoechst AG

1982 Abschluss als Diplom-Ökonom an der Universität Gesamthochschule Wuppertal

1983 Assistent beim Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Wuppertal

1984 bis 1994 Mitarbeiter der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, in verschiedenen Positionen

1994 bis 2003 Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI), Brüssel

seit 2003 stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

**Arbeit&Wirtschaft: Reiner Hoffmann, wie bewertet der EGB das Papier der EU-Kommission zur Revision der EBR-Richtlinie?**

**Reiner Hoffmann:** Der EGB begrüßt es, dass die Kommission die längst überfällige Revision der EBR-Richtlinie in ihr rechtliches Arbeitsprogramm für das Jahr

2008 aufgenommen hat. Der EGB-Exekutivausschuss hat am 4. März eine erste durchaus positive Einschätzung vorgenommen. Die Kommission ist endlich

bereit, die Handlungsmöglichkeiten der EBR zu stärken und rechtliche Unsicherheiten auszuräumen. Wir teilen die Auffassung, dass die EBR in der Lage sein müssen, ihre Rolle gegenüber den Entwicklungsanforderungen an Unternehmen umfassend zu erfüllen, Veränderungen zu begleiten und einen staatenübergreifenden sozialen Dialog in einem sich rasch wandelnden wirtschaftlichen Umfeld zu entwickeln. Allerdings gibt es auch Kritik. In Artikel 15 der Richtlinie war die Überprüfung bis September 1999 vorgesehen, und es wurde verlangt, die Schwellenwerte für die Beschäftigtenzahl zu überprüfen. Der EGB ist erstaunt, dass die Schwellenwerte nirgends im Konsultationspapier erwähnt werden.

**Die EU-Kommission hätte 1999 mit der Überarbeitung der Richtlinie beginnen müssen. Symbolisiert diese Verzögerung den Stellenwert des Sozialen Europas in der Kommissions-Politik?**

Die sozialpolitische Bilanz der Kommission ist alles andere als zufriedenstellend. Unter Präsident Barroso kam es der Kommission vor allem darauf an, das Umfeld für die Unternehmen zu stärken. Die Gewerkschaften sind nicht grundsätzlich gegen ein verbessertes Unternehmensumfeld und eine bessere Rechtsetzung, wenn diese auch zu mehr und besseren Arbeitsplätzen führt. Allerdings ist in den letzten Jahren die soziale Dimension allzu oft unter den Tisch gefallen!

**Was sind die Hauptforderungen der Gewerkschaften an verbesserte Regelungen für europäische Betriebsräte?**

Auf die Schwellenwerte habe ich bereits hingewiesen. Im Grundsatz geht es dem EGB darum, die Handlungsmöglichkeiten der EBR zu verbessern, dazu gehören eine präzise Definition der Begriffe »Unterrichtung« und »Anhörung«. Dabei muss sichergestellt werden, dass Unterrichtung und Anhörung rechtzeitig, umfassend, schriftlich und fortlaufend vorgenommen werden. Des Weiteren muss es den EBR möglich sein, mindestens zweimal jährlich zusammenzukommen, und sie müssen das Recht auf Fortbildung haben. Auch müssen sie die Möglichkeit erhalten, externe Experten zu Rate zu ziehen, z. B. bei kom-

plexen Restrukturierungsmaßnahmen. Ein ganz zentraler Punkt ist für uns, dass die Rolle der Gewerkschaften in den EBR anerkannt wird.

**Wie realistisch sind die Chancen für eine rasche Durchsetzung? Soll der EGB auf eine Verhandlungslösung mit den Arbeitgeberverbänden setzen?**

Die Kommission hat deutlich zu erkennen gegeben, dass sie – falls wir nicht im Rahmen des sozialen Dialogs verhandeln – im Juni einen revidierten Richtlinien-vorschlag vorlegen wird. Damit könnte im Rat und im Europäischen Parlament eine Behandlung in der zweiten Jahreshälfte 2008 erfolgen. Möglichen Verhandlungen stehen wir skeptisch gegenüber. Die Arbeitgeber haben bislang massiv jeglichen Revisionsbedarf abgelehnt. Der Präsident von BusinessEurope hat auf dem Europäischen Wirtschaftsgipfel im März 2008 in Brüssel erneut deutlich gemacht, dass er keinen Änderungsbedarf sieht. Auf keinen Fall wird der EGB eine weitere Verzögerung akzeptieren.

**Die Debatte um Standortverlagerungen in Europa ist hochaktuell, Stichwort Nokia, Novartis. Könnten mehr Rechte für EBR diese Entwicklung stoppen?**

Auch mit einer revidierten EBR-Richtlinie werden wir diese Entwicklungen nicht stoppen können. Aber es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass frühzeitige Konsultationen erfolgen, die den ArbeitnehmervertreterInnen die Möglichkeit geben, gestaltend zu reagieren. Der Nokia-Standort in Bochum hätte gerettet werden können. In Jucu (Rumänien) sollen mehr als 3.500 Arbeitsplätze entstehen. In Bochum stehen 2.300 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Eine rechtzeitige Einbeziehung der ArbeitnehmervertreterInnen hätte sozialverträgliche Lösungen möglich gemacht. Zumal Nokia auch in Bochum satten Gewinne macht.

**Häufig halten Unternehmen ihre Informationspflichten gegenüber EBR nicht ein. Welche Folgen hat dies für den Arbeitgeber?**

Immer wieder musste die Erfahrung gemacht werden, dass die Rechte der EBR

## INFO & NEWS

### EU-Kommission und Sozialpartner

Der EG-Vertrag verpflichtet die Kommission, den Dialog zwischen den Sozialpartnern auf EU-Ebene zu fördern. Im Bereich der Sozialpolitik ist die Kommission sogar verpflichtet, EGB und ArbeitgeberInnen in zwei Phasen zu konsultieren, bevor sie einen eigenen Richtlinienvorschlag unterbreitet. Nach der Konsultation gibt es zwei Möglichkeiten für das weitere Verfahren:

- Die Sozialpartner übermitteln der Kommission ihre Stellungnahmen, worauf das »gewöhnliche« Gesetzgebungsverfahren eingeleitet wird, oder
- EGB und Arbeitgeberverbände beginnen im Rahmen des sozialen Dialogs eigenständige Verhandlungen über das Thema.

Ein mögliches Rahmenabkommen der Sozialpartner kann anschließend über zwei Wege umgesetzt werden:

- Über eine Richtlinie des Rates: In diesem Fall wird das Verhandlungsergebnis der Sozialpartner formal von den Mitgliedsstaaten verabschiedet und rechtsverbindlich gemacht.
- Über die nationalen Sozialpartner selbst: Dies kann zum Beispiel durch nationale Kollektivverträge erfolgen. Nachteil dieser »autonomen« Umsetzung: Bei einer Verweigerungshaltung der nationalen Arbeitgeberverbände fehlen Druckmittel für eine verbindliche Umsetzung des Abkommens.

verletzt wurden. Für die Arbeitgeber bleiben solche Rechtsverstöße folgenlos. Daher hat der EGB wiederholt die Notwendigkeit unterstrichen, in gerichtlichen Verfahren sicherzustellen, dass Verpflichtungen für Arbeitgeber, die sich aus der EBR-Richtlinie ergeben, rechtlich geltend gemacht werden können. Der EGB unterstreicht den Hinweis der Kommission, dass Sanktionen wirksam, angemessen und abschreckend sein müssen. Entscheidungen des Managements, die negative Auswirkungen für die Beschäftigten haben, müssen bei Verstößen gegen ArbeitnehmerInnenrechte ausgesetzt werden.

# Kosovo ist frei!

*Am 17. Februar 2008 hat sich die zuletzt serbische Provinz Kosovo für unabhängig erklärt. Mit der »Republik Kosovo« scheint der Zerfall des »Tito-Vielvölkerstaats Jugoslawien« besiegelt.*

## ZUR PERSON



### Andreas Gjecaj

Die Silberschmiedefamilie Gjecaj aus Prizren, Kosovo, gehört jener albanischen Minderheit an, die auch während 400-jähriger türkischer Fremdherrschaft im Kosovo Katholiken blieben.

Nach dem 2. Weltkrieg und der Machtübernahme durch die Tito-Partisanen, flüchteten sie, wie viele Familien, aus dem Kosovo. Über Slowenien kam die Familie 1957 nach Österreich, wo Andreas Gjecaj – nach Matura und Berufstätigkeit als Gold- und Silberschmied – in Graz und Wien unter anderem als Diözesan- und Bundessekretär der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung (KAB) und als Betriebsratsvorsitzender der Diözese Graz-Seckau tätig war.

*Autor: Andreas Gjecaj*

*Bundessekretär der Christgewerkschafter im ÖGB*

**F**ür die meisten EuropäerInnen ist komplett unverständlich, warum sich z. B. Tschechien und die Slowakei ohne jedes Blutvergießen voneinander trennen konnten, während im ehemaligen Jugoslawien der Bürgerkrieg in volle Härte ausbrach.

### Lernen's Geschichte

»Lernen's Geschichte« forderte seinerzeit ein grantiger Bruno Kreisky von Journalisten. Tatsächlich ist ohne einen kurzen Blick in die jahrhundertelange Entwicklung des Kosovo-Konflikts die heutige Erbitterung beider Seiten kaum zu verstehen. Die Albaner sind ein Unikat in Europa. Ihre Sprache ist weder slawisch

noch romanisch – ja eigentlich mit keiner anderen Sprache verwandt. Wahrscheinlich ist es das Zusammenspiel von zwei Gründen, warum ein so kleines Volk die Jahrtausende überleben konnte. Zum einen ist das Land wirklich unwegsam, wird sowohl zum Meer als auch zum Land von hohen Bergen umschlossen. Zum anderen haben sich die Albaner seit jeher in Großfamilien – am ehesten mit den schottischen Clans vergleichbar – organisiert, es gab also für Eroberer nichts zu holen.

Nach dem Zerfall des römischen Reichs kamen mit der Völkerwanderung slawische Stämme in die Region. Damals waren viele Regionen gemischtsprachig besiedelt und Mönche zogen in Grenzregionen, um diese mit Klöstern abzuschern. So finden sich im heutigen Kosovo noch zahlreiche serbisch-orthodoxe Klöster. Und dann kamen die Türken. In ihrem Bestreben, das osmanische Reich tief ins »Abendland« auszudehnen,

führten die Türken ihre Eroberungskriege. Mit dem serbischen Heer kämpften auch albanische Stämme Seite an Seite gegen die Türken – es kam im Jahr 1389 zur vernichtenden Niederlage bei der **Schlacht auf dem Amselfeld** – dem Ko-

## BUCHTIPP

### Ornela Vorpsi

»Das ewige Leben der Albaner«

Erschienen bei Zsolnay Verlag, Wien 2007.

ISBN: 3-552-05403-0

### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung  
1010 Wien,  
Rathausstraße 21  
Tel. (01) 405 49 98-132

E-Mail:

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



sovo Polje. Der serbische Heerführer, Fürst Lazar, wurde enthauptet – der Mythos von der »Wiege des Serbentums im Kosovo« geboren. Im folgenden Jahrhundert gelang es dem albanischen Volkshelden **Georg Kastrioti**, genannt Skenberbeg, die albanischen Stämme zu vereinen und die Türken von 1444 bis zu seinem Tod 1468 aufzuhalten, wofür er auch vom Papst als »Athleta Christi« ausgezeichnet wurde.

## Parallelgesellschaft

In den folgenden 400 Jahren war das gesamte Gebiet ein Teil des osmanischen Reiches. Während z. B. die Griechen, die Serben, die Bulgaren in den landeskirchlich organisierten, orthodoxen Kirchen ihre Kultur weiter pflegen konnten, waren die katholischen Albaner massivem Druck ausgesetzt. Im Laufe der Jahrhunderte wurden die meisten Albaner islamisiert. Jene Albaner, die sich der osmanischen Herrschaft nicht beugen wollten, zogen sich in die unwegsamen Berge zurück und begannen ihre Angelegenheiten nach dem mündlich **tradieren** Gewohnheitsrecht, dem »Kanuni i Leke Dukagjinit«, zu regeln. Da es in den Bergen weder osmanische Schulen, noch Polizei oder Gerichte gab, entwickelten sich die albanischen Stämme zu einer Parallelgesellschaft.

Die archaische »Blutrache« ist zwar weithin bekannt, aber wahrscheinlich ist die »Ehre« wesentlicher. Wenn sich eine Bevölkerungsgruppe der Herrschaft entzieht, dann besteht immer Lebensgefahr. Wenn jemand sein Wort nicht hält, ist das gleichbedeutend mit Folter und Tod für ganze Familien. Erst in diesem Kontext ist zu verstehen, warum für die Albaner bis heute das »Ehrenwort« an erster Stelle steht und jemand, dem öffentlich eine Lüge nachgewiesen wird, der in der Sprache der Albaner sein »weißes Gesicht« verloren hat, für sie als »tot« gilt.

Mit den **Balkankriegen** am Beginn des 20. Jahrhunderts endete zwar die türkische Fremdherrschaft, aber zwei Weltkriege später fanden sich die Albaner weiterhin lediglich zwischen den kommunistischen Diktaturen Albaniens und Jugoslawiens aufgeteilt. In Albanien wurden in »Umerziehungslagern« Tausende Menschen gefoltert und ermordet. In ihrem

Buch: »Das ewige Leben der Albaner« beschreibt die Autorin Ornella Vorpsi die unfassbare Grausamkeit des Regimes, wo Regimekritiker nicht nur ermordet wurden, sondern man Wächter abstellte, um zu verhindern, dass der Leichnam begraben werden konnte. So erfüllte bald unsäglicher Verwesungsgeruch den mit Tausenden Kleinbunkern übersäten »ersten atheistischen Staat« der Welt.

Im Kosovo sorgte ein europaweit einzigartiges Phänomen für den heute so unlösbar erscheinenden Konflikt. Während sich unser Kontinent auf dem Weg zur »Vergreisung« befindet, waren in albanischen Familien acht, zehn, zwölf Kinder keine Seltenheit. Mit der höchsten Geburtenrate Europas wurden alte Bevölkerungsstatistiken pulverisiert.

Mittlerweile ist die Hälfte der Bevölkerung jünger als 25 Jahre, ein Drittel ist noch unter 16 Jahre alt. Zum Vergleich: Während sich in Österreich die Geburtenrate in den letzten Jahrzehnten von 17 auf 8,65 Geburten pro 1.000 Einwohner – wie in fast ganz Europa – halbiert hat, liegt sie im Kosovo bei 23 Geburten! Dazu kommt, dass noch vor dem Weltkrieg – besonders bei der Landbevölkerung – der Analphabetismus weit verbreitet war und mittlerweile die Schulen und Universitäten überquellen.

Es kam also innerhalb von zwei Generationen auch zu einem unglaublichen Bildungsschub. Die Migrationsforschung untersucht bei Wanderbewegungen sogenannte »push and pull«-Faktoren, also was stößt ab und was zieht an. Im Kosovo wirkten der massive Bevölkerungszuwachs der Albaner und die relativ einfache Möglichkeit für Serben, sich in anderen jugos-

lawischen Landesteilen niederzulassen so zusammen, dass es zu den letztlich kriegsauslösenden Verdrängungseffekten kam.

## Ohnmächtige Wut

Im Kosovo prallen also der über Jahrhunderte aufgestaute Hass und ohnmächtige Wut aufeinander. Wie anders soll man die Gefühle eines serbischen Bauern beschreiben? Möglicherweise bewirtschaftet seine Familie seit vielen Generationen einen Acker. Vielleicht hat sein Großvater das steinerne Haus errichtet, in dem er wohnt. Und jetzt sind fast alle Nachbarn schon weggezogen, seine Kinder sagen, sie wollen hier nicht mehr leben – und eine junge Generation selbstbewusster AlbanerInnen prägt das Bild. Umgekehrt sind die Albaner einen jahrhundertlangen Leidensweg gegangen, wurden von den Türken drangsaliert und waren in der kommunistischen Diktatur nie ihre »eigenen Herrn«. Fast unerträglich wird da die Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit. In diesem Umfeld

## WEBLINKS

Kosovo im Internetlexikon Wikipedia  
[de.wikipedia.org/wiki/Kosovo](http://de.wikipedia.org/wiki/Kosovo)

Kosovo-Portal mit täglichen  
 Informationen und Nachrichten  
[www.kosovo-forum.de/](http://www.kosovo-forum.de/)

Berichte und Hintergrundmaterial  
 der Europäischen Stabilitätsinitiative  
 (ESI) zum Kosovo  
[www.esiweb.org/](http://www.esiweb.org/)

beginnt sich die Spirale der Gewalt immer schneller zu drehen.

Von serbischen Polizisten, die AlbanerInnen misshandeln, über die Vertreibung serbischer Bauernfamilien durch AlbanerInnen, von brennenden Kirchen und Klöstern bis zum grausamen Bürgerkrieg und dem NATO-Bombardement. Irgendwann hat es keinen Sinn mehr, geschehenes Unrecht gegenzurechnen. Man muss vielmehr alles daransetzen, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen.

### Europäische Perspektive

Die mittlerweile 27 Staaten der Europäischen Union sollten alles daran setzen, keine einseitigen Lösungen zu suchen, sondern nachhaltigen Frieden zu schaffen. Das heißt, nach dem zweifellos gelungenen slowenischen Sonderweg ist es höchste Zeit, allen anderen Völkern im Balkan eine echte Perspektive zum Friedens- und Entwicklungsweg der EU anzubieten. Hier brauchen noch rund 25 Millionen EuropäerInnen – derzeit auf sieben Staaten aufgeteilt – keine vorschnellen Pseudo-Lösungen, sondern echte Hilfe. Zu tief sind die Wunden, die über die Jahrhunderte nicht verheilen konnten. Wer jahrelang gefesselt war, kann nicht von heute auf morgen einen Marathon laufen, sondern muss erst mühsam wieder gehen lernen. So gilt es zunächst, sich auf eine gemeinsame Wertebasis zu verständigen und einen schrittweisen Demokratisierungsprozess zu begleiten. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos sollte die Verpflichtung beinhalten, auch mit Beograd und Tirana – den Hauptstädten Serbiens und Albanien – den Dialog zu vertiefen.

Nur gemeinsam kann es gelingen, die unsägliche Spirale der Gewalt zu durchtrennen und endlich eine europäische Perspektive für den gesamten Balkanraum zu eröffnen.

### KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an den Autor  
[andreas.gjecaj@oegb.at](mailto:andreas.gjecaj@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

### INFO & NEWS

#### Slowenien: 2 Millionen Einwohner, Hauptstadt Ljubljana

Seit 2004 sind die Slowenen Mitglied der EU – und haben derzeit den Ratsvorsitz inne. Die Slowenen haben mit den besten Daten der damaligen Beitrittsländer eine rasante Entwicklung hinter sich und sind mittlerweile Mitglied der Euro-Zone und Schengen-Land.

#### Kroatien: 4,5 Millionen Einwohner, Hauptstadt Zagreb

Einerseits sind die Kroaten – mit ihrer lang gezogenen dalmatinischen Küste – ein beliebtes Urlaubsziel. Andererseits wird der EU-Beitrittskandidat nur langsam die Schatten der Vergangenheit los, wie z. B. die Rolle bei den Ex-Jugoslawischen Kriegen.

#### Bosnien und Herzegowina: 4,5 Millionen Einwohner, Hauptstadt Sarajevo

Ein für das ehemalige Jugoslawien typisches Vielvölker-Gemisch macht das Land – trotz des Dayton-Vertrags von 1995 – zum Pulverfass. Dazu kommen kulturelle und religiöse Bruchlinien zwischen katholischen Kroaten, orthodoxen Serben und muslimischen Bosniaken.

#### Montenegro: 620.000 Einwohner, Hauptstadt: Podgorica

Trotz verschiedener Volksgruppen haben sich die Montenegriner friedlich von Serbien lösen können. Für ein selbstständiges Überleben ist der kleine Staat aber auf die Hilfe der EU angewiesen, z. B. verwendet man derzeit – anstelle einer eigenen Währung – den Euro.

#### Serbien: 7,3 Millionen Einwohner, Hauptstadt Beograd

Das Schicksal Serbiens erinnert fatal an Österreich nach dem Ende der Monarchie. Mit dem Zerfall Jugoslawiens kommen die Serben am wenigsten zurecht und sind auch durch das NATO-Bombardement ihrer Hauptstadt im Kosovo-Krieg traumatisiert. Ein weiter Weg zur Normalität.

#### Kosovo: 2,1 Millionen Einwohner, Hauptstadt Prishtina

In Jugoslawien hatte die Provinz Kosovo – mit mittlerweile 90 Prozent albanischer Bevölkerung – weitgehende Autonomie. Als Serbien kriegerisch gegen die Zivilbevölkerung vorging, griff die NATO ein. Seither wird der Friede mühsam von KFOR-Truppen erhalten. Unabhängigkeitserklärung am 17. 2. 2007.

#### Ehem. Jugosl. Republik Mazedonien: 2 Millionen Einwohner, Hauptstadt Skopje

Da »Alexander der Große« als Mazedonier in der Weltgeschichte firmiert, ist der Namensstreit mit den Griechen vorprogrammiert. Die Bulgaren sehen sich mit rund 1,3 Millionen Makedoniern eng verwandt, die Konflikte mit den rund 500.000 Albanern sind weitgehend beigelegt. Seit 2005 EU-Beitrittskandidat.

#### Albanien: 3,6 Millionen, Hauptstadt Tirana

Die Albaner hatten unter der rigorosesten Form der kommunistischen Diktatur in Europa zu leiden – so waren sie 1967 der »erste atheistische Staat der Welt« – und entkommen mühsam dem Status eines »Dritte-Welt-Landes« in Europa. Seit 2006 besteht ein Assoziationsabkommen mit der EU.



# Inflation beschleunigt

*Entgegen allen Prognosen ist das Preisniveau in den letzten Monaten im Vergleich zu vergangenen Jahren rasant angestiegen.*

Autoren: Dr. Günther Chaloupek,  
Mag. Georg Kovarik

Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen  
Abteilung der AK Wien  
Leiter der Abteilung Volkswirtschaft des ÖGB

Nach mehreren Jahren mit moderaten Preissteigerungen ist die Inflation<sup>1</sup> in den letzten Monaten wieder zu einem Problem der gesamten Wirtschaftspolitik geworden. Im Jahresdurchschnitt 2007 blieb der Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) zwar noch relativ moderat mit 2,2 Prozent (harmonisierter Verbraucherpreisindex HVPI: 2,2 Prozent). Die Preissteigerung war damit höher als im Vorjahr (1,5 Prozent) und ebenso stark wie im Durchschnitt 2004/2005 (siehe Grafik: »VPI, HVPI Österreich gegen Vorjahr«).

Was der Jahresdurchschnitt jedoch verbirgt, ist die starke Beschleunigung der Inflation seit August 2007. In diesem Monat lag der VPI um 1,7 Prozent über dem Vorjahresstand, im Dezember schon um 3,6 Prozent. Die Preissteigerungsrate vom Dezember ist die höchste seit Juni 1993. Im Jänner 2008 ging die monatliche Inflationsrate wieder auf 3,3 Prozent zurück und betrug im Februar 3,2 Prozent, doch wird die Inflation in den nächsten Monaten hoch bleiben. Erst im späteren Jahresverlauf rechnet das Wifo wieder mit einer Beruhigung des Preisauftriebs. Nur unter dieser Annahme kann der Preisauftrieb in diesem Jahr insgesamt unter drei Prozent gehalten werden. Nach der Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo)

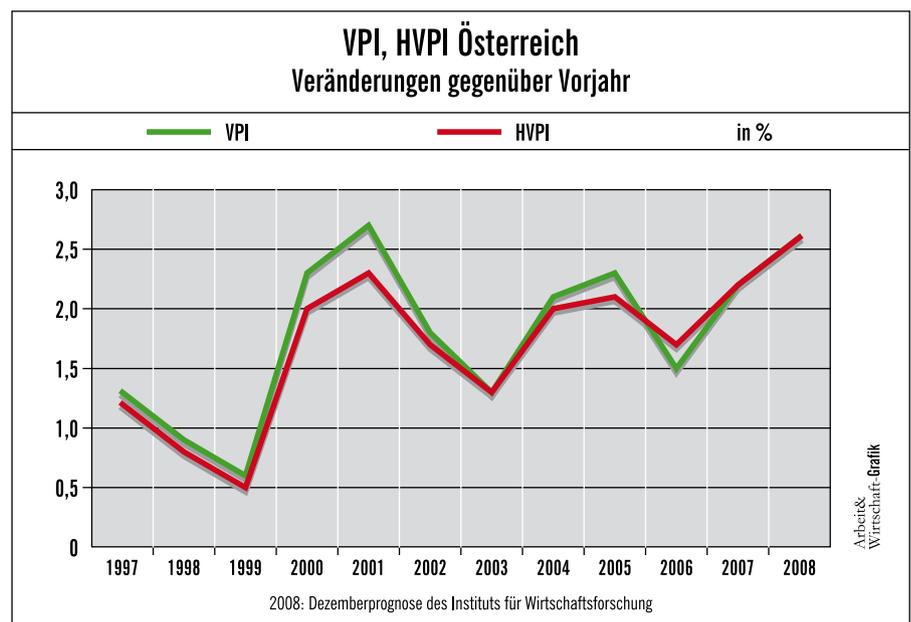
soll die Inflationsrate 2008 im Jahresdurchschnitt 2,6 Prozent betragen.

Zum ersten Problem wird die Preisentwicklung der letzten Monate vor allem deswegen, weil die Beschleunigung unerwartet eingetreten ist. Das Ziel der jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen ist es, die Kaufkraftschmälerung der Löhne durch die Inflation auszugleichen und darüber hinaus für die Beschäftigten einen Realeinkommenszuwachs als Anteil an der Produktivitätssteigerung zu erreichen. Dabei wird die jeweils aktuelle Prognose der Inflation zugrundegelegt. Bei den Lohnverhandlungen in der Metallindustrie im Oktober 2007 wurde für 2008 noch von einer Inflationsprognose von zwei Prozent für 2008 (Jahresdurchschnitt) ausgegangen. Diese Prognose wurde durch die tatsächliche Preisentwicklung **obsolet**. Wenn

in der Folge das Wifo im Dezember 2007 seine Inflationsprognose für 2008 auf 2,6 Prozent erhöht hat, so ergibt sich daraus, dass die im letzten Quartal 2007 getätigten Lohnabschlüsse um 0,6 Prozent »entwertet« wurden. Das heißt, der reale Wert einer kollektivvertraglichen Lohnerhöhung um 3,5 Prozent reduziert sich von 1,5 Prozent auf 0,9 Prozent<sup>2</sup>. Ein ähnliches Problem ergibt sich für die an die Inflationsrate des jeweiligen Vorjahres anknüpfende Pensionsanpassung.

<sup>1</sup> Zur Messung der Inflation siehe Kasten.

<sup>2</sup> In ähnlichem Ausmaß ist diese unerwartete Beschleunigung auch schon 2007 eingetreten, wobei hier die endgültige Inflationsrate für dieses Jahr feststeht, während diejenige für 2008 noch einen Prognosewert darstellt, mit allen Unsicherheiten nach oben und unten. Bei der Lohnrunde im Herbst 2006 wurde eine Preissteigerung 2007 nach der Wifo-Prognose um 1,7 Prozent einkalkuliert. Tatsächlich betrug die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2007 dann aber 2,2 Prozent.



INFO & NEWS

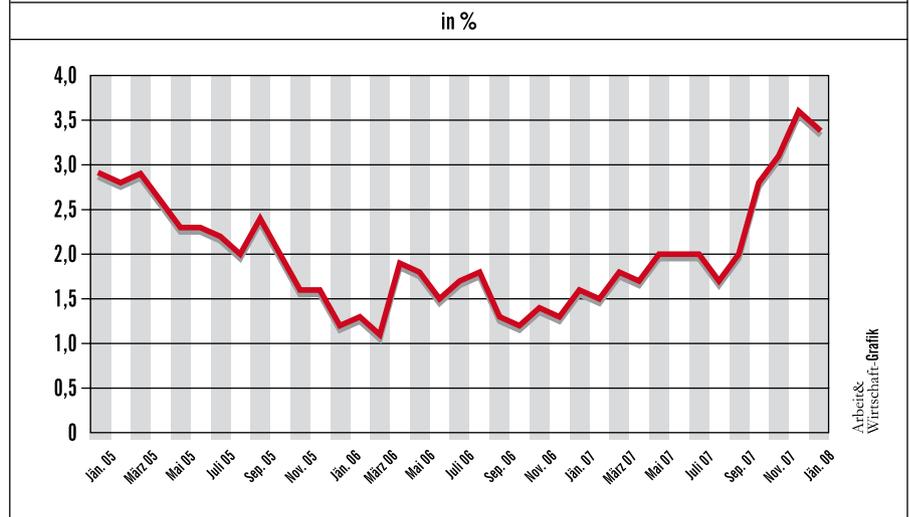
»Preisindex«

Die Inflation wird durch einen Index der Verbraucherpreise (VPI) gemessen, dessen Warenkorb auf umfassenden und regelmäßig aktualisierten Erhebungen der Verbrauchsgewohnheiten der Haushalte beruht. Zur besseren Vergleichbarkeit der Inflationsmessung in den verschiedenen EU-Mitgliedsländern wurde von Eurostat der sog. »Harmonisierte Verbraucherpreisindex« (HVPI) definiert. Der HVPI unterscheidet sich vom österreichischen VPI in der Zusammensetzung des Warenkorbes in folgenden Punkten: Inlands-Konsum (inkl. Touristen) statt InländerInnen-Konsum, Preise beim Eigenheimbau und Annuitäten für Eigentumswohnungen sind nicht enthalten, ebenso sind Preise für Glücksspiel und die Kfz-Steuer nicht berücksichtigt. Die Unterschiede in der Indexentwicklung sind meistens gering.

Die Preistreiber

Fragt man nach den Ursachen der Inflationsbeschleunigung, so stechen als Ausreißer gegenüber dem Durchschnitt die Bereiche Nahrungsmittel/nichtalkoholische Getränke und Energie (wirksam bei den Kosten für Wohnung und Verkehr) ins Auge. Im Jahresdurchschnitt 2007 sind die Preissteigerungen dort etwa doppelt so

Verbraucherpreisindex  
Veränderungen gegenüber Vorjahresmonat



hoch wie im Gesamtindex. Die Beschleunigung des Preisauftriebs zeigt sich in ihrer vollen Stärke in den letztverfügbaren Monatswerten (Jänner 2008, helle Balken) im Vergleich zu den Jahres-Durchschnittswerten 2007 (dunkle Balken). Im Jänner 2008 waren die Nahrungsmittelpreise um 7,6 Prozent, die Preise für Verkehr um 5,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Beim Wohnen gab es bei einzelnen Teilpositionen starke Preiserhöhungen: vor allem Heizöl mit plus 23,8 Prozent. In der »Hitliste« der Preissteigerungen einzelner Produkte (siehe Kasten) dominieren im Jänner 2008 die Nahrungsmittel, angeführt von

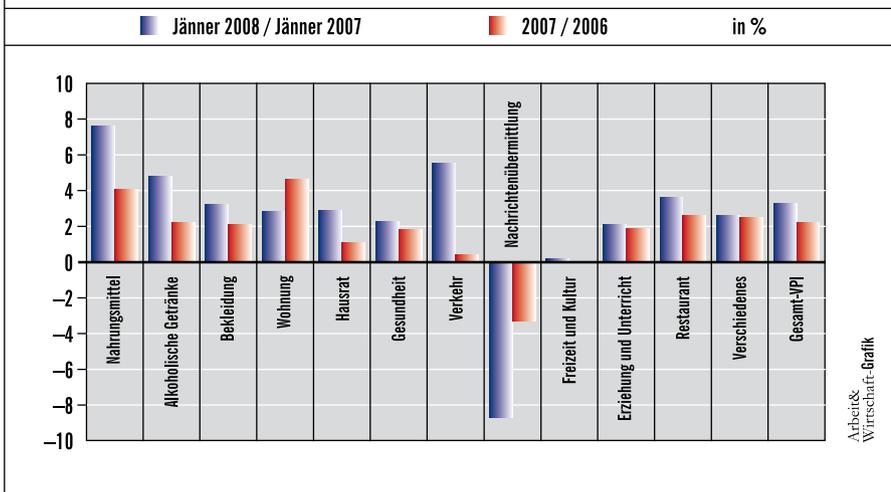
den Teigwaren mit 32,9 Prozent und den Milchprodukten (Butter: 28,1 Prozent). Brot ist um neun bis zwölf Prozent teurer geworden. Die Preise für Treibstoffe stiegen um 20 bis 25 Prozent.

Zahlreiche Ursachen

Wie meist bei solchen Entwicklungen, sind zahlreiche Faktoren ursächlich beteiligt. Bei den Betriebskosten für Wohnungen wirken sich Anhebungen von kommunalen Gebühren und Rauchfangkehrerartefen ebenso aus wie Strompreiserhöhungen. Bei den Treibstoffen und beim Heizöl ist es der steigende Weltmarktpreis für Erdöl, der gemeinsam mit der im Juli 2007 wirksam gewordenen Erhöhung der Mineralölsteuer die Preise hinauftreibt.

Eine fehlgeleitete Reaktion der Politik auf die CO<sub>2</sub>-Problematik und auf den Ölpreisanstieg ist die maßgebliche Ursache für die starken Preissteigerungen für Getreide und die daraus hergestellten Produkte. Die Verwendung von Bodenflächen bzw. die Abzweigung von Nahrungsmitteln für die Produktion von Treibstoffen zwecks Beimischung wurde als Gegenmaßnahme zur Ölverknappung und als Beitrag zur Versorgungssicherheit EU-weit und in den USA forciert. Schon kurze Zeit nach der Einführung des Beimischungszwanges von Ethanol und massiver Subventionierung »Bio-Alternativenergien« (Biogas und Biomasse zur Wärme- und Stromerzeugung) haben sich diese Maß-

Verbrauchsgruppen  
Veränderung Jänner 2008 / Jänner 2007 und Jahresdurchschnitt 2007 / 2006



nahmen als Fehlschlag herausgestellt: kein Beitrag zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, als Energieträger nicht konkurrenzfähig, aber fühlbare Verknappungswirkung auf das für die Lebensmittelproduktion zur Verfügung stehende Angebot an Feldfrüchten mit der Konsequenz dramatischer Preisanstiege von Mais, Weizen und Ölsaaten. Die Wettbewerbsverhältnisse in den betreffenden Wirtschaftsbereichen können sich zwar kurzfristig nicht so stark ändern, dass dies unmittelbar solche Preiserhöhungen nach sich zieht. Dennoch sind die Wettbewerbsverhältnisse entscheidend dafür, wie schnell und wie stark Rohstoffpreiserhöhungen an die Konsumenten weitergegeben werden. Die enorme Konzentration im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel und die Marktstrukturen im Mineralölhandel erleichtern eine rasche Überwälzung von Kostensteigerungen auf die Kunden. Dass bei den Lebensmittelpreisen Österreich 2007 nach Slowenien die stärkste Zunahme unter den Ländern des Eurogebietes hatte, ist ein Anzeichen für mangelnde Intensität des Wettbewerbs im Handel.

### Maßnahmen gegen Inflation

Die wichtigste Konsequenz aus der jüngsten Entwicklung der Inflation in Österreich und in Europa wäre ein Abrücken vom Irrweg der Erzeugung von »Biosprit«, die durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen in den letzten Jahren international forciert wurde, deren fatale

### »Hitliste der Preissteigerungen«

Produkt	Preissteigerung Jänner 2008/Jänner 2007 in Prozent
Teigwaren	32,9
Weizenmehl	15,3
Gebäck	12,2
Mischbrot	9,0
Pflanzenöl	14,3
Butter	28,1
Schlagobers	18,9
Käse (Emmentaler)	22,9
Vollmilch	4,5
Heizöl extra leicht	23,8
Superbenzin	20,8
Dieseltreibstoff	25,7

Konsequenzen nun zutage getreten sind: zur Verteuerung der ohnehin teurer werdenden Treibstoffe kommt eine empfindliche Verteuerung der Lebensmittel hinzu, die die BezieherInnen niedriger Einkommen besonders hart trifft, da diese einen viel größeren Teil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Wenn die Auswirkungen zunehmender Knappheit des Rohöls auf die Preise nur wenig beeinflussbar sind, so sollten wir nicht im Anschluss gleich auch noch die Lebensmittel künstlich verteuern. Das heißt: Abschaffung des Beimischungszwanges sowie Auslaufen aller nicht zielführenden Förderungen der Bioenergieproduktion.

Weiters sollten endlich Maßnahmen gesetzt werden, dass die Kosten des Wohnens auch in Zukunft in finanzierbaren Grenzen gehalten werden. Dazu gehören eine neue Offensive im sozialen Wohnbau, wirksame Mietzinsobergrenzen, eine Senkung der Maklergebühren u. a.

Letztlich muss der Tatsache einer beschleunigten Inflation auch durch ein Vorziehen der Lohn- und Einkommensteuersenkung Rechnung getragen werden, da sich die sog. kalte Progression (bei Erhöhung des nominellen Einkommens steigt die prozentuelle Steuerbelastung, ein gleich hohes Realeinkommen wird höher besteuert) verschärft. Der stärkeren Betroffenheit der BezieherInnen niedriger Einkommen, die wenig oder keine Lohnsteuer zahlen, ist durch eine Erhöhung der Negativsteuer entgegenzuwirken. Eine Erhöhung der Pendlerpauschale muss die gestiegenen Kosten der Fahrt

zum Arbeitsplatz abgelten. Wenn Wirtschaftsminister Bartenstein die Forderung nach Mäßigung bei Kollektivvertragsverhandlungen als Maßnahme gegen die Inflation erhoben hat, so geht dies deshalb völlig an der Realität vorbei, als die Reallohnentwicklung seit längerem hinter der Produktivität zurückbleibt und die Preise deshalb eigentlich viel weniger steigen sollten als es tatsächlich der Fall war. Die kräftigen Gewinnsteigerungen der letzten Jahre wären nicht möglich gewesen, wenn Industrie, Handel und andere Branchen ihre Marktmacht zur Durchsetzung von Preissteigerungen genutzt hätten. Nicht nur haben deshalb die ArbeitnehmerInnen nur wenig vom Aufschwung der letzten zwei Jahre profitiert. Die anhaltende Konsumflaute hat zur Folge, dass die Wirtschaft ihr Wachstums- und Beschäftigungspotenzial nicht voll nutzen kann. Voraussetzung für eine Behebung dieser Nachfrageschwäche ist, dass die Realeinkommen wieder stärker zunehmen. Nicht die Lohnabschlüsse sollen moderater werden, sondern die Preise und die Steuerbelastung.

### WEBLINKS

Definition von Inflation im Internetlexikon Wikipedia

[de.wikipedia.org/wiki/Inflation](http://de.wikipedia.org/wiki/Inflation)

Verbraucherpreisindex Österreich

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/preise/verbraucherpreisindex\\_vpi\\_hvpi/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/index.html)

HVPI International

[epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=2714,1,2714\\_61582078&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=2714,1,2714_61582078&_dad=portal&_schema=PORTAL)

Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO  
[www.wifo.at](http://www.wifo.at)

### KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung an die Autoren  
[guenther.chaloupek@akwien.at](mailto:guenther.chaloupek@akwien.at)  
[georg.kovarik@oegb.at](mailto:georg.kovarik@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Geld für zu Hause

*Private Bargeldsendungen in die Heimat übersteigen bereits die öffentliche Entwicklungsfinanzierung.*

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

**F**lor putzt in Wiener Haushalten, hütet Babys und ruft bisweilen per Skype ihre eigenen Kinder an. Die leben bei der Oma in Ecuador. Flor in der Wohnung ihrer Schwester Francis. Die ist schon Österreicherin und Professorin, wie Flor früher auch. Am Monatsende rechnen die Schwestern aus, was an Geld überbleibt und fahren damit zur Filiale von Western Union am Bahnhof. Bis zu 400 Euro schicken beide pro Monat an die Mutter im Dorf, südlich von Quito. 200 Euro aber sind fix: Den Kindern soll es, zumindest, an Geld nicht fehlen. Wenn sie Glück haben, überbringen es Landsleute: So sparen sie Provision und Zeit.

## Gastarbeiterüberweisungen

Flor und Francis gehören zur steigenden Anzahl der MigrantInnen, die Geld an ihre Familien überweisen. Laut Weltbank haben sich die sogenannten Money Remittances weltweit von 2001 bis zum Jahr 2006 mit 208 Mrd. Dollar mehr als verdoppelt. Das ist die zweifache Gesamtsumme der öffentlichen Entwicklungs-

finanzierung. Laut Schätzungen des UN-Entwicklungsprogramms erhalten 500 Mio. Menschen – acht Prozent der Weltbevölkerung – Geldüberweisungen ihrer Angehörigen im Ausland. Eine genaue Messung der Transfers ist nicht möglich: Schließlich werden sie in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichen Methoden erfasst. Unterschiede gibt es auch bei der Definition. Währungsfonds (IWF) und Weltbank zählen neben den »Gastarbeiterüberweisungen« auch die Transfers von Erwerbseinkommen jener hinzu, die ihrer Arbeit nicht im Wohnsitzland nachgehen, sowie die Vermögensübertragung im Zug der Migration. Die Weltbank geht davon aus, dass zu den offiziellen Zahlen zumindest 50 Prozent hinzuzurechnen sind. Ihr Bericht »Global Development Finance« im Jahr 2003 war Initiator der öffentlichen Diskussion um das komplexe Thema.

In Österreich gibt es seit 2006 Bemühungen zur Verbesserung der Remittances-Statistik. Laut Nationalbank ist die Summe der privaten Geldtransfers von MigrantInnen in ihre Heimat von rund 311 Mio. Euro (2003) auf über 334 Mio. Euro (2006) gestiegen. Dabei fließen die meisten Beträge in die Nachbarländer. Größtes »Empfängerland« ist Serbien (100 Mio. Euro), gefolgt von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik (zwischen 70 und 75 Mio. Euro). Nach Afrika und Asien werden mit neun bzw. 22 Mio. Euro – auf offiziellem Weg – vergleichsweise wenig transferiert. Eine genaue Messung der privaten Geldtransfers ist wegen der Vielzahl der Übersendungskanäle unmöglich: In Teilen vieler Länder gibt es keine Bankfilialen. Selbst der führende Anbieter für Geldtransferdienste »Western Union« er-

reicht mit seinen mittlerweile 320.000 Geschäftsstellen weltweit nicht alle entlegenen Gebiete. Der frühere Agraringenieur und nunmehrige Gärtner John schickt seinen Monatsbeitrag nach Ghana lieber auf informellem Weg. Mit seinen 150 Euro pro Monat finanziert er die Schulausbildung seiner Geschwister und Medikamente für den kranken Vater. »Formelle Remittances nach Afrika machen nur 15 Prozent des weltweit vom IWF dokumentierten Volumens aus«, stellt eine Studie der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit fest.

## Beitrag zur Armutsminderung

»In Zeiten stagnierender Entwicklungshilfe und volatiler Finanzmärkte sind Remittances zu einem Hoffnungsträger für Armutsminderung und Wirtschaftswachstum geworden«, stellt Karin Küblböck, Mitarbeiterin der Österreichischen Forschungsstiftung für Entwicklung im ÖFSE-Bericht 2006 fest, der erstmals ein Kapitel zu diesem Thema enthält. »Diese privaten Mittel für eine selektive Gruppe von Empfängerhaushalten«, so die Expertin, »sollten jedenfalls nicht als Ersatz für öffentliche Mittel der Entwicklungsfinanzierung gesehen werden.«

## WEBLINKS

Der ÖFSE-Bericht 2006  
[www.oefse.at/veranstaltungen/2007/OEPOL06\\_auszug.pdf](http://www.oefse.at/veranstaltungen/2007/OEPOL06_auszug.pdf)

## KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Statistiken sind Argumente

Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat	Nationale VPI			Harmonisierte VPI		
	Nov. 07	Dez. 07	Nov. 07	Nov. 07	Dez. 07	Dez. 07
Belgien	3,1	3,5	3,1	3,1	3,5	3,5
Deutschland	2,8	2,8	3,1	3,1	2,9	2,9
Finnland	2,6	3,8	1,9	1,9	3,5	3,5
Frankreich	2,6	2,8	2,8	2,8	3,2	3,2
Griechenland	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9
Irland	...	4,3	3,2	3,2	3,1	3,1
Italien	2,6	2,9	2,8	2,8	3,1	3,1
Luxemburg	3,4	3,3	4,3	4,3	4,2	4,2
Malta	...	3,5	3,1	3,1	3,8	3,8
Niederlande	1,9	2,0	1,6	1,6	1,8	1,8
<b>Österreich</b>	<b>3,6</b>	<b>3,3</b>	<b>3,5</b>	<b>3,5</b>	<b>3,1</b>	<b>3,1</b>
Portugal	2,7	2,9	2,7	2,7	2,9	2,9
Slowenien	5,6	6,4	5,7	5,7	6,4	6,4
Spanien	4,2	4,3	4,3	4,3	4,4	4,4
Zypern	3,9	4,3	3,7	3,7	4,1	4,1
<b>VPI-EWU</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3,1</b>	<b>3,1</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>
Bulgarien	12,5	12,5	11,6	11,6	11,7	11,7
Dänemark	2,3	2,9	2,4	2,4	3,0	3,0
Estland	9,6	11,0	9,7	9,7	11,3	11,3
Lettland	14,1	15,8	14,0	14,0	15,6	15,6
Litauen	8,1	9,9	8,2	8,2	10,0	10,0
Polen	4,0	4,3	4,2	4,2	4,4	4,4
Rumänien	6,6	7,3	6,7	6,7	7,3	7,3
Schweden	3,5	3,2	2,5	2,5	3,0	3,0
Slowak. Rep.	3,4	3,8	2,5	2,5	3,2	3,2
Tschech. Rep.	5,4	7,5	5,5	5,5	7,9	7,9
Ungarn	7,4	7,1	7,4	7,4	7,4	7,4
UK	2,1	2,2	2,1	2,1	2,2	2,2
<b>EU 25</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,4</b>	<b>3,4</b>
Island	5,9	5,8	3,5	3,5	3,1	3,1
Norwegen	2,8	3,7	1,9	1,9	2,9	2,9
<b>VPI-EWR</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,4</b>	<b>3,4</b>
Schweiz	2,0	2,4	2,1	2,1	2,5	2,5
USA	...	4,3	—	—	—	—

Der Arbeitsmarkt im Dezember 2007						
	Stand Dez. 07	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat			
Unselbst. Beschäftigung ohne KUC/Präsenzdiener	3.333.326	2.110	87.895			
ArbeiterInnen	3.218.106	2.734	90.334			
Angestellte u. Beamte	1.283.075	-2.123	34.262			
Männer	2.050.251	4.233	53.633			
Frauen	1.760.409	-3.921	42.010			
AusländerInnen	1.572.917	6.031	45.885			
InländerInnen	416.277	7.388	26.991			
	2.917.049	-5.278	60.904			
<b>Vorgemerkte Arbeitslose</b>	<b>268.752</b>	<b>3.446</b>	<b>-26.498</b>			
Männer	172.148	5.415	-17.628			
Frauen	96.604	-1.969	-8.870			
AusländerInnen	49.316	-2.092	-5.376			
InländerInnen	219.436	5.538	-21.122			
Jugendliche (bis unter 19)	9.166	-387	-876			
Jugendliche (19 bis unter 25)	30.154	-190	-4.759			
Ältere (50 bis unter 55)	28.563	1.381	-702			
Ältere (55 bis unter 60)	20907	1.361	-518			
Ältere (über 60)	4956	325	523			
<b>Arbeitslosenquote</b>	<b>7,5</b>	<b>0,1</b>	<b>-0,9</b>			
Offene Stellen	34.025	2.293	3.560			
Lehrstellensuchende	4.838	66	-82			
Offene Lehrstellen	3097	267	168			
<b>Geringfügige Beschäftigung *</b>	<b>267.082</b>	<b>8.659</b>	<b>26.838</b>			
Männer	88.009	6.453	15.150			
Frauen	179.073	2.206	11.688			
ArbeiterInnen	151.095	8.803	17.841			
Angestellte	115.987	-144	8.997			

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

**Datenquellen:** Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat.  
**Anmerkung:** Der harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- und Beschäftigungspolitik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 ... = Bei Redaktionschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur noch HVPI-Werte verfügbar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

# Vorwärts – ins Aus?

*Überfallsartig wurde die Belegschaft von Novartis Institutes for BioMedical Research (NIBR) in Wien-Liesing mit der Schließung des Standortes konfrontiert.*

Autor: Dr. Wilfried Leisch

Freier Journalist und Publizist in Wien

**A**m 13. Dezember 2007 gab der Pharmakonzern Novartis im Rahmen seines Umstrukturierungsprogramms »Forward« einen Stellenabbau von weltweit 2.500 Stellen bekannt. In der Videobotschaft des Novartis-Bosses war von »sustainable separations«, also von nachhaltigem Personalabbau und von der Schaffung schnellerer Entscheidungswege die Rede. Offiziell hieß es da noch, das Wiener Forschungsinstitut sei unter »Evaluierung«. Sechs Tage später schlug der **Casinokapitalismus** wieder einmal zu: Die Beschäftigten des Novartis Institutes for BioMedical Research (NIBR) in Wien-Liesing erfuhren über eine gerade mal 3-Minuten-Videobotschaft vom Aus ihres Standortes. Die Video-Durchsage wurde mit den Worten »That's it« beendet.

## WEBLINKS

über Novartis in Österreich  
[www.novartis.at](http://www.novartis.at)

Informationen zum Pharmakonzern  
Novartis  
[www.novartis.com](http://www.novartis.com)

Unterstützungsaktion für die Novartis-  
Beschäftigten  
[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

Schweizer Gewerkschaft gegen Novartis-  
Personalabbau  
[www.unia.ch](http://www.unia.ch)

Einen Tag später fand die Weihnachtsfeier im Wiener Museumsquartier statt. Das kann's doch nicht sein, reagierten Belegschaft, BetriebsrätInnen und Gewerkschaften. Seitdem ist Feuer am Dach. Novartis, der Marktführer bei Bluthochdrucksenkern, sorgt bei seinen MitarbeiterInnen selbst für permanenten Bluthochdruck. Doch die Wiener wollen die bittere Konzern-Pille nicht schlucken.

## Proteste und Unterstützung

Mit der Unterstützung der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP) starteten die BetriebsrätInnen im Internet eine Unterstützungsaktion: Bisher erklärten sich rund 6.000 Menschen solidarisch ([www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)). In einem weiteren Schritt gingen die BetriebsrätInnen mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit und in die Offensive: »Wir werden alles unternehmen, um das Forschungszentrum zu erhalten. Wenn das nicht unter Novartis geht, dann unter einem anderen Logo«, so die Konzernbetriebsratsvorsitzende der Novartis Pharma GmbH Ingrid Stipanovsky. »Wir wollen uns nicht auf einen Sozialplan reduzieren lassen. Einfach zusperrern wäre auch ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden.« Für Arno Pruckner, den Betriebsratsvorsitzenden des NIBR-Forschungslabors, bedeutet eine Schließung »den Verlust hochwertigen Forschungs-Know-hows für Wien. Allein mit dem in Wien entwickelten Medikament Lamisil gegen Pilzerkrankungen setze der Konzern eine Milliarde US-Dollar (682 Millionen Euro) um. Neben 240 Forschungsarbeitsplätzen sind zahlreiche weitere Arbeitsplätze von Unternehmen, die Mieter und Nut-

## INFO & NEWS :

Den Pharma-Forschungsstandort in Wien Liesing gibt es seit 1970, damals als zweites Sandoz Forschungsinstitut außerhalb der Schweiz. Im gleichen Jahr fusionieren Geigy und Ciba zu Ciba-Geigy. 1996 schließen sich international, 1997 auch in Österreich, Ciba und Sandoz zur Firma Novartis zusammen. Aus dem Novartis Forschungsinstitut (NFI) in Wien wird 2004 das Novartis Institutes for BioMedical Research (NIBR).

[www.novartispharma.at/ueber\\_uns](http://www.novartispharma.at/ueber_uns)

zer der Campus-Infrastruktur auf dem 120.000 m<sup>2</sup> großen Areal sind, mittelfristig insgesamt rund 700 Menschen direkt oder indirekt betroffen«<sup>1</sup>.

## »Forward« – mit den Gewinnen

Der Novartis-Forschungsstandort Wien soll geschlossen werden, obwohl der Novartis-Konzern Gewinne schreibt wie noch nie: Von 2006 auf 2007 stieg der Nettoumsatz um acht Prozent auf 39,8 Milliarden US-Dollar (27,2 Milliarden Euro), der Reingewinn um satte 66 Prozent auf 11,97 Milliarden US-Dollar (8,18 Milliarden Euro). Für 2008 erwartet Novartis 2008 erneut Rekordergebnisse.<sup>2</sup>

Trotz für 2008 erwarteten Einbrüchen beim Gewinnwachstum für die Aktien zählt das »Wirtschaftsblatt« die Novartis-Aktie zu den »gesündesten Pharma-Aktien«. Ähnlich sieht die Analyse von Fonds-

<sup>1</sup> Pressekonferenz von Novartis-Betriebsrat und GPA-DJP, 11. Jänner 2008; APA, Kurier, GPA-DJP

<sup>2</sup> Bilanz-Pressekonferenz von Novartis, 17. Jänner 2008, [www.novartis.com](http://www.novartis.com)

managern auf Basis des Bloomberg Europe Pharmaceutical Index aus. Zudem will der Novartis-Verwaltungsrat den Aktionären die elfte Dividendenerhöhung seit der Gründung 1996 vorschlagen und kündigte Novartis-Präsident Daniel Vasella ein Aktienrückkaufprogramm im Umfang von bis zu zehn Milliarden Schweizer Franken (6,23 Milliarden Euro) an. Geld ist also in Hülle und Fülle vorhanden. Seit der Fusionierung 1996 ist zwar die Marktstellung von Novartis schwächer geworden (dzt. weltweit viertgrößter Pharmakonzern), die Gewinne sind aber explodiert.<sup>3</sup>

Weiters geht aus dem Novartis-Geschäftsberichten 2007 hervor, dass für die Umsetzung des Programms »Forward« für 2008 bereits im Jahr 2007 eine »Restrukturierungsrückstellung« in der Gesamthöhe von 444 Millionen US-Dollar (303,5 Millionen Euro) vorgenommen wurde, womit die Arbeitsplatzvernichtung in Wien auch noch Steuer schonend durchgeführt werden soll.

### »Segnungen« der Konzernspitze

Es ist nicht das erste Mal, dass die Beschäftigten die »Segnungen« der Konzernspitze zu spüren bekamen. Seit 1970 gibt es den Forschungsstandort. Etliche der heutigen MitarbeiterInnen sind seit dieser Zeit im Haus. Sie erinnern sich, welche hervorragende Arbeit hier geleistet wurde: Etliche Pharmaprodukte sind hier entwickelt worden, »sind echte Wiener Innovationen und auch zu Umsatzheulern des Gesamtkonzerns geworden«, wie es ein Betriebsrat ausdrückt. Die Produktentwicklung hat sich von früher zwölf auf sieben Jahre nahezu halbiert. Ende der 1960er Jahre kaufte die Biochemie Kundl als 100-prozentige Tochter des Schweizer Pharmakonzerns Sandoz das Gelände in Wien-Liesing. Öffentliche Fördermittel sollen geflossen sein. 400 MitarbeiterInnen gab es damals hier. 1986/87 kam der erste Schnitt, die MitarbeiterInnenzahl wurde halbiert. Outsourcing wurde modern: Die »Spülfrauen«, sprich die Laborglas-Reinigung oder die Betriebsküche wurden ausgelagert. Gleichzeitig fand auch noch etwas

<sup>3</sup> vgl. Wirtschaftsblatt, 22. Jänner 2008; Die Presse, 28. Jänner 2008

<sup>4</sup> Kronen Zeitung, Wirtschafts MAGAZIN, 12. Jänner 2008

<sup>5</sup> vgl. A. Artmäuer/M. Bauer/J. Böheimer: Ohne jede Chance. Der Fall Semperit. 2003: ÖGB Verlag, Wien



Entscheidendes statt: Schritt für Schritt wurden andere Forschungsstandorte aufgebaut. Zwar wurde Wien 1987 zum Sandoz-Forschungsschwerpunkt im Bereich Dermatologie, was auch nach der Fusionierung von Sandoz und Ciba Geigy im Jahr 1996 (international) und 1997 auch unter Novartis so blieb. Aber schon bald, spätestens seit 2003 war das zu bemerken, hatte man scheint's anderes vor. Permanent wurde umstrukturiert, die Standorte derart filetiert, dass Arbeitsgruppen international auseinandergerissen wurden, die Chefs verstreut waren, Entscheidungen nicht einheitlich getroffen wurden. Alle kochten ihre eigene Suppe wissen Betroffene. Das Auseinanderreißen der Arbeitsgruppen (Matrixorganisation) sollte **Synergien** bringen. Doch statt mehr Forschungseffizienz entstand mehr Ineffizienz. Jetzt heißt das Schlagwort »Organisations-effizienz«. Ergebnis: Die Forschungslabors in Wien sollen geschlossen werden, die Novartis-Forschung soll in Basel und den USA konzentriert werden, um effizienter zu arbeiten, wie es heißt.

### Nicht tatenlos zuschauen

Mittlerweile wurden von Seiten der Belegschaftsvertretung Sozialpläne vorgelegt. Während der Verhandlungen wurden die mit der Gewerkschaft bereits geplanten Aktionen, vor Apotheken die Öffentlichkeit über das Vorgehen von Novartis zu informieren, vorerst ausgesetzt. Die BetriebsrätInnen wollen annehmbare Lösungen bzw. Bedingungen für die rund 55 KollegInnen, denen Novartis ein Transferangebot nach Basel legen will, für diejenigen, etwa 25 Forscher, die in Wien bleiben sollen sowie für diejenigen, die aufgrund der Vorgangsweise von Novartis keine Perspektive sehen und zu einem anderen Arbeitgeber wechseln müssen.

Auf Aufforderung des ÖGB berief der zuständige Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein die staatliche Wirtschaftskommission ein. Zwei Sitzungen fanden bereits statt. Es geht um die Erhaltung des Forschungsstandortes und des Know-hows für Wien und um den Abschluss eines Sozialplanes. Zu beiden Punkten zeigen sich die Novartis Manager bisher noch nicht wirklich in ausreichendem Maß verhandlungsbereit. Aus Sicht von Betriebsrat und Gewerkschaft ist die wirtschaftliche Notwendigkeit der Maßnahme nicht gegeben: »Wenn der Europachef von Novartis 23 Millionen Euro Prämie dafür bekommt, dass er den Forschungsstandort Wien zusperrt, kann man doch nicht tatenlos zuschauen!«, meint ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer.<sup>4</sup>

Was es mit der Schließung von Forschungsabteilungen so auf sich hat und wohin das letztlich führen kann, nämlich nicht nur zum Know-how-Verlust, sondern auch zum Aus weiterer oder sogar aller Firmenaktivitäten in Österreich, das zeigt das Beispiel der österreichischen Semperit Reifenproduktion. Überdies mussten dort durch die Hinhaltetaktik der Semperit-Konzernmutter Continental die verbleibenden Beschäftigten wie zum Hohn dann auch noch an der »geordneten« Absiedlung der Produktion mitwirken, was damals den früheren Betriebsratsvorsitzenden zu der Erkenntnis veranlasste: »Wir hätten mehr handeln statt verhandeln sollen«.<sup>5</sup>

### KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an den Autor  
[w.leisch@aon.at](mailto:w.leisch@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ausbeutung an Bord

*Die Gäste der Donau-Kreuzschiffahrt kommen aus aller Welt. Wie auch die ArbeitnehmerInnen, die oft zu Drittweltbedingungen arbeiten.*

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

**S**chöne Landschaft, bequemes, sicheres Reisen, die Vielfaltigkeit des Flusses«, nennen KonsumentInnen als Gründe, eine mehrtägige Kreuzfahrt auf der Donau zu buchen. Es sei leicht, Land und Leute kennenzulernen. Das Personal, das kennt man kaum. Es kommt aus Rumänien, Bulgarien, Weißrussland oder China. Ganz legal, denn laut Regierungsbeschluss braucht das nautische Personal in der grenzüberschreitenden See- und Binnenschiffahrt keine Arbeitsgenehmigung mehr. »Das hat den Vorteil, dass man bis tief in den Osten auf Personal zurückgreifen kann, weil es immer ›billigere‹ Leute gibt, die bis Japan hinunter verfügbar sind«, kommentiert Robert Hengster,

Sekretär der Bundesfachgruppe »Luft und Wasser« sarkastisch.

## Soko Donau

Der Fall, der im vergangenen Sommer an die Gewerkschaft vida herangetragen wurde, klingt wie ein Krimi ohne Tote. Die rumänische Kellnerin Dajana und ihre Kollegen Aurelian und Alex\* sind die Hochsee als Arbeitsplatz gewohnt. Daher haben sie auch die Notrufnummer der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) in der Tasche. Das ist nützlich, wenn man als Besatzungsmitglied plötzlich merken muss, mit einem falschen Arbeitsvertrag betrogen worden zu sein. Die Beteiligten am Skandal, der stellvertretend ist für das tägliche Geschehen auf Österreichs Tourismusattraktion Donau: Die rumänische Agentur International Manning Services s.r.l vermittelt an Dajana, Aurelian und Alex einen Arbeitsvertrag als Barkeeper bzw. Kellnerin auf dem Kreuzschiff Basilea Danubia. Sie bezahlen dafür 600 Euro, im Glauben, es handle sich um eine Anstellung bei einem österreichischen Unternehmen. Der Vertrag (er liegt der Redaktion vor) und die gesamte Kommunikation ist in deutscher Sprache. Tatsächlich erfolgt die Anstellung jedoch durch die slowakische Firma ILSC Interland & Sea Contract, die das Personal für die IHS Management GmbH bereitstellt. Die IHS Management GmbH, mit Sitz in der Schweiz und dem österreichischen Kaufmann Hans Stadler als Geschäftsführer, ist zuständig für das Hotel- und Gastronomiemanagement am Schiff Basilea Danubia. Schiffseigner wiederum ist die Schweizer BSL Cruises

G.m.b.H. Als Schnittstelle zwischen dem Personalbereitsteller IHS Management GmbH und dem Schiffseigner BSL Cruises G.m.b.H. fungiert KWIK & ISI AG und CO KEG, mit Sitz in Salzburg. Als Reiseveranstalter schließlich agiert das Madrider Unternehmen Politours.

## Chronologie

Laut Vertrag sind für 40 Wochenstunden 850 Euro plus Diäten vereinbart. Die Realität sieht anders aus: Gearbeitet wird an sieben Tagen zwölf Stunden lang. Die Frage nach Abgeltung der geleisteten Überstunden wird mit einer Dienstfreistellung quittiert. Kleiner Exkurs: Nach einem Beinbruch bei der Schiffsreinigung in Budapest war Dajana bedrängt worden, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu unterschreiben. Gemeldet wurde der Unfall erst aufgrund einer Schiffskontrolle der Polizei in Wien, denen die Frau mit dem Gipsbein aufgefallen war. In Österreich fordern die Betroffenen ihr Geld und wollen weiter arbeiten: Schließlich haben sie ja dafür sogar bezahlt. Sie sprechen nicht nur Rumänisch und Deutsch, sondern auch Englisch und wählen die Notrufnummer der ITF. Die ist für die Hochsee-, nicht für die Binnenschiffahrt zuständig und meldet den Fall an die Kollegen der Gewerkschaft vida. Die Sektion »Luft und Wasser« interveniert nach klassischer Gewerkschaftsart, spricht mit den Betroffenen und Herbert Kronegger vom Salzburger Unternehmen KWIK & ISI Holding AG und CO KEG. Der Hotelmanager – er war auch bei der Polizeikontrolle in Ungarn am Schiff gewesen – verspricht Abhilfe. In Wien gehen die drei

## WEBLINKS

Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.seafarerhelp.org/](http://www.seafarerhelp.org/)

[www.itfglobal.org](http://www.itfglobal.org)

(Vize-Präsident der ITF ist Wilhelm Haberzettl)

Kontaktadresse in Österreich:  
Bundesfachgruppe »Luft und Wasser«,  
Gewerkschaft vida

Bundesfachgruppensekretär Robert  
Hengster

[robert.hengster@vida.at](mailto:robert.hengster@vida.at)

KollegInnen wieder an Bord. Nach einem Wechsel der Reisegruppe finden sie ihre Kabinen leer vor: Ihr Gepäck steht am Ufer des Linzer Hafens. Sollten sie das Schiff wieder betreten, so heißt es, würde gegen sie Besitzstörungsklage erhoben. Zum Glück haben sie nun auch die Telefonnummer der Gewerkschaft vida: Die organisiert die Reise nach Wien, sorgt für Unterkunft und Verpflegung.

Das Gehalt – 1.500 bis 2.500 Euro pro Person – bleibt ausständig. Die drei Geprüften intervenieren beim Arbeitgeber ILSC und IHS Management GmbH. IHS-Geschäftsführer Stadler schiebt die Verantwortung auf das slowakische Personalbüro ILSC. Schließlich wird an Aurelian ein geringer Teil der Forderung – 546 Euro – überwiesen. Als Ausstellender zeichnet IHS Management GmbH, die – angeblich – mit der Sache nichts zu tun hat. Interessant ist auch die Homepage des Unternehmens, deren Gesellschaftsanteile zu 95 Prozent im Besitz der Finanzierungsgesellschaft KWIK & ISI Holding AG sind. »Behandle Deine Mitarbeiter und Gäste so, wie Du selbst gerne behandelt werden würdest!«, heißt es da. Als Partner wird der ehemalige ÖVP-Nationalrat Karl-Heinz Dernoschegg in seiner Funktion als ehemaliger Berater von Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Präsident der Bundeskammer für ausländische Wirtschaftsangelegenheiten genannt. Die Homepage des Unternehmens enthält sogar den Link zum österreichischen Parlament. Eine Intervention beim IHS-Geschäftspartner Dernoschegg durch den Präsidenten der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) Wilhelm Haberzettl blieb (bis Redaktionsschluss) erfolglos.

### Unkonventionelle Wege

»Unsere Wege gestalten sich ein wenig unkonventionell«, sagt Harald Voitl, Referatsleiter für Internationales in der Gewerkschaft vida. »Denn diese Verschachtelungen erschweren es, den tatsächlichen Arbeitgeber ausfindig zu machen, zu intervenieren und in letzter Konsequenz den Fall vor Gericht zu bringen.« Inzwischen wurden die Gehaltszettel der IHS geändert. Geändert wurden auch die, nach Einschätzung der Gewerkschaft, eindeutig sittenwidrigen Arbeitsverträge. Es sei beschämend, dass sich Österreicher,



die noch dazu mit dem sozialem Engagement ihres Unternehmens werben, am Sozialdumping auf den Donauschiffen beteiligen, meinen die Gewerkschafter.

### Kreuzfahrtboom

Begonnen hatte der Reiseboom auf den Flüssen mit der Öffnung des **Main-Donau-Kanals**. Damals wurden in Wien ganze zwölf Kabinenschiffe pro Jahr gezählt. »Beflügelt« wurde die Branche durch das Ende des Schifffahrtsmonopols der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) 1995. 2006 befuhren 114 Kreuzfahrtschiffe die Donau, heute mehr als 270 pro Jahr. Von brutalem Lohndumping durch die Privatisierung der DDSG spricht Bundesfachgruppensekretär Robert Hengster. »Es wurde praktisch alles – mehr oder weniger illegal – ausgelagert. Da steckt System dahinter, wie ArbeitnehmerInnen in Europa ausgepresst werden.« Würde tatsächlich Wert auf anständige Dienstverhältnisse in der Schifffahrt gelegt, meint der Gewerkschafter, »gäbe es bessere Kontrollen und andere gesetzliche Regelungen.«

### Neue Gewerkschaftsarbeit

Viel Aufwand um drei ArbeitnehmerInnen für eine Gewerkschaftsaktion, die mit stetigem Mitgliederschwund zu kämpfen hat? »Für uns hat der Fall auch Modellcharakter«, meint Harald Voitl. »Das alte Gewerkschaftsverständnis, ausschließlich österreichische ArbeitnehmerInnen zu

vertreten, ändert sich. Schließlich sind in unsere Branche kaum mehr österreichische Arbeitskräfte tätig.«

Und: »Die Flusskreuzfahrt ist schließlich kein Billigsektor. Aber ob Fünfstern- oder Dreisternhotel am Schiff: Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich für alle Beschäftigten. Da wird versucht, jeden Quadratmeter zu Geld zu machen. Die ArbeitnehmerInnen schlafen in 4er- oder 6er-Kabinen.«

Geplant ist eine Aktionswoche der Gewerkschaft vida in Zusammenarbeit mit der ITF. »Wir legen Wert darauf, dass die Endverbraucher wissen, wie die Leute behandelt werden«, sagt Robert Hengster. »Als Konsument oder Konsumentin weiß man gar nicht, warum die Reise so teuer ist und warum die Beschäftigten oft nicht gerade fröhlich schauen.« Einer Gepflogenheit der Branche entsprechend, könnte die Basilea Danubia in der neuen Saison umlackiert und unter einem anderen Namen die Donau befahren. Dajana, Aurelian und Alex aus Rumänien sind inzwischen der Gewerkschaft vida beigetreten.

\* Namen sind der Redaktion bekannt

### KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



© Fotos: Lucia Bauer

Ghana zwischen Moderne und Tradition: Fischer westlich von Accra.

# Ein Volk voll Hoffnung

Globalisierung und die Länder des Südens – das Beispiel Ghana: Vom sozialistischen Staat zum neoliberalen Musterschüler.

Autorin: Ruth Bauer

Freie Journalistin mit Schwerpunkt Afrika

**M**it einem kolossalen Fest feierte Ghana, am 6. März 2007, 50 Jahre Unabhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien. Die Hauptstadt Accra versank in einem Fahnenmeer. Es herrschte Jubelstimmung im Land und die Regierung nutzte die Gelegenheit, um ihre wirtschaftlichen Erfolge der letzten Jahre zu zelebrieren. Tatsächlich hat Ghana im Vergleich zu vielen anderen afrikanischen Ländern einiges vorzuweisen. 1957 wurde Ghana als erstes afrikanisches Land unabhängig, gilt wegen des unblutigen Wechsels zur Demokratie 1992 als demokratisches Musterland und weist zudem ein

Wirtschaftswachstum von vier Prozent auf. Lob aus Europa und den USA sind der ghanaischen Regierung so sicher.

Weniger Grund zum Jubeln haben aber die 22,5 Millionen BürgerInnen, die bisher vom Wirtschaftswachstum kaum profitieren konnten. Ghana weist die typischen Merkmale eines Entwicklungslandes auf: niedrige Lebenserwartung, hohe Säuglingssterblichkeit, aufgrund von Verteilungsproblemen eine Unterversorgung mit Lebensmitteln in manchen Gebieten, eine überdurchschnittlich junge Population – die Hälfte der GhanaerInnen ist unter 16 Jahre alt, eine niedrige Alphabetisierungsrate, vor allem bei Frauen, sowie eine schlechte Infrastruktur.

Viele Menschen können sich weder ärztliche Betreuung noch Medikamente leisten. »Wir hoffen einfach, dass wir nicht krank werden«, sagt Victor Atapagrem,

ein 35-jähriger Schneider in Accra, der oft wochenlang auf Arbeitsaufträge wartet.

## Ghana@Lights off

Das Straßennetz in Ghana ist mangelhaft, wodurch sich die Verteilungsprobleme im Land verstärken. Vor allem Straßen in entlegenen Gebieten im wirtschaftlich besonders benachteiligten Norden des Landes sind kaum asphaltiert. Falls doch, befinden sie sich in sehr schlechtem Zustand. Leitungswasser, sofern vorhanden, ist meist verschmutzt und eine häufige Krankheitsursache. In den letzten Jahren gab es zudem immer wieder Probleme mit der Stromversorgung, sodass die Bevölkerung buchstäblich tagelang im Dunkeln saß. »Ghana@lights-off!« lachen die Menschen am Makola-Markt im Zentrum vom Accra, und verzerren dabei den Regierungsslogan zur Fünzig-Jahr-Feier

Ghana@50. So leicht lässt man sich in Ghana die Laune nicht verderben.

Seit der Unabhängigkeit gibt es eine neunjährige allgemeine Schulpflicht. Sie zu überprüfen ist in einem Land wie Ghana ohne Meldepflicht beinahe unmöglich. Vor allem auf den Märkten arbeiten viele Kinder als HändlerInnen. Schule bleibt für sie ein unerreichbarer Traum. »Die Schuluniformen sind zu teuer und auch Hefte und Stifte sind unerschwinglich für viele«, sagt die 25-jährige Nafisatu Seidu, die mit einem Pastor zusammen eine kleine NGO betreibt, die eine Dorfschule finanziert. Im ländlichen Norden ist der Bildungszugang noch schlechter als in den urbanen Gebieten des Südens um die Hauptstadt Accra. Viele Schulen am Land verfügen über kein Gebäude, der Unterricht findet nicht selten unter einem großen Baum, am Boden sitzend statt.

### Politische Entwicklung seit 1957

Nachdem Ghana die Unabhängigkeit erreicht hatte, regierte die sozialistische Convention Peoples Party (CPP) unter dem Panafrikanisten Kwame Nkrumah. Die wirtschaftliche Lage war gut, Ghana gehörte zu den vielversprechendsten Entwicklungsländern dieser Zeit. In der Regierungsperiode der CPP gab es viele infrastrukturelle Verbesserungen, wie den Bau des Voltastaudammes, den Bau der einzigen Autobahn, Universitätsgründungen etc. Allerdings waren auch Bespitzelungen und Verunglimpfungen an der Tagesordnung; die Meinungs- und Pressefreiheit war stark eingeschränkt. Viele RegierungsgegnerInnen landeten im Gefängnis. 1966 wurde die CPP aus dem Amt geputscht.

Es folgten eine Reihe weiterer Putsche und häufige Regierungswechsel. Nach dem Putsch von 1981 kam Jerry J. Rawlings an die Macht. 1992 ließ Rawlings eine Umwandlung Ghanas zur Demokratie zu und gewann mit seiner als sozialdemokratisch geltenden Partei National Democratic Council (NDC) auch bei den Wahlen 1992 und 1996. Im Jahr 2000 unterlag die NDC der dem rechten Lager angehörenden New Patriotic Party (NPP) von John A. Kufuor. Im Dezember 2008 wird zum fünften Mal in der Geschichte Ghanas gewählt. Da in Ghana – ähnlich wie in den USA – das Mehr-

## INFO & NEWS

### Kritik des ghanaischen Gewerkschaftsbundes TUC (Trade Union Congress)

Der ghanaische Gewerkschaftsbund schreibt den Grund für die fehlende Armutsverringering folgenden Faktoren zu:

- der hohen Inflationsrate durch exzessive Geldeinfuhr aus dem Ausland,
- der massiven Abwertung der ghanaischen Währung Cedi durch die Flexibilisierung der Wechselkurse,
- der schlechten Einkommenspolitik der Regierung, z. B. durch das Einfrieren von Löhnen und Gehältern, um ausländische InvestorInnen anzuziehen
- und einer schlechten Steuerpolitik.

Im Zuge der strukturellen Veränderungen während der 80er- und 90er-Jahre kam es zu Privatisierungen und Liberalisierungen. Importierte Nahrungsmittel und Medikamente sind lebensnotwendig für die Bevölkerung, jedoch durch die Entwertung des Cedi oft unerschwinglich.

Auch die Steuerpolitik der Regierung trägt einen Teil zur schlechten Situation in Ghana bei. Die kleine Gruppe von ArbeitnehmerInnen im formellen Sektor kommt für etwa 35 Prozent aller Steuereinnahmen aus Einkommens- und Besitzsteuern auf, während die ArbeitnehmerInnen im informellen Sektor nur für etwa sechs Prozent der Steuereinnahmen im selben Bereich aufkommen (Stand 2000). Steuererleichterungen gab es in den letzten Jahren nur für die höchsten und mittleren Einkommensgruppen in Ghana.

Bei Verbesserungen im System profitieren normalerweise zuerst die Menschen in den südlichen Regionen des Landes. Es ist offensichtlich, dass für eine reale Armutsreduktion unbedingt zuerst das Verteilungsproblem gelöst werden muss.

Der neoliberale Kurs hat zu Einschnitten beim Zugang zu Wasser, Gesundheit und Bildung geführt, was die armen Bevölkerungsschichten stärker getroffen hat, als die reichen. Die Regierung Kufuor ignoriert die Probleme in den oben genannten Bereichen und verlässt sich, laut Bericht des TUC, auf Hilfe und Kredite aus dem Ausland. Der Wohlfahrtssektor wird immer stärker von ausländischer Hilfe abhängig.

heitswahlrecht gilt, haben nur die regierende NPP und Rawlings Partei NDC eine reale Chance auf den Sieg. Kufuor selbst kann nicht wieder kandidieren, da er die zwei erlaubten Amtsperioden bereits regiert hat.

### Wirtschaftliche Entwicklung

Ghana gehört nicht zu den ärmsten Ländern Afrikas – und es herrscht Frieden. Es gibt zahlreiche MigrantInnen aus den noch ärmeren Nachbarländern, besonders aus der Bürgerkriegsregion Elfenbeinküste. »In Ghana ist nicht alles toll, aber zumindest riskiere ich hier nicht ständig mein Leben«, sagt Didier Akwantey, 24, Student am GIL, der zum Studium von der Elfenbeinküste nach Ghana gekommen ist. Dennoch gibt es keinen Grund, zu optimistisch zu sein. Denn Ghana hat

sich in den Jahren von einem sozialistischen Kurs unter Kwame Nkrumah zu einem neoliberalen Musterschüler entwickelt. Ab Ende der 60er Jahre verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage. Die landwirtschaftliche Produktion – bis heute das Rückgrat der Wirtschaft in Ghana – ging stark zurück, ebenso wie die industrielle Produktion. 1983 wurde mit Hilfe des IWF und der Weltbank ein Reformprogramm erstellt, das diesen negativen Trend stoppen sollte. Das hohe Wirtschaftswachstum seither wirkte sich jedoch bisher nicht auf die Geldbörsen der Menschen aus. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der GhanaerInnen liegt noch immer unter 400 USD pro Jahr (regionales BIP). Dazu kommt eine ungleiche Verteilung der Einkommen zwischen ländlichen und urbanen Gebieten sowie zwischen Norden und Süden des Landes. »Ich stamme aus dem Norden«,



sagt Victor Atapagrem, »dort oben würde ich noch weniger verdienen als in Accra.« Grinsend fügt er hinzu: »Die Menschen in meinem Dorf denken, dass ich reich bin, weil ich in der Hauptstadt wohne.« Das ärmste Fünftel der Bevölkerung Ghanas verfügt über ein Durchschnittseinkommen von nur 19 US-Cents am Tag, das reichste Fünftel erreicht ein Einkommen von einem US-Dollar/Tag. Viele Haushalte sind außerstande, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Kurz gesagt, trotz guter Wachstumsrate gibt es in Ghana keine reale Verminderung der Armut.

Es existieren zahlreiche Gesetze zum Schutz der ArbeitnehmerInnen. Diese betreffen aber ausschließlich den formellen Sektor, in dem nur etwa 14 Prozent der ArbeitnehmerInnen tätig sind (Stand 1999). 86 Prozent der ArbeitnehmerInnen arbeiten im informellen Sektor, wobei Frauen noch seltener als Männer über einen geregelten Arbeitsplatz verfügen.

### Auswirkungen der Globalisierung

Der Wunsch im internationalen Wettbewerb mitspielen zu können, hat viele Länder der Dritten Welt dazu gebracht, neoliberale Ideen zu übernehmen. Auch die Mitte-Links-Regierung Ghanas unter Rawlings hat seit den 80er-Jahren einen deutlich neoliberalen Kurs eingeschlagen. Der Versuch, ausländische InvestorInnen nach Ghana zu bringen, war allerdings

nur mäßig erfolgreich, daher versucht die heutige rechts-liberale Regierungspartei unter Kufuor mit noch schärferen Liberalisierungsmaßnahmen und noch größeren Kürzungen im Sozialbereich für InvestorInnen interessant zu werden. Es wurden Wechselkursreformen und Zoll-Reduktionen durchgeführt, was den Import steigert. Ghanaische ProduzentInnen können dem Preisdruck aus dem Ausland nicht mehr standhalten und scheitern. Dadurch gehen viele der ohnehin zu wenigen Arbeitsplätze verloren. Weitere fehlen nach Einsparungen im öffentlichen Sektor. Die Arbeitslosen werden so vermehrt in den **informellen Sektor** gedrängt und müssen oft in unsicheren, unpassenden und auch gefährlichen Jobs arbeiten. Unter dem Stichwort einer effizienten Nutzung der Ressourcen kam es zu einem starken Anstieg der Kosten bei Bildung und Gesundheit und zu höheren Preisen bei Wasser, Strom und Wohnungen. Die ohnehin schlechte Sicherung des Wohlstandes durch Sozialleistungen des Staates wird indirekt durch die Zunahme des informellen Sektors weiter eingeschränkt. Mit Hilfe der Weltbank überprüft die Regierung zwar im Moment die Möglichkeit einer Ausweitung der Sozialversicherung auf den informellen Sektor, allerdings sind die staatlichen Sozialleistungen für den formellen Sektor schon nicht ausreichend und große Verbesserungen sind kaum zu erwarten.

### Zukunftsprognosen

Armut kann man stoppen, ohne die Armen weiter zu belasten. Dazu müssen die Nahrungsmittelpreise gesenkt und stabilisiert und die Wechselkurse weniger flexibel gemacht werden, damit essenzielle Importgüter nicht zu teuer werden. Löhne, Gehälter und Sozialleistungen müs-



## WEBLINKS

Allgemeine Informationen zu Ghana:  
[de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_politischen\\_Parteien\\_in\\_Ghana](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_politischen_Parteien_in_Ghana)  
[de.wikipedia.org/wiki/Politik\\_Ghanas](http://de.wikipedia.org/wiki/Politik_Ghanas)  
[de.wikipedia.org/wiki/Ghana](http://de.wikipedia.org/wiki/Ghana)  
[en.wikipedia.org/wiki/Trade\\_unions\\_in\\_Ghana](http://en.wikipedia.org/wiki/Trade_unions_in_Ghana)

Ghana und Auswirkungen der Globalisierung: (Artikel der ILO)

[www.ilo.int/public/english/bureau/instit/papers/2000/dp121/index.htm](http://www.ilo.int/public/english/bureau/instit/papers/2000/dp121/index.htm)  
[www.ilo.org/public/english/dialogue/ifpdial/info/national/ghana.htm](http://www.ilo.org/public/english/dialogue/ifpdial/info/national/ghana.htm)

Offizielle Seite des Ghana TUC:

[www.ghanatuc.org/](http://www.ghanatuc.org/)  
[www.gpn.org/data/ghana/ghana-analysis.doc](http://www.gpn.org/data/ghana/ghana-analysis.doc)

Einkommen in Ghana: (Weltbank)

[www.worldbank.org/LSMS/country/gh/ghdata.html](http://www.worldbank.org/LSMS/country/gh/ghdata.html)

Sozialversicherung in Ghana:

(Regierung von Ghana)

[www.issa.int/pdf/banjul03/2osei.pdf](http://www.issa.int/pdf/banjul03/2osei.pdf)

sen an die Inflation angepasst und Ungleichheiten innerhalb Ghanas beseitigt werden. Dazu gehören eine verbesserte Infrastruktur im Norden des Landes, verbesserte Sozialleistungen, eine gerechte Steuerpolitik, ein vernünftiger Mindestlohn, ein höherer Erzeugerpreis für landwirtschaftliche Produkte und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ein gutes Wirtschaftswachstum allein reicht nicht aus, die Armut im Land zu reduzieren. Erst wenn die oben genannten Probleme gelöst sind, wird die Bevölkerung in Ghana wahrlich Grund zum Jubeln haben. »Ich weiß, irgendwann wird es mir besser gehen«, ist Victor Atapagrem zuversichtlich und bringt damit auf den Punkt, was viele GhanaerInnen hoffen.

## KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[ruth.bauer@gmx.net](mailto:ruth.bauer@gmx.net)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**USA:**

## TeearbeiterInnen streiken

**Seit 1. November 2007 bestreiken GewerkschafterInnen die Teefirma Redco Foods in New York.**

Die Firma Redco Foods in Little Falls, New York, produziert die Teesorten »Salada« und »Red Rose«. 1995 wurde die Firma vom deutschen Unternehmen Teekanne, dem führenden europäischen Erzeuger von Kräuter- und Früchtetee gekauft. Seit 1. November 2007 wird der Betrieb von Mitgliedern der Gewerkschaft Bakery, Confectionery, Tobacco and Grain Millers (BCGTM) bestreikt. Sie kämpfen gegen geplante, drastische Verschlechterungen für neue ArbeitnehmerInnen, die die Unternehmensleitung nach Auslaufen des Kollektivvertrags im Juli 2007 forderte. So sollen diese einen Beitrag zu den Krankenversicherungskosten leisten, aber nicht in das betriebliche Pensionsystem einbezogen werden. Die Gewerkschaft BCGTM verteidigt mit allen Mitteln die bestehenden Arbeitsbedingungen. Little Falls befindet sich in einer wirtschaftlich schwachen Region des

Staates New York, wo Arbeitsplätze rar sind. Die Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) unterstützt den Arbeitskampf bei Redco Foods und hat eine Online-Unterschriftenaktion zur Stärkung der ArbeitnehmerInnen ins Leben gerufen. Unterschreiben auch Sie: [www.iuf.org/cgi-bin/campaigns/show\\_campaign.cgi?c=339](http://www.iuf.org/cgi-bin/campaigns/show_campaign.cgi?c=339)

Guatemala:

**Guatemala:**

## Gewerkschafter tot aufgefunden

**Bananen-ArbeiterInnen, die sich für ihre Rechte einsetzen sind immer wieder Gewalt ausgesetzt.**

Am 2. März wurde Miguel Ángel Ramírez, ein Gründungsmitglied der guatemaltekischen Gewerkschaft der Bananen-ArbeiterInnen »Sindicato de Trabajadores Bananeros del Sur« (SITRABANSUR), tot aufgefunden. Die Gewerkschaft war im Juli 2007 gegründet worden, um einen Kollektivvertrag auszuhandeln. Die Mitglieder behaupten, der Betrieb zahlte ihnen weder den Mindestlohn noch Sozialversicherung oder andere Beiträge. Das Unternehmen »Frutera Internacional So-

ciudad Anónima«, welches auch Bananen unter dem Label »Chiquita« vertreibt, erhielt vier Monate nach der Gründung der SITRABANSUR ein Mitgliederverzeichnis und startete gezielte Drohungen gegenüber GewerkschafterInnen.

Auch andere guatemaltekische Gewerkschaftsorganisationen sind ständigen Repressalien ausgesetzt. So wurde beispielsweise das Haus von Carlos Carballo Cabrera, dem Generalsekretär der Confederación de Unidad Sindical de Guate-

mala (CUSG), einer der beiden guatemaltekischen Mitgliedsorganisationen im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), von Bewaffneten angegriffen.

Der IGB fordert den guatemaltekischen Präsidenten Álvaro Colom dazu auf, effektive Maßnahmen gegen die zunehmende Gewalt an GewerkschafterInnen zu ergreifen. Der IGB zur Situation der Gewerkschaften in Guatemala (englisch):

[www.ituc-csi.org/spip.php?article1900](http://www.ituc-csi.org/spip.php?article1900)

**Europa:**

## »Offensive für faire Löhne«

**Ein Protesttag in Ljubljana am 5. April ist Auftakt der EGB-Kampagne für mehr Einkommensgerechtigkeit.**

Als Auftakt seiner Kampagne für höhere Löhne und mehr Einkommensgerechtigkeit veranstaltet der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gemeinsam mit dem größten slowenischen Gewerkschaftsbund ZSSS am 5. April 2008 einen Protesttag in Ljubljana. Zehntausende TeilnehmerInnen werden zu dieser ersten gesamteuropäischen Gewerkschaftsdemonstration in einem der neuen EU-Mitgliedsstaaten erwartet. Seit Jahren stagnieren die Löhne und Gehälter in Europa. In den meisten europäischen Staaten nimmt der

Anteil der Einkommen der Erwerbstätigen an der Wirtschaftsleistung ab. Die Gewinne der Unternehmen steigen aber an. Laut Berechnungen des EGB ist der Anteil der Gewinne am Bruttoinlandsprodukt in den letzten zehn Jahren um drei Prozent gestiegen. Die Gehälter der ManagerInnen erreichen hingegen astronomische Höhen. Das Durchschnittseinkommen der 20 am besten bezahlten Konzernchefs in Europa beträgt rund 8,5 Millionen Euro – das ist das 300-fache Jahreseinkommen einer/s europäischen

Beschäftigten. Die Demonstration soll eine klare Botschaft übermitteln: Die Politik der EU-Staaten, die die ArbeitnehmerInnen zu mäßigen Lohnforderungen dränge, ist angesichts dieser alarmierenden Zahlen falsch! Die Gewerkschaften sparen auch nicht mit Kritik an der Europäischen Zentralbank (EZB), die im Lohnbereich Zurückhaltung diktiert, um ihre hohen Zinssätze aufrechterhalten zu können.

Mehr Infos zur Kampagne finden Sie auf der EGB-Hompage (englisch) [www.etuc.org/a/4561](http://www.etuc.org/a/4561) oder [www.gmt.n.at](http://www.gmt.n.at)

**allgemeine Kurie:** Ab 1848 bestand in Österreich das Zensuswahlrecht. Die Wahlberechtigung war abhängig von Grundbesitz, einer Mindeststeuerleistung oder der Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen (Priester, höhere Beamte, Offiziere, Ärzte, Juristen, Professoren u. ä.). Die Wahlberechtigten waren in vier Kurien mit abgestuftem Stimmengewicht eingeteilt. Auf diese Weise waren im Jahre 1880 nur 3,5 Prozent der Wiener Bevölkerung wahlberechtigt. 1894 forderte der Parteitag unter Androhung eines Generalstreiks die Errichtung einer fünften Kurie für alle Männer ab dem 24. Lebensjahr, die schreiben und lesen konnten, eine ständige Beschäftigung ausübten oder eine direkte Steuer bezahlten. 1896 wurde diese allgemeine Kurie eingeführt, 1907 dann das allgemeine Wahlrecht für Männer, 1917 für Frauen. (Seite 23)

**Athleta Christi:** Ehrentitel, der im 15. Jahrhundert vom Papst an Personen verliehen wurde, die sich besonders um die militärische Verteidigung der Christenheit gegen das Osmanische Reich verdient gemacht hatten. Der Rückgriff auf den altgriechischen Ausdruck Athlet entstand im Zusammenhang mit der Antike-Begeisterung während der Renaissance. (Seite 31)

**Attac:** Verein für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürger (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens). Attac wurde am 3. Juni 1998 in Frankreich gegründet, Attac-Österreich im Jahr 2000. Mittlerweile verfügt Attac in rund 50 Ländern über ein Netzwerk von ca. 90.000 Mitgliedern und engagiert sich allgemein gegen die zunehmende Globalisierung. (Seite 9)

**Balkankriege:** Gemeint sind hier jene zwei Kriege der Balkanstaaten, die 1912 und 1913 im Vorfeld des Ersten Weltkriegs auf der Balkanhalbinsel stattfanden. (Seite 31)

**Casinokapitalismus:** Kritische Bezeichnung für den globalen Handel mit Aktien, Derivaten und Währungen, der sich von der Produktion und den materiellen Werten abgelöst hat. Dabei geht es um Gewinn oder Verlust, um Profit oder Pleite der Spieler und/oder der Kunden, für die sie zocken. Nebenbei geht es aber auch um Arbeitsplätze, wirtschaftliche Standorte und Wirtschaftspolitik, um das Schicksal von Menschen, die diese Spiele nicht beeinflussen können, auch wenn sie selbst beispielsweise zur Altersvorsorge in Aktienfonds investiert haben und sich so indirekt womöglich selbst um ihren Job bringen. (Seite 38)

**Citizenship Education:** politische Bildung (Seite 15)

**demagogisch:** aufwiegelnd (Seite 22)

**Dezernent:** Leiter eines Dezernats; Sachbearbeiter mit Entscheidungsbefugnis. (Seite 8)

**EBR:** Europäischer Betriebsrat, soll die Rechte der Arbeitnehmer in jenen Unternehmen und Unternehmensgruppen stärken, die in mehreren EU-Ländern tätig sind. Ein Unternehmen ist dann gemeinschaftsweit tätig, wenn es mindestens 1.000 Arbeitnehmer in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und davon jeweils mindestens 150 Arbeitnehmer in mindestens zwei Mitgliedsstaaten beschäftigt. Der europäische Betriebsrat setzt sich aus Arbeitnehmern

des gemeinschaftsweit tätigen Unternehmens oder der gemeinschaftsweit tätigen Unternehmensgruppe zusammen. Er besteht aus höchstens 30 Mitgliedern. (Seite 27)

**EGB:** Europäischer Gewerkschaftsbund, auch: European Trade Union Confederation (ETUC), gegründet 1973; er vertritt 77 Gewerkschaftsbünde aus 35 Ländern und 11 Branchenverbände, insgesamt 60 Millionen Mitglieder. [www.etuc.org](http://www.etuc.org) (Seite 27)

**Ghana:** Republik in Westafrika, früher Goldküste; Hauptstadt: Accra, Präsident: John Agyekum Kufuor. Die Bevölkerung hat sich in den vergangenen 20 Jahren fast verdoppelt, auf mehr als 21 Millionen. Trotz vermehrter Ansätze von Industrialisierung ist Ghana noch immer ein Agrarland, Hauptexportgüter: Gold, Kakao, Edelhölzer. 2004 schloss sich die Regierung dem Entschuldungsprogramm von Weltbank und IWF an. (Seite 42)

**Guatemala:** Republik in Zentralamerika, Hauptstadt: Guatemala-Stadt; Staatsoberhaupt und Regierungschef: Alvaro Colom Caballeros; Hauptexportgüter: Kaffee, Baumwolle, Zucker, Bananen, ätherische Öle und Textilien. Diese werden in den Maquilas, Fabriken in freien Produktionszonen, produziert. Hier arbeiten mehrheitlich junge Frauen. Maquilas sind gekennzeichnet durch minimale Steuerbelastung und schlechte Arbeitsbedingungen. (Seite 45)

**Hanusch, Ferdinand:** Sozialdemokratischer Politiker (1866–1923), schuf während seiner Amtszeit als Staatssekretär für soziale Fürsorge und Verwaltung (1918–1920) die Grundlagen des modernen österreichischen Sozialstaates wie Einführung des Achtstundentages, 48-Stunden-Woche, Sozial- und Arbeitslosenversicherung, Urlaubsanspruch etc. (Seite 26)

**Informeller Sektor:** Teil der Volkswirtschaft, der durch nicht formalisierte Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist und sich staatlicher Kontrolle meist entzieht. Typische Tätigkeiten sind Dienstleistungsberufe sowie manche Verkaufstätigkeiten. In Mittelamerika ist rund die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung im informellen Sektor beschäftigt. (Seite 44)

**Kastrioti, Georg:** albanischer Fürst und Volksheld (1405–1468), verteidigte Albanien gegen die Osmanen (Seite 31)

**Mai-Revolution:** auch Pariser Mai oder Mai '68; 1967/68 fanden – inspiriert durch die Hippy-Bewegung – in vielen Großstädten Studentenproteste gegen den Konservatismus und für eine Verbesserung der Studienbedingungen statt. Nirgends verliefen sie derart heftig wie in Paris im Mai '68, wo sie unter anderem zu einem wochenlangen Generalstreik führten. (Seite 8)

**Main-Donau-Kanal:** auch Rhein-Main-Donau- oder Europa-Kanal, verbindet Main und Donau von Bamberg über Nürnberg bis Kelheim, so dass Rhein, Main und Donau eine durchgängige Wasserstraße zwischen Nordsee und Schwarzem Meer bilden. (Seite 41)

**obsessiv:** zwanghaft, besessen; in der Art einer Zwangsvorstellung (Seite 20)

**obsolet:** veraltet, ungebräuchlich (Seite 33)

**peer to peer:** Von Gleichem zu Gleichen, in der Praxis bedeutet das in diesem Zusammenhang, dass speziell geschulte Jugendliche bei Konflikten und Problemen von Gleichaltrigen vermitteln. (Seite 15)

**plebiszitär:** die Volksabstimmung betreffend (Seite 12)

**plural (pluralistisch):** aus vielen unterschiedlichen Einheiten/Individuen bestehend (Seite 14)

**Prämisse:** Voraussetzung (Seite 20)

**Realo-Flügel:** Der Arbeitskreis Realpolitik, 1981 u. a. von Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer initiiert, verstand sich anfangs als ausdrücklicher außerparteilicher Gegenpol zur inhaltlichen Ausrichtung der Grünen, die gegen eine Regierungsbeteiligung waren. Die Diskussionen zwischen Realos und Fundis wurden zum Teil sehr emotional in der Öffentlichkeit bzw. über die Medien geführt. Erst nach den Wahlerfolgen der Grünen, trat auch Joschka Fischer im Herbst 1982 den Grünen bei. Die Differenzen zwischen Realos und Fundis liefen allerdings bis 1990 offen weiter. Seit 1994 gibt es in den führenden Positionen so gut wie keine Fundis mehr. (Seite 8)

**Referendum:** Volksentscheid, Volksabstimmung (Seite 9)

**Schlacht auf dem Amselfeld:** fand am 15.6.1389 in der Gegend des heutigen Priština zwischen Serben und Osmanen statt. Über den endgültigen Verlauf und Ausgang der Schlacht herrschte schon damals Uneinigkeit. Fest steht lediglich, dass nicht nur der serbische, sondern auch der türkische Heerführer starben. Dessen Nachfolger Sultan Bajezid kehrte sofort in die Heimat zurück, um sich die Thronfolge zu sichern, was vielfach als Sieg der Christen interpretiert wurde. (Seite 30)

**Synergie:** positives Potenzial bzw. positive Effekte, die durch die gemeinsame Erfüllung von Aufgaben entstehen (Seite 39)

**tradiert:** überliefert (Seite 31)

**UN-Sicherheitsrat:** Sitz in New York, fünf ständige (USA, China, Russische Föderation, Frankreich, Großbritannien) und zehn nicht ständige Mitglieder. Der Sicherheitsrat ist das mächtigste Organ der Vereinten Nationen mit der Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Seit längerem wird über die Aufnahme neuer ständiger Mitglieder und Reformen diskutiert, unter anderem weil wichtige Entscheidungen immer wieder durch das Veto eines ständigen Mitglieds blockiert werden können. (Seite 10)

**Volksabstimmung:** kann jederzeit freiwillig durchgeführt werden, Gegenstand ist ein bereits beschlossenes Gesetz, eine geplante Verfassungsänderung oder die Absetzung des Bundespräsidenten. Das Ergebnis ist bindend. Bisher gab es zwei Volksabstimmungen: 1978 über die friedliche Nutzung der Kernenergie, 1994 über den EU-Beitritt. (Seite 9)

**Volksbefragung:** unverbindliche Volksabstimmung, die vom Parlament oder der Regierung in die Wege geleitet wird. (Seite 12)

Neuaufgabe

2008

**OGB** VERLAG

Wolfgang  
Adametz, Walter  
Hutterer (Hrsg.)

### Aushangpflichtige Gesetze

Gesetze und  
Kommentare  
Ausgabe 2008,  
344 Seiten, € 32,-  
ISBN: 978-3-7035-1329-9



## Aushangpflichtige Gesetze

Arbeitnehmerschutz-Verordnung mit Kennzeichnungssystem der anzuwendenden Verordnungen

Die Ausgabe 2008 enthält neben dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und den zugehörigen wichtigsten Verordnungen noch das Arbeitsruhegesetz, das neue Arbeitszeitgesetz, das Behinderteneinstellungsgesetz, Gleichbehandlungsgesetz, Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz und Mutterschutzgesetz.

Ein Verzeichnis der Arbeitsinspektorate und ein Stichwortverzeichnis ergänzen das Buch.

Herausgeber: Dr. Wolfgang Adametz, Dipl.-Ing. Walter Hutterer, Arbeitsinspektorat

**GARANTIERT GUT INFORMIERT**  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

### Bestellung:

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)  
per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) oder  
per Fax: 01/405 49 98-136

### BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung  
oder direkt bei der ...

### Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung  
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136  
E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Ja, ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplar/e von **Aushangpflichtige Gesetze**

à € 32,-

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten. AW 3/08



## RECHTSMODUL Online „Aushangpflichtige Gesetze“

Die Verpflichtung der „Aushangpflichtigen Gesetze“ bedeutet für den Arbeitgeber, eine Reihe von arbeitsrechtlichen Vorschriften in einer Weise aufzulegen, dass alle ArbeitnehmerInnen in diese Vorschriften Einsicht nehmen können. Seit 2001 kann dies neben der bewährten Buchform auch in digitaler Form erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass diese Information für alle ArbeitnehmerInnen leicht zugänglich ist, wie dies zum Beispiel über ein Firmen-Intranet der Fall ist.

Mit dem RECHTSMODUL Online „Aushangpflichtige Gesetze“ des ÖGB-Verlags können Sie dieser Verpflichtung angemessen, stressfrei und in effizienter Weise entsprechen. Dieses RECHTSMODUL stellt somit die perfekte Ergänzung zur Buchausgabe „Aushangpflichtige Gesetze“ dar.

### Ihr konkreter Nutzen:

Sie erfüllen damit **einfach und verlässlich** Ihre Aushangpflicht. Sie nutzen eine **wirtschaftliche und zeitsparende** Lösung. Sie sind **up to date** zu jeder Zeit. Zusätzlich stehen Ihnen in diesem Modul die für Ihr Unternehmen **relevanten Kollektivverträge** zur Verfügung! Sie haben damit eine **vollständige und umfassende** Dokumentensammlung für Ihren Bedarf.

Mehr Infos unter [www.rechtsmodule.at](http://www.rechtsmodule.at) – sehr gerne stehen wir für Ihre Fragen und weitere Informationen per Mail unter [e-recht@oegbverlag.at](mailto:e-recht@oegbverlag.at) zur Verfügung.



## Wir machen die Fußball-EM

Wir produzieren alles für die Spiele. Wir sorgen für Transport, Sicherheit, Sauberkeit, Gesundheit und den Service in Handel und Gastronomie.

Dafür fordern wir Fairplay - an unserem EM-Arbeitsplatz!

**FAIRPLAY AT WORK**

[www.fairplayatwork.at](http://www.fairplayatwork.at) **OGB**

Fragen zum (EM-)Arbeitsplatz? **0800 577 744**



Foto: Paul Sturm

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
? Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
/ Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW